

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4627) vierteljährlich 2.10 Mk., für 2 Monate 1.40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. exkl. Bestellgeb.

Redaktion: Lauhaer Str. 19/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.  
Telephon 2721.  
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Anserate werden die 5gespaltene Pettizelle oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Lauhaer Straße 19/21. Geschäftszelt 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen

## Der Achttundentag auf dem Parteitag.

\* Leipzig, 19. September.

Wenn die ausgedehnte Debatte über den achttündigen Arbeitstag, die sich auf unserem Parteitag am Mittwoch und Donnerstag an den Bericht über die parlamentarische Tätigkeit angeschlossen hat, auch mit der üblichen Ueberweisung der betreffenden Anträge an die Fraktion geendet hat, so werden unsere Reichstagsabgeordneten doch hoffentlich aus dieser Debatte ersehen haben, daß ihr Vorgehen in der Frage des Achttundentages in weiten Parteilreisen eine gewisse Unbefriedigung hervorgerufen hat. Die von dem Genossen Eichhorn wie von einer großen Anzahl Berliner Delegierten angeschnittene Debatte war deshalb an sich sehr nützlich, nur ließ sie vielleicht an einigen wichtigen Gesichtspunkten fehlen.

Es hieße in der That die Frage unserer parlamentarischen Taktik gegenüber dem Achttundentag ins grotesk Winzige ziehen, wenn man sie, wie einige unserer Fraktionsmitglieder auf dem Parteitag, zur reinen Frage der Geschäftsordnung des Reichstags machte. Sogar zugegeben, daß den gewöhnlichen Parteistreblichen das richtige Verständnis für diese mysteriöse und verwickelte Materie, die sich die Geschäftsordnung des Reichstags nennt, fehlen mag, so kann die Geschäftsordnung doch nur darüber entscheiden, wann und in welcher Form wir im Reichstag die Forderung des Achttundengesetzes vorbringen. Der Schwerpunkt der Sache liegt aber unseres Erachtens darin, daß unsere Fraktion überhaupt nicht den Achttundentag, sondern zunächst den Zehnstundentag beantragt!

Nach den Aeußerungen des Referenten über die parlamentarische Tätigkeit, Genossen Rosenow, sowie des Genossen Edmund Fischer ist es zweifellos, daß unsere Fraktion es für reinen Formalismus und kleinliche Bedanterie hält, darin zu unterscheiden, ob wir im Reichstag das Gesetz des achttündigen Arbeitstages fordern, oder den zehnstündigen Arbeitstag mit späterer Aussicht auf Uebergang zum Achttundengesetz. Thatsächlich indes handelt es sich hier nicht um Formalitäten, sondern um das Wesen unserer Taktik in diesem Falle.

Es ist klar, daß man, wenn man den Achttundentag will, nicht den Zehnstundentag fordern muß, sondern umgekehrt wird ein Schuh daraus: wenn überhaupt Aussicht vorliegt, daß wir die gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf zehn Stunden erreichen können, so nur in dem Falle, daß wir unausgesetzt unsere Forderung des Achttundentages mit allem Nachdruck vertreten. Die ganze bisherige Erfahrung hat gezeigt, daß nur indem wir von der bürgerlichen Gesellschaft alles forderten, was sie zu gewähren

im stande ist, es uns hier und da gelungen ist, ein Weniges zu erreichen. Und es ist erst ein neuer Grundsatz der sogenannten „praktischen Politik“ in unserer Partei, daß man umgekehrt hofft, durch Bescheidenheit und Mäßigung im Fordern großartigere zu können.

Wir betrachten deshalb das Bebel'sche Argument, auf das sich Edm. Fischer berufen hat, als total falsch, das Argument nämlich, welches lautet: wir wollen den Zehnstundentag fordern, damit wir die bürgerlichen Parteien zu zeigen zwingen, ob ihnen mit dieser oft versprochenen Reform ernst sei. So populär und ansprechend diese taktische Wendung erscheinen mag, so ist sie doch durchaus verfehlt. Es giebt doch wahrhaftig keine Menschen, der je geglaubt hätte, daß es unsere zu weitgehenden Forderungen waren, die den bürgerlichen Parteien unmöglich machten, ihren guten Willen zu zeigen. Im Gegenteil, alle Welt weiß sehr wohl, daß, wenn die bürgerliche Mehrheit des Reichstags auch nur die zehnstündige Arbeitszeit zum Gesetz einmal machen wollte, sie dabei unserer Unterstützung ganz sicher sein dürfte. Ja, gerade dadurch, daß wir das Achttundengesetz fordern, zwingen wir die Bourgeoisie, wenigstens ihren guten Willen mit einer viel bescheideneren Reform zu zeigen. Hier wie sonst ist es nur unser Druck, unser Auf- die-Spitze-treiben der bürgerlichen Reformen, die überhaupt das Mäntchen „guten Willen“ aus der Bourgeoisie herauspressen. Und da liegt es auf der Hand, wie unlogisch die Berechnung ist, dadurch den bürgerlichen Parteien ihren sogenannten guten Willen zu entlocken, daß man den Druck auf sie ausgiebt.

Freilich hat unsere Fraktion nicht etwa formell auf die Forderung der achttündigen Arbeitszeit verzichtet. Sie hat sie aber auch nur formell beibehalten. Denn es liegt auf der Hand, daß, wenn schon die Sozialdemokratie, die einzige Partei, die bis jetzt konsequent an der ungelährten Forderung der gesetzlichen achttündigen Arbeitszeit festhielt, sie selbst in die weite Ferne, hinter eine andere nächste Forderung, rückt und somit ihre Unausführbarkeit für jetzt zugiebt, diese Reform für die bürgerliche Gesellschaft erst recht nicht mehr in Betracht kommt. Durch das Hin-ausweichen des Achttundentages in die weitere Ferne, hinter die nächste Forderung des Zehnstundengesetzes, scheidet der Achttundentag — darüber dürfen wir uns nicht täuschen — thatsächlich aus dem Bereiche unserer praktischen Politik aus.

Der achttündige gesetzliche Arbeitstag gehört aber zu den Forderungen unseres Minimalprogramms, das heißt er ist das allergeringste Minimum an sozialer Reform, das wir als Vertreter der Arbeiterinteressen von dem heutigen Staate zu fordern und zu erwarten die Pflicht haben. Die Zerstückelung auch dieser Minimal-

forderungen in noch kleinere Brocken widerspricht unserer gesamten Taktik. So fordert die Sozialdemokratie nicht etwa zunächst die Herabsetzung des Wahlcensus, um die Abschaffung des Census vorzubereiten, oder die einjährige Dienstadt, um das Militärsystem in die Wege zu leiten, oder die Verminderung der Lebensmittelzölle, um die Abschaffung der Lebensmittelzölle anzubahnen. Ungefürzt stellen wir unsere Minimalforderungen auf, und wenn wir auch jede Abschlagszahlung acceptieren, so überlassen wir doch den bürgerlichen Parteien selbst, unsere Forderungen ihren Tagesinteressen anzubequemen.

Schlagen wir hingegen den von unserer Fraktion in der Angelegenheit des Achttundentages betretenen Weg ein, dann führen wir auf, die Partei des weitgehendsten sozialen Fortschritts zu sein. Denn in der That, wie stehen wir schon jetzt mit unserer Forderung des allgemeinen zehnstündigen Arbeitstages im Reichstag da, angesichts der Petition des christlichen Bergarbeiterverbandes in Oberschlesien, die den achttündigen Arbeitstag fordert? Und vor allem, in welcher Lage stellen wir unsere Gewerkschaften, die bereits um die neunstündige, achttündige Arbeitszeit kämpfen und sie hier und da bereits durchgesetzt haben?

Dieses Ausweichen unserer Minimalforderungen in eine noch kleinere Scheidemünze bürgerlicher Forderungen, wie wir sie in der behandelten Frage beobachten, ist noch abgesehen von allen praktischen Rücksichten aus dem Grunde betrübend, weil ihm ein gefährlicher Zug zu Grunde liegt. Aus den Aeußerungen unserer Abgeordneten Rosenow, Edm. Fischer u. a. ließ sich zweifellos herausgehören, daß unsere Fraktion sich einfach von der angeblichen Aussichtslosigkeit des achttundengesetzes im heutigen Reichstag hat hypnotisieren lassen. Würden wir aber anfangen, selbst an die praktische Unmöglichkeit, an die Ungeheuerlichkeit unserer Forderungen zu glauben, dann wäre dies die traurigste moralische Konzession an die bürgerliche Gesellschaft.

Wir haben nicht viel Hoffnung, daß die der Fraktion nunmehr „überwiesenen“ Anträge ihr Vorgehen im Reichstag zunächst beeinflussen werden. Umsomehr möchten wir die ausgezeichneten Ausführungen der Genossin Zetlin auf dem Parteitag beherzigen: draußen, im Lande, in der Agitation soll der Schwerpunkt des Kampfes um den Achttundentag liegen und nicht im Reichstag. Auch in dieser Frage soll unserer parlamentarischen Aktion der richtige Anstoß und der nötige Nachdruck erst von der großen Arbeitermasse gegeben werden. Und diese kennt keine diplomatischen Kniffe: sie hält an der Forderung der achttündigen Arbeitszeit fest, die von der internationalen Sozialdemokratie seit Jahrzehnten vertreten wird und zu deren Gunsten sie bereits zwölf Matseste unter schweren Dopen gefeiert hat.

## Seuilleton.

### Das tägliche Brot.

Roman von Klara Wiebig.

Ein Stöhnen Arthurs unterbrach sie. Er war aufgesprungen und regte die Arme über den Kopf.

„Ich halt's nicht aus, das Hundeleben!“

Das klang so ingrinnig, so verzweifelt, daß Mine aufhörte, zu lachen. Sie stand auf, legte ihr Brot hin und näherte sich ihrem Mann.

„Was haste, Arthur?“ Vergebens suchte sie ihm die Hand auf die Schulter zu legen, mit einer unwirksamen Gebärde schüttelte er sie ab. Mit allen zehn Fingern fuhr er sich in das lockige Haar.

„ne Hausdienerstelle, is das 'ne Existenz für mich?! Badete verschmären, Badete austragen, Badeseif sein! Hans in allen Ecken, un doch nirgendwo en Ton riskieren dürfen! Der Prinzipal — 'n junger Bengel, nich viel älter als ich — was der sich einbild't! Nie is man früh genug da, abends kann's nich spät genug werden. Un denn nach de Potsdamer Straße, un denn nach'n Alexanderplatz, un denn 'raus nach Moabit, un denn halbwegs de Hasenhaide. Un en Wetter, daß man keinen Hund 'rausjagt. Raß bis auf de Knochen — Schirm kann man nich halten, man hat keinen Arm frei — Kaputte Stiefeln —!“ Er hustete dumpf.

„Wiste krank?“ Sie sah ihm besorgt ins Gesicht. „Ne, aber suchtig! Ich will nich mehr. Was? Bin ich denn weniger wie der?! Nur auf de Realschule is er gewesen. Gaha! Aber in de zweite Etage is er je-

boren, oder an Ende jar „Sachparterre“; da is man gleich was. „Ne, ich mache nich mehr mit, ich hab's dicke. Soll sich 'n anderen suchen, der sich für fufzehn Mark de Woche 'rumjagen läßt!“

„Haste nich aber fufzehn Mark Weihnachtsgebl gekriegt? Un erschten April will er eine Mark und fufzig Pfennige de Woche zulegen. Denn stehen wer doch ganz gutt da.“

„Ne was! 'ne Mark mehr, was will das heißen?! Mich zum Leben, nich zum Sterben. Un wenn ich denke, daß das immer so weiter geht — immer so weiter!“ Er stöhnte wieder, ließ sich auf seinen alten Platz fallen und verbarg das Gesicht in den Händen.

Sie blieb vor ihm stehen. Das Kind, erschreckt durch den Ton des Vaters, fing an zu weinen. Mine war blaß, ihre Stirn hatte sich zusammengezogen.

„De bis schlechter Laune, schlaf mal erscht, Arthur! Denn siehste alles andersch an. Das kommt ooch von dem ew'gen Regenwetter. Wenn's erscht warm is, daß mal uf, denn wird alles besser.“ Sie suchte ihm und sich selber Mut einzusprechen, aber der Ton war zaghaft. „s wird alles gutt!“

„Nie!“ Er schrie es heraus. Sie konnte hierauf nichts mehr sagen, seine Stimmung hatte sie angestekt. Traurig hing sie den Kopf.

Und dann der Regen, den der Wind ans Fenster peitschte! Der Appetit war ihr vergangen.

Arthur erhob sich plötzlich. „Ich wer doch mal 'rumterjehn zu Bartuschewsk'n. Vielleicht weiß der was für mich. Was Passenderes, was Anständigeres! 's is morgen de höchste Zeit, wenn ich kündigen will.“

„De wirst doch nich?!“ Erschrocken sah sie ihn am Arm. Ihre Augen wurden groß vor Entsetzen.

„Na natürlich,“ sagte er ganz kühl und machte sich los. Langte seinen Hut vom Schrank und ging, die Hände in den Hosentaschen, pfeifend zur Thür.

Sie hielt ihn nicht zurück, sie kannte ihn, da war jetzt nichts zu machen; seit der Scene mit dem silbernen Taufbecher für Bartuschewsk's Jüngstes, hatte sie ihre Erfahrungen gemacht. Nur keine Vorwürfe, kein einziges Wort! Das reizte ihn, das machte ihn gleich wütend; nachher that's ihm leid. Er war eben „nerfces“, wie seine Mutter sagte.

Mit trübem, unflorren Blicken starrte sie ihm nach. — — — Er gab die Hausdienerstelle auf!

Schwer fiel sie auf den nächsten Stuhl. Jetzt fühlte sie erst, wie müde sie war.

Still war's im Zimmer. Freilich war eln-geschlafen, auch Mine fielen vor Uebermüdung die Augen zu.

Ob sie lange so gefessen? Sie erwachte mit einem Frösteln. Ach Gott, sie hatte ja noch die feuchten Kleider an! Da — es klopfte!

Schlaftrunken blinzelte sie nach der Thür. Wer mochte das sein? Arthur nicht, und auch keiner aus dem Keller; die klopfen nicht. Bartuschewsk's? Auch die nicht; die waren ihr ja immer noch todböse und ließen sich nicht oben sehen.

Wieder klopfte es, stärker und dringlicher. Mine taumelte auf. „Gerein!“

Da öffnete sich die Thür, und Bertha fiel ihr in die Arme.

Wie sah die aus! Ganz durchnäßt; das Wasser lief ihr aus den Haaren,

Politische Uebersicht.

Die zweite Lesung.

Die zweite Lesung der Tarifvorlage in der Kommission soll lediglich eine Nachlese sein. So hat wenigstens gestern die Unterkommission beschlossen, die die geschäftliche Behandlung der Beratungsgegenstände in zweiter Lesung vorzubereiten hatte.

Den Herren brennt die Sache auf die Fingerringel. Am 22. September soll die Kommission zur zweiten Lesung zusammentreten, und bis 14. Oktober ist der Reichstag vertagt. Aus dieser kurzen Spanne Zeit lassen sich höchstens noch 15 bis 18 Sitzungen herauschneiden. Will man also vermeiden, daß die Kommission in zweiter Lesung weiterlag, während zugleich das Plenum des Reichstages einzelne Portionen des Tarifs lösselweise zu genehigen bekommt, so muß sich die Kommission beilen und beschränken. Schließlich wird sich ja ein Neben-einanderlagen von Kommission und Plenum doch nicht vermeiden lassen; allein das wäre nur Wasser auf die Mühle der Obstruktion, und diese will man doch so lange als möglich nicht klappen hören.

Zuerst soll der Tarif und dann erst das Tarifgesetz behandelt werden. Die Tarifberatungen müssen materiell nach Möglichkeit beschnitten werden; so hat die Unterkommission unter dem Widerspruch Stadthagens beschlossen, in zweiter Lesung nicht das ganze Material, sondern nur die Punkte zu behandeln, bei denen eine Veränderung zu erwarten steht. Nur über Getreide, Gemüse und Vieh soll besonders verhandelt werden; auch über jeden sonstigen Hauptabschnitt und noch über jeden Unterabschnitt soll eine allgemeine Debatte stattfinden. Im übrigen sollen aber nur solche Einzelpositionen speziell diskutiert werden, deren Annahme durch eine zweifelhafte Majorität erfolgt ist.

Als solche Positionen werden benannt: 10 (Weis, unpollert) und 161 (Weis, pollert), 23 (Kartoffeln, frisch), 80 (Kopfen) und 31 (Kopfenmehl), 37 (lebende Pflanzen), 48 (Obst), 58 (Mandel, Pomeranzen z.), 11 (Gerbrinde), 92 (Quebradohohls) und 93 (andere Gerbstoffe). Abgeordneter Dr. Spahn wünscht auch Thee und Kakao nochmals in zweiter Lesung zu behandeln. Dieser Vorschlag findet nirgends Zustimmung. Besondere behandelt werden sollen ferner noch die Positionen 99 bis 107 (Vieh und Fleisch), 114 (Seeringe), 131 (Milch), 398 (Weisstoffe), 392 und 393 (künstliche Seide), 406 (Wage, Krepp, Flor), 438 und 439 und 440 bis 442 (Wannwollengarne), 444 (dicke Gewebe), 672 (Waren aus Papier, aus Pappe), 690 (Waren aus Cement), 710 (Thonröhren), 782 und 783 (nicht schmiedbarer Guß), 786 bis 790 (Weis), 798 bis 799 (schmiedbarer Guß), 801 (Kautschuk z.).

Außerdem soll es jedem Mitgliede der Kommission unbenommen bleiben, auch über andere Positionen eine Specialdiskussion zu beantragen. Eine solche Anregung, welche von freistündiger Seite betreffs der Papierzölle gemacht wurde, fand keinen Anklang.

Der Handelsminister Müller kündigte auf Montag zu Beginn der zweiten Lesung eine bestimmte Erklärung an.

Diese weise Selbstbeschränkung der Kommission mag zeitlich begründet sein, — sachlich ist sie so ungerechtfertigt wie möglich. Wir haben oft genug von Regierungseite gehört, der Tarifentwurf sei ein organisches Ganzes, und nun will die agrarische Mehrheit der Kommission die zweite Lesung damit beginnen, daß sie neunundneunzig Hundertstel des Tarifs unter den Tisch fallen läßt und von den bald tausend Positionen etwa ein Duzend in etwa ebenso vielen Sitzungen nochmals durchprüft. Selbst der Deutschen Tageszeitung ist diese Behandlung der Weisstoffe etwas zu bunt, und sie weist darauf hin, daß eine zweimalige Lesung des Tarifs ohne jede Einschränkung von der Kommission früher beschlossen worden sei.

Es wird zunächst abzuwarten sein, ob sich die Tarifkommission in ihrer Mehrheit den Dispositionen ihrer Unterkommission anschließen wird. Wenn die Bündler ihre Drohung, die Industriezölle herabzusetzen, im Ernste wahr machen wollen, werden sie eine umfassende Behandlung des Entwurfs in zweiter Lesung verlangen müssen.

Deutsches Reich.

Was ist das Centrum?

Das Centrum ist kein toter politischer Organismus, den man auf einen akademischen Schematismus legen und sozialhistorisch analysieren kann, sondern eine wohlorganisierte Kriegsmacht, die ihre Positionen nur dann zu erkennen giebt, wenn man ihr scharf auf den Leib rückt. Das zeigt sich jetzt wieder, wo das Centrum heftige Angriffe von rechts und links aus seinen Reihen zu bestehen hat und es die sonst verdeckten Batterien auf seine

der Hut war ruiniert, ihr feines Kleid bis zu den Knien mit Schmutz bespritzt, der unterste Bolant abgetreten; einen nassen Schweiß schleppte sie hinter sich drein.

Unter dem linken Arm trug sie ein großes Paket, unter dem rechten einen großen Kasten und eine Hutschachtel; die Taschen ihres tiefenden Jacketts waren auch vollgestopft. Sie konnte sich kaum rühren.

Mit einem Seufzer der Erleichterung ließ sie alles zu Boden fallen. „Au, schwer!“

Ihren Hut abnehmend, schlenkerte sie ihn aus, daß die Tropfen sprühten. Wo sie gestanden hatte, war gleich eine Lache; das Wasser lief ihr aus den zierlichen Hals-schuhen.

Seine säug die Hände zusammen. „Jeses, wo kommste denn her?“

„Direktemang aus 'n Chambregarnie!“ Bertha lachte schril; aber dann verzog sich ihr Gesicht, mit lautem Aufweinen fiel sie der Freundin um den Hals.

„Jeses, Bertha, Berthchen!“ Ersehrend suchte Mine die Erregte zu beruhigen, die am ganzen Leib zitterte und zuckte, deren Körper ein fassungsloses Schluchzen erschütterte.

„Jeses, so sag doch, was is Der denn passiert?“ Mine versuchte ihr das nasse Jackett herunterzuziehen — ach Gott, war die Bertha mager geworden! Seit der Hochzeit hatte sie Bertha nicht gesehen.

„Wiste denn krank? Bertha, Mädels, ween doch nich so, Du machst mer zu Angst!“

„Ich kann nich mehr!“ Mit einem tiefen Seufzer ließ sich Bertha auf den Stuhl am Tisch fallen, stemmte die Arme auf und weinte immer weiter, mit einem Krampfhaften, nervösen Schluchzen.

(Fortsetzung folgt.)

unfähiger Kantonisten richtet, die gegen die Heeresleitung rebellieren und mit fliegenden Fahnen ins Lager des Feindes abmarschieren wollen. Jetzt werden die starken Wirbeln der Kraft des Centrums sichtbar, wenigstens in den Gegenden, die sich im Zustand des Aufwuhes befinden, und es wird offenbar, an welsch mächtigen wirtschaftlichen Organisationen der politische Einfluß des Centrums verankert ist.

Das Centrum macht jetzt die westfälischen Bauernvereine mobil, die der Bund der Landwirte bereits als sichere Beute seines gelungenen Handstreichs annectieren wollte, und es zeigt sich, welche starken Citadellen das Centrum hinter den stillen, friedlichen Poppelbüumen versteckt hält, mit denen es seine Wälle und Gräben maskiert. In der Bündlerversammlung war davon die Rede gewesen, daß die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Landwirtschaft den Landwirtschaftskammern, die Politik allein dem Bund überlassen bleiben müsse; und weil die Bauernvereine keine Politik treiben wollen, deshalb haben sie keine Existenzberechtigung mehr. Darauf antwortet die Centrumspreffe:

Die westfälischen Bauern werden sich hüten, ihre durch den Bauernverein gegründeten 500 Spar- und Darlehensklassenvereine, ihre Centralgenossenschaft mit den zahlreichen Bezugs- und Absatzgenossenschaften, ihre gemeinsamen Versicherungen gegen Feuer, Hagel und Todesfall, ihr Bauamt und Forstamt, ihre Schiedsgerichte und Vergleicksämter, ihre durch den Verein ins Leben gerufenen landwirtschaftlichen Winter- und Haushaltungsschulen auf Gnade und Ungnade dem Bunde der Landwirte zu übergeben; dafür haben die westfälischen Bauern zu viel gesunden Sinn!

Jetzt erfährt man endlich einmal authentisch, zu welcher Flagge diese wirtschaftlichen Organisationen, über denen gewöhnlich die parteilose weiße Parlamentärflagge weht, eigentlich gehören. Wenn der Feind ins Land einfällt, so wird der Landsturm der Bauernvereine von der Centrumsleitung mobilisiert und alle diese genossenschaftlichen Verbände entpuppen sich als ebenso viele Festungen der Centrumpartei, deren Leitung dem Oberkommando der schwarzen Garde gehört.

Das ist nur ein Beispiel. Kommt man nach Bayern oder nach Schlesien, so hat dort das Centrum wieder anders gebaute Nerven und Muskeln, deren Zueinandergreifen erst erkennbar wird, wenn es sich für das Centrum um Sein oder Nichtsein handelt. Darum ist die Centrumsphix erst da zu überwinden, wo ihr der Kampf auf Leben und Tod aufgedrängt wird.

• Berlin, 19. September. Der Bundesrat überwieß in seiner gestrigen Sitzung den Antrag Bayerns betreffend die Einführung von Mehrleistungen nach § 45 des Invalidenversicherungsgesetzes den zuständigen Ausschüssen. Dem Antrag des Königreichs Sachsen betreffend Prüfung von Denkmälern zur Erinnerung an den Todeslag des Königs Albert von Sachsen wurde die Zustimmung erteilt. Die Vorlagen betreffend die Ergänzung der Ausführungsvorschriften zum Gesetz über die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften vom 10. Mai 1892 und betreffend ein Abkommen mit Belgien über den Verkehr mit Branntwein an der deutsch-belgischen Grenze wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Dem Aufschub-antrage zu der Vorlage vom 10. Juli d. J. betreffend den Entwurf von Abänderungs- und Ergänzungsvorschriften zu den Branntweinsteuer-Ausführungsvorschriften wurde die Zustimmung erteilt.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung widmete der Vorsteher Dr. Langerhans dem Professor Virchow einen Nachruf und sprach die Hoffnung aus, daß die ganze civilisierte Welt oder die Stadt Berlin namens der civilisierten Welt Professor Virchow an öffentlicher Stelle ein würdiges Denkmal setzen werde, auf daß Virchows Vorbild bleibe für fernere Zeiten.

Reform oder Revolution — des preussischen Wahlrechts. Die nationalliberale Korrespondenz für Westfalen tritt in einer Betrachtung über das preussische Landtagswahlrecht für eine Reform des Wahlreglements, Neueinteilung der Wahlkreise und die Beseitigung der Bezirkbürtlichkeit ein. Es heißt dann weiter: „Man wird sich doch auch in den konservativen Kreisen mehr und mehr klar darüber werden, daß das Dreiklassen-system auf die Dauer nur erhalten werden kann, wenn wenigstens seine schreiendsten Mängel beseitigt werden.“

Mit reformerischen Schönheitspfästerechen will und wird man grundlegende Ungerechtigkeiten niemals aus der Welt schaffen, im Gegenteil verleiht man ihnen dadurch nur noch ein längeres Leben.

Die Existenzberechtigung der Beamtenvereine kann, wie die Kreuzzeitung in einem denunziatorischen Angriff auf den „sozialdemokratischen Eisenbahner-Verband“ mit Pathos ausruft, nur zugestanden werden, wenn „solche Beamtenvereine streng auf Königstreue und loyalem Boden stehen und unter den Gliedern der betreffenden Beamtenschaft mit Ernst und Nachdruck gegen den Einfluß sozialdemokratischer Tendenzen hinwirken.“ Als ein Musterkind wird dann die im vorigen Jahre gegründete Organisation der Bahnsteiggeschaffner und Portiers hingestellt, deren Vereinsorgan erklärte, die neugeschaffene Vereinigung werde die gemeinsamen Ziele der Mitglieder nur unter der vollen Wahrung des Respekts vor der vorgesetzten Behörde und im Einvernehmen mit ihr verfolgen.

Indem die Kreuzzeitung schließlich den Uebertritt eines Eisenbahnbeamten zum roten Verband als „Staatsverrat“ zu brandmarken sucht, schießt sie den Vogel ab, den wir ihr nicht abstreiten wollen.

• Katholikentag • Centrumparteitag. Während die „große“ Centrumspreffe bisher die „Unterstellung“ stets empört zurückgewiesen hat, daß die Katholikentage Centrumsdemonstrationen sind, ist jetzt einem Kaplänchen des führenden Centrumsblattes in Bessen, des Mainzer Journals, die Feder entgleist. Benanntes Blatt giebt in offiziöser Form bekannt, daß auf dem für den 12. Oktober d. J. nach Mainz einberufenen allgemeinen heftigen Katholikentag die Parteileitung Bericht erstatten werde über die Thätigkeit der heftigen Centrumsfraktion im Landtage. Lange genug hat's gedauert, bis die edlen Herren der Kirche offen zugeben, daß für sie die Religion Mittel zum politischen Zweck ist.

Das Gespenst der Viehscheneinschleppung. Kürzlich brachten wir die Nachricht, daß der Verein deutscher Wursthfabrikanten sich in Braunschweig mit großer Entschiedenheit gegen die Grenzsperr erklärt habe. Der Allgemeinen Fleischerzeitung entnehmen wir nun einige Sätze aus der in Braunschweig einstimmig gefaßten Resolution: „Sollen das deutsche Fleischergewerbe und die Fleischernährung des deutschen Volkes nicht dauernd auf das schwerste geschädigt werden, so ist die Zufuhr aus-

ländischen Schlachtviehes in größerem Maße unbedingt notwendig. Die Gefahr der Seucheneinschleppung, die gegen diese Einfuhr geltend gemacht wird, ist unter den nötigen Sicherungsmaßnahmen durchaus nicht vorhanden, wie die Einfuhr von Rindvieh aus Oesterreich-Ungarn und von russischen Schweinen in das ober-schlesische Industriegebiet unwiderleglich beweisen. Die Viehsperre bedeutet thatsächlich nichts anderes, wie ein wirtschaftliches Mittel, die Viehpreise hochzuhalten und weiter zu steigern.“

Das Märchen vom Schutz gegen Verfeuchung der heimischen Tierbestände durch die Grenzsperr wird auch in einer Eingabe der Stadtverordneten und des Magistrats von Eibing widerlegt. Darin heißt es u. a.: „... jetzt bei Sperrung der Grenze ist die Seuche unter den Schweinen in großer Ausdehnung aufgetreten, wie die hier vom 11. Juli bis 8. September erlassenen 17 amtlichen Bekanntmachungen über Ausbruch der Schweineseuche in verschiedenen Kreisen der Provinz ergeben. Vom 21. August bis 29. Dezember 1893 und vom 30. Juli bis 3. November 1894 wurde uns gestattet, von der Grenze in verschlossenen Eisenbahnwaggons sogen. Vakonzierschweine zur Schlachtung in unser Schlachthaus einzuführen. Unter den in dieser Zeit hier eingeführten 4900 Schweinen befand sich kein seuchenkrankes Tier.“

Und selbst ein landwirtschaftliches Organ, das Hilde-sheimer Landwirtschaftliche Vereinsblatt, schreibt: „Es ist nicht zu erwarten, daß Deutschland in absehbarer Zeit seinen Bedarf an Schweinen durch eigene Zucht decken wird. Von den Seuchen ist in den letzten Jahren lediglich die Maul- und Klauenseuche zurückgegangen. Dieser Rückgang wird aber von den Veterinären darauf zurückgeführt, daß durch die in Deutschland herrschende Verfeuchung die Tiere gegen die Maul- und Klauenseuche immun geworden sind. Es ist also auch in dieser Richtung mit der Einfuhr ausländischer Schweine eine Gefahr nicht verbunden. Der landwirtschaftliche Versammlungen besucht, weiß, daß die Grenzsperr lediglich die Stelle hoher Schutzzölle auf Vieh vertreten soll. In diesen Versammlungen wird die Erhöhung der Viehzölle in dem neuen Zolltarif damit begründet, daß die Grenzsperr mit dem Hinweis auf die Seuchengefahr nicht mehr aufrecht zu erhalten sei und deshalb zur Erzielung hoher Viehpreise auch nach Deffnung der Grenzen eine wesentliche Erhöhung der Viehzölle notwendig sei.“

Fleischnot in Berlin. Die Berliner Hausfrauen beobachten in einer großen Frauenversammlung sich gegen die Fleischnot anzulehnen. Vom 1. Oktober an müssen die Berliner Volksküchen 7 und 5 Pf. für das Pfund Fleisch mehr zahlen, als bisher, obgleich sie es zum Selbstkostenpreise erhalten.

Civilliste und Einkommensteuer. In der Agitation für die Oldenburgischen Landtagswahlen ist von liberaler Seite ein Rufus veröffentlicht, der die herrschende Mißstimmung über die bevorstehende Erhöhung der Einkommensteuer geschickt ausnützt. Es heißt darin: „Die Oldenburger sind nicht einverstanden mit der von 19 Landtagsabgeordneten gegen 17 Stimmen bewilligten Erhöhung der Civilliste des Großherzogs von jährlich 660 000 auf 805 000 Mk. Die Vorlage beir. Erhöhung der Civilliste wurde seiner Zeit begründet mit der angeblich ungünstigen Finanzlage des großherzoglichen Hauses, und es hieß damals offiziell, es handle sich bei demselben um ein fortwährendes Ringen um „Erhaltung des Gleichgewichts der Einnahmen und Ausgaben.“ Diese Behauptungen wurden überall im Lande skeptisch aufgenommen und die Ereignisse der letzten Jahre, die Erbauung der neuen, äußerst kostspielig zu unterhaltenden Dampfstadt des Großherzogs, seine teuren Reisen haben zur Genüge den Beweis erbracht, daß von einer mißlichen Finanzlage nicht die Rede sein konnte, eher vom Gegenteil. Domals, im Jahre 1900, floß schon die Hälfte der gesamten vom Oldenburger Lande aufzubringen Einkommensteuer in die Kasse des Landesfürsten und trotzdem hat der Landtag ihm jährlich 145 000 Mk. mehr bewilligt, obwohl die Finanzlage des Landes von Jahr zu Jahr schlechter geworden ist. Ueberall muß jetzt gespart werden; für Zwecke, die unendlich wichtiger sind als die Erhöhung der Civilliste ist kein Geld vorhanden. Aus diesem Grunde ist es dringend notwendig, daß die Bevölkerung zeigt, daß sie nicht mit dem schwächlichen Verhalten der Mehrheit des letzten Landtags einverstanden ist.“

Urge Soldatenshinderung. Mit einem Fall ganz krasser Soldatenshinderung hatte sich dieser Tage das Kriegsgericht in Mey zu befassen. Der Fall ist folgender: Am Morgen des 9. März d. J. kam der Kanonier Wolke in eine Wirtschast und schloß sich dort eine Revolverkugel in den Kopf. Er wollte sich töten, weil er in der Compagnie fürchtbar mißhandelt werde. Der Verwundete wurde nach erfolgter Heilung in die Heimat entlassen. Nun nahm das sächsische Kriegsministerium die Sache auf und ordnete eine kriegsgerichtliche Untersuchung an. Diese hatte die Erhebung der Anklage gegen die Unteroffiziere Trautmann und Wiehr sowie gegen 5 Kanoniere wegen körperlicher Mißhandlung, Mißbrauchs der Dienstgewalt und Beihilfe zu diesem Vergehen zur Folge. In der Verhandlung wurde zunächst festgestellt, daß die Unteroffiziere, vornehmlich aber Trautmann, die ihnen unterstellte Mannschaft bei jeder Gelegenheit mit Ohrfeigen zu traktieren pflegten. Auf den Wolke hatten sie es besonders abgesehen. Wiehr schlug dem Wolke die Cigarette ins Gesicht. Trautmann stieß ihn beim Revidieren der Gewehre den Kolben vor die Brust, daß er hintenüber fiel. Sodann befahl er Wolke, zum Fenster des Erdgeschosses hinauszuspringen, um die Parade herum-zulaufen und innerhalb drei Minuten wieder zur Stelle zu sein. Wolke bekam jedesmal Ohrfeigen und mußte den Weg 15—20mal antreten. Damit nicht genug, befahl Trautmann den eigenen Kameraden des Wolke, ihn zu verhauen, widrigenfalls sie alle büßen müßten. Der Vertreter der Anklage beantragte gegen Wiehr zwei Monate Gefängnis, gegen Trautmann ein Jahr Gefängnis und Degradation. Das Gericht beurteilte den Unteroffizier Trautmann zu acht Monaten Gefängnis und Degradation, den Unteroffizier Wiehr zu vier Wochen Mittelarrest und die mitangeklagten fünf Kanoniere zu je drei Tagen Mittelarrest.

Aus Köln wird der Frankfurter Zeitung berichtet: Der Sergeant Klemm mußte sich wegen Mißhandlung insbesondere des Kanoniers Westphal vor dem Kriegsgericht in Köln verantworten; des weiteren war er angeklagt, genannten Kanonier von dem Betreten des Beschwerde-

abzuhalten versucht zu haben. Der Angeklagte hat die Soldaten wiederholt gedroht, gestochen, auf den Mund geschlagen und Aniebeuge machen lassen sowie gegen die Spindel gedrückt. Kanonier Westthal entfernte sich ohne Erlaubnis von seinem Truppenteil und gab nach seiner Rückkehr als Grund die Mißhandlungen durch den Sergeant an. Dieser suchte den Kanonier zu bereden, die Mißhandlungen nicht als Grund anzugeben; er möchte bedenken, daß er noch 1/2 Jahre unter ihm in der Compagnie zu dienen habe. Das Kriegsgericht erkennt unter teilweiser Freisprechung auf vier Wochen Mittelarrest. Der Beschuldigte habe keine rohe Gesinnung betundet, vielmehr hauptsächlich „erzieherische Zwecke“ verfolgt. Der Strafantrag lautete auf vier Monate.

**Wienburg, 18. September.** Das Kriegsgericht der XVIII. Division verurteilte heute den Sergeanten Fr. Dunder von der 2. Compagnie des Infanterie-Regiments Nr. 84 wegen vorläufiger Mißhandlung eines Untergebenen, während der Ausübung des Dienstes, zu 14 Tagen mittleren Arrest. Der Angeklagte hatte einen Musketier mit einer zwei Finger starken Kette über die Schultern geschlagen. Als die Kette dabei zerbrach, schlug er mit dem einen Ende den Soldaten über den Kopf. Später bot D. dem Geschlagenen 20 Mk., wenn er zu seinen Gunsten auszusagen wolle. Die milde Strafe wird noch unverständlich, wenn man bedenkt, daß D. bereits wegen Soldatenmißhandlung verurteilt ist.

**Kleine politische Nachrichten.** Die Posener Kaiserreden, und zwar die Antwort des Kaisers auf die Begrüßungsansprache des Oberbürgermeisters und die Rede im Landeshause, sollen nach der Posener Zeitung auf bronzenen Tafeln am Rathaus in Posens angebracht werden. — Zur **Roskufffeier**, die anlässlich des 100. Geburtstages Roskuffs begangen wird, sind in Budapest große Vorbereitungen getroffen worden. Ununterbrochen treffen aus allen Landesteilen Abordnungen ein. Die Menge, welche am Grabe Roskuffs vorbeiziehen und Kränze niederlegen wird, dürfte etwa eine Viertelmillion Köpfe zählen. — **Saltburn**, der sich in der Schweiz aufhält, ist erkrankt. Ein englischer und ein schweizerischer Arzt behandeln ihn. Auch sein Hausarzt ist aus England berufen worden. — Eine Depesche aus **Kap Haitien** bestätigt, daß General Nord bei Limbo am 17. September vormittags geschlagen ist. Er gab nach dreitägigem Kampfe, in welchem viele Mannschaften und mehrere Generale gefallen sind oder verwundet wurden, seine Stellungen auf unter Preisgabe von Geschützen und Munition. Der Feind ist, 4000 Mann stark, auf dem Anmarsch auf Kap Haitien.

**Oesterreich-Ungarn.**

**Fleischsteuerung in Oest.**  
p.h. Auch in Wien droht Fleischsteuerung. Auf dem letzten Viehmarkt sind die Preise bereits um 2—3 Kreuzer per Kilo in die Höhe gegangen. Die unmittelbare Veranlassung ist natürlich die Teuerung in Deutschland, insbesondere im angrenzenden Bayern und Sachsen. Die Viehexporteure kaufen das Vieh in den Ställen der Mäster auf, so daß auf dem Wiener Markt bereits verminderte Aufsicht herrscht. Die Viehproduzenten haben in Oesterreich dasselbe Spiel gespielt wie in Deutschland. Zuerst haben sie wegen angeblich drohender Verleumdung durch das Ausland, nämlich Serbien und Rumänien, die Grenzen sperren lassen. Zu dieser mangelnden Verfolgungsmöglichkeit der Wiener Fleischer durch den Gewaltstreik der ungarischen Viehhändler — denn zum mindestens Wien wird zum größten Teil mit ungarischem Mastvieh versorgt, das nach Deutschland exportierte Vieh stammt aus den Alpenländern — kommt nun noch eine geradezu vorantastliche Betriebsweise. Es giebt in Wien keine Großschlachtereien und keinen Fleischverkauf in Markthallen. Aber nicht nur beim Schlachten wird irrational gewirtschaftet, sondern auch beim Verkauf des Fleisches. Es giebt Hunderte kleiner Fleischer, die eigentlich nichts anderes sind als Fleischverarbeiter, weil ihnen das zum Vieheinlaufen und Schlachten notwendige Betriebskapital fehlt. Die im neuen Zolltarife festgestellten enormen Viehzölle tragen natürlich nicht dazu bei, die Viehproduzenten nachgiebig zu stimmen. Die deutschen und österreichisch-ungarischen Viehzüchter können offenbar den Verbrauch dieser beiden Länder nicht decken. Und es ist einfach eine direkte Unterjochung ihrer gewaltigen Preispolitik, wenn die Regierungen dieser beiden Länder die Baltica- und amerikanischen Produktionsgebiete nicht an der Versorgung dieser Konsumgebiete teilnehmen lassen.

**Niederlande.**

**Amsterdam, 18. Sept.** Krüger. Zu der Umgebung Krügers macht sich ein Einfluß geltend, Krüger zu bestimmen, nach Südafrika zurückzukehren. Auch seitens der Familie des Präsidenten sind dahingehende Bestrebungen im Gange. Krüger kündigte seine bisherige Wohnung auf, indessen ist er noch unentschlossen, ob er gleichzeitig mit den Buren generalen die Rückreise antreten solle. Wie es heißt, wollen die letzteren bei dem nächsten englischen Besuch nach dieser Richtung hin gleichfalls sondieren. Ueber Krügers Memoiren erzählen Eingeweihte: Wer sensationelle Enthüllungen erwartet, täuscht sich gewaltig. Die ganzen Darstellungen sind nüchtern, trocken, formell anspruchlos. Die vornehmlich berichten, welche Beziehungen zwischen England und den Buren vor dem Ausbruch des Krieges bestanden, und wie die diplomatischen Verhandlungen und Verwicklungen zu Feindseligkeiten gesteigert wurden. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Buren generalen und Krüger werden von englischen Vätern gewaltig aufgebauscht. Bei der bis jetzt beobachteten Reserviertheit in den öffentlichen Meinungsäußerungen beider Parteien läßt sich nichts Sicheres über etwaige Differenzen sagen.

**England.**

**Schändlicher Bauernfang.**  
xxx Selten reich ist dieses Jahr die Ernte an geheimen Dokumenten. Vor einigen Tagen veröffentlichten wir an dieser Stelle einen Ukaß, in dem v. Blehve das hohe Lob der Krute singt, in dem nachfolgenden ist v. Blehve, der sich diesmal unter der Decke seines nächsten Mitarbeiters, des kürzlich zum Chef des Polizeidepartements ernannten Popudhin versteckt hat, sanftmütiger. Jetzt setzt er seine letzte Hoffnung auf die Bauern selbst. Das Dokument, das in dem Ministerium Anfang August entstanden ist, sieht folgendermaßen aus:  
Das Ministerium des Innern. Ganz geheim.  
Das Polizeidepartement. Cirkular.  
An die Herren Gouverneure.  
Aus den im Polizeidepartement einlaufenden Nachrichten ist zu ersehen, daß die Verbreitung von revolutionären Schriften unter der Landbevölkerung des Reiches in der Mehrzahl der Fälle folgendermaßen von statten geht: In diesem oder jenem Distrikt erscheinen unbekannt junge Leute, die Begend mit der Eisenbahn oder in der Equipage passierend oder zu Pferd, und verstreuen

in den Dörfern und Flecken Bücher und Broschüren revolutionären Inhalts oder sie verteilen sie unter die Bauern, mit der Empfehlung, sie zu lesen und zu diesem Zweck auch weiter zu geben. Nicht selten werden diese Schriften in die Höfe und die Gebäude der Bauern und auf den Jahrmärkten den Bauern offen in ihre Wagen geworfen, von wo sie dann von dem Landvolk selbst in die entferntesten und dunkelsten Ortschaften gebracht werden. Die genannten Bücher und Schriften werden von der Landbevölkerung gern gelesen und werden, nachdem sie durchgelesen sind, ohne böse Absicht weiter gegeben, wobei es beobachtet worden ist, daß solche Schriften sogar öffentlich in Bauernmassen vorgelesen worden sind.

Nachdem die Bauern mit dem Inhalt der bezeichneten Litteratur bekannt geworden waren, entstanden unter ihnen Gerüchte über die Aufteilung der Gutsländereien und mehr oder weniger gespannte Beziehungen mit den örtlichen Gutsbesitzern; erst nach längerer Zeit erscheint die Kreispolizei zur Stelle, beunruhigt durch Nachrichten über die Gärung unter den Bauern, und sie erfährt bloß, daß vorbeigehende oder vorbeifahrende unbekannte Menschen Broschüren verteilt haben. Längst nicht alle der bezeichneten Bücher und Broschüren werden den Bauern weggenommen und die in der Sache der Aufdeckung dieser Schriften vorgenommene Untersuchung verläuft gewöhnlich resultatlos, weil die an der Verbreitung der revolutionären Schriften Schuldigen nicht ausfindig gemacht werden konnten und sie wahrscheinlich ihre Thätigkeit in eine andere Gegend verlegt haben.

Aus dem Dargelegten ist nicht schwer zu ersehen, daß in dem Kampf mit einer solchen Propaganda mit der administrativen Untersuchung und der Wegnahme der revolutionären Schriften kein Erfolg erzielt werden kann und daß alle Bemühungen der Behörden in dem Kampf mit dem Bösen, vor allem auf die Aufdeckung und Verhaftung der Agitatoren und Verbreiter der unterirdischen Litteratur sowie auf die Ausfindigmachung von Maßregeln, mit denen man ihrer verbrecherischen Thätigkeit vorbeugen könnte, hinauslaufen müssen.

Zur Erreichung dieses Zieles würden die örtlichen Kräfte der Gendarmerie und Polizei wegen ihrer verhältnismäßig geringen Zahl und der großen Ausdehnung der Verwaltungsdistrikte, versteht sich, nicht ausreichen, weshalb Maßregeln in Angriff genommen werden müssen, die den Bauern selbst Vernunft einflößen, so daß die Bauern mit ihren eigenen Mitteln die Agitatoren anhalten und den zuständigen Behörden übergeben und überhaupt sich bei der Ausrottung des Bösen an der Wurzel mitbetheiligen.

Unter den Bauern werden, versteht sich, so vernünftige Leute sein, die bei dem Einfangen der verbrecherischen Agitatoren ihre Beihilfe nicht verlagen werden.  
Zu Inbetracht des oben Dargelegten empfehle ich (Ev. Excellenz den Landpolizeivorständen zu eröffnen, daß sie auf den Gemeindeversammlungen den Bauern persönlich die ganze Unhaltbarkeit der revolutionären Lehren zu erklären haben.

Der Verweser des Polizeidepartements: Popudhin.  
Die Zeiten, wo die Bauern der Polizei thatsächlich sehr angenehme Dienste leisteten, sind zum großen Schmerz des Polizeidepartements vorüber, jetzt hofft es nur noch auf besonders „vernünftige Leute“.

**Australien.**

**Kosten des Militarismus.**  
Ein Telegramm aus Sidney berichtet, daß Sir Barton, Premierminister des australischen Bundes, den Regierungen der verschiedenen australischen Staaten Einzelheiten über seine jüngste Unterredung mit Chamberlain, betreffend die Beteiligung der australischen Staaten an der Landesverteidigung, mitgeteilt hat. Danach soll der australische Bund sich mit 200 bis 250000 Pfd. Sterl. an den Schiffsausgaben beteiligen. Neuseeland wird sich mit ca. 40 bis 50000 Pfd. Sterl., die Kapkolonie mit ca. 60000, Natal mit 40000 Pfd. Sterl. beteiligen. Der Vertrag soll für eine Dauer von 6 Jahren vorgesehen sein.

**Aus Sachsen und den Nachbargebieten.**

**Der „wirkliche“ Liberalismus.** In einem Artikel der Dresdener Zeitung über den sozialdemokratischen Parteitag findet sich folgender Satz: „Der Vorwärts hat angeregt, statt über Arbeiterversicherung und Kommunalpolitik unfruchtbare Debatten zu führen, die Wahlrechtskämpfe in den Einzelstaaten zu erörtern und des ferneren auch das Centrum und seine Politik zu beleuchten. Die Forderung des direkten, geheimen und allgemeinen Landtagswahlrechts hat unsere volle Sympathie, aber ob die Sozialdemokratie mit den Mitteln, die sie anwenden will, wesentliches erzielt, möchten wir dahingestellt sein lassen. In Preußen sollen bekanntlich alle Sozialdemokraten mobil gemacht werden und so die Landtagswahlen technisch zu einer Unmöglichkeit machen. Ob das gelingt, ob wirklich in einem Wahlkreise durch den sozialdemokratischen Andrang die Wahl resultatlos abgebrochen werden muß, scheint uns fraglich, und wenn, was ist damit erreicht? Vorderhand wäre es unseres Erachtens viel vernünftiger, wenn die Sozialdemokraten bei den kommenden Wahlen sich einfach je nach dem Zoll- und wirtschaftspolitischen Bekenntnis des aufgestellten bürgerlichen Kandidaten verhielten. Mit der Stärkung des Liberalismus — des wirklichen — rückt auch die Frage der Wahlrechtsreform ihrer Lösung näher. Man wird darüber ja wohl in München eingehend beraten, auch wenn die vom Vorwärts vorgeschlagene Programmänderung nicht stattfindet.“

Der „wirkliche“ Liberalismus, von dem hier das Dresdener liberale Blatt redet, ist, wenn er noch irgendwo zu finden sein sollte, so doch ganz sicher in Sachsen nicht zu entdecken. Selbst die Dresdener Zeitung, die sich linksliberal nennt und sich seiner Zeit auch gegen die Aenderung des Landtagswahlrechts aussprach, redet heute dem Statteil der Nationalliberalen mit den Konservativen gegen die Sozialdemokraten das Wort. Wo soll da noch „wirklicher“ Liberalismus in Sachsen herkommen. Uebrigens ist die Dresdener Zeitung auch nur für das direkte, geheime und allgemeine Wahlrecht, für das gleiche Wahlrecht ist sie also ebenso wenig zu haben wie die nationalliberalen Landtagsabgeordneten, die das frühere Censurwahlrecht mit abgemurrt und für die Einführung des Dreiklassenwahlrechts gestimmt haben.  
Die Dresdener Zeitung meint dann, die Sozialdemo-

kratie solle bei den kommenden Wahlen ihr Verhalten einfach nach dem Zoll- und wirtschaftspolitischen Bekenntnis des Kandidaten einrichten. Aber in dieser Beziehung haben ja die „Liberalen“ in Sachsen die Sachlage außerordentlich vereinfacht, indem sie sich mit Brotwucherern kartellierten. Jeder Kartellkandidat ist ein Brotwucherer. Es wirkt in der That komisch, wenn das liberale Blatt die Notwendigkeit eines Anschlusses der Sozialdemokratie an den „wirklichen“ Liberalismus predigt. Von dieser Sorte Liberalismus ist in Sachsen ganz sicher kein Schimmer mehr zu finden. Die Sozialdemokratie kann sich nur auf sich selbst verlassen.

**k. Die Lage des Arbeitsmarktes** ist vom sächsischen Ministerium des Innern zum Gegenstand einer Umfrage gemacht worden. Wenigstens sind in verschiedenen vogtländischen Städten in den letzten Tagen den Fabrikanten diesbezügliche Fragebogen zugestellt worden, woraus zu schließen ist, daß es in anderen sächsischen Städten ebenfalls geschieht. Es wird Auskunft darüber verlangt, ob und in welcher Industrie Arbeiterentlassungen eingetreten oder Feiertage oder Kürzungen der täglichen Arbeitszeit eingeführt sind und ob eine Zu- oder Abnahme der Arbeitslosigkeit für den kommenden Winter im Vergleich mit dem Vorjahre zu gewärtigen sei. Das eingegangene Material bezw. die eingegangenen Antworten sind von den Ortsbehörden zusammenzustellen und dem Ministerium einzusenden. Wir wollen hoffen, daß die Arbeit und Umfrage gewissenhafter geschieht als die vorjährige, deren Ergebnis Graf Posadowsky im Reichstag zu besten gab und das sehr angezweifelt wurde.

**Dresden, 18. September.** In einer von freisinniger Seite einberufenen Protestversammlung gegen die Fleischsteuerung sprach Reichs- und Landtagsabgeordneter Klopsch in wirkungsvoller Rede über die Ursachen der Fleischsteuerung. In der Debatte sprachen auch einige Fleischmeister. Besonders wertvoll waren die Neußerungen des nun folgenden Medners, des Hof-Fleischermeisters Niedner, der nachwies, daß die deutschen Landwirte nicht im Stande seien, das deutsche Volk mit genügendem Fleisch zu versorgen. Der Auftrieb auf dem Schlachthof sei fortwährend zurückgegangen. Die Teuerung müßte zuerst von den armen Leuten getragen werden — denn die Schlächter seien gezwungen (!?), erst die weniger guten Fleischwaren zu verteuern. Poddiecki mit seiner Behauptung, es werde Fleisch genug in Deutschland produziert, „haue dem deutschen Volke die klare Faust ins Gesicht“. Das seien Hirngespinnste. Während früher 2000 Schweine täglich auf dem Dresdener Markt waren, seien es jetzt nur noch 12—1500. Um 25 Proz. sei der Preis gegen das Jahr 1899 gestiegen. Sehr interessant war auch der Nachweis, daß ein aus Oesterreich eingeführter Dohse, bis er geschlachtet sei, 95 Mk. Zoll und Abgaben koste. Dreifach müsse er versteuert werden, ehe er geschlachtet werden könne. Das sei zu viel. Die Grenzen müßten geöffnet werden. Fleischmeister Richter stellt den Preis des Schweinefleisches (Schlachtgewicht) auf 68—72 Mk. fest, und wies darauf hin, daß nur der große Landwirt, nicht aber der kleine Bauer Vorteil von den hohen Fleischpreisen habe.

**Ersterberg, 18. September.** Bei der Firma Seidel u. Stompe verunglückte der Weber W. Gerstner dadurch, daß der Hauptriemen riß, eine Eisenlange abbrach und den Vorgenannten am Kopf schwer verletzte. Zu dem Unfall bemerkt das Sächsische Volksblatt: „Trotzdem zu wiederholten Malen bei der Gewerbeinspektion klauen Anzeige über die fehlenden Schutzvorrichtungen in diesem Betriebe gemacht worden ist, hat sich die Kontrollbehörde noch nicht veranlaßt gefühlt, Remedur zu schaffen. Auch beschwerten sich die dort beschäftigten Arbeiter, daß durch das Aufstellen der verbreiterten Webstühle Leben und Gesundheit der Arbeiter gefährdet sei. Wird die Gewerbeinspektion jetzt das Nötige veranlassen?“

**Annaberg, 18. September.** Gegenwärtig finden, wie gemeldet wird, innerhalb der politischen Kreise Beratungen über die Aufstellung eines neuen Reichstagskandidaten für den 21. Reichstagswahlkreis (Annaberg-Eibenstock) statt, nachdem der seitherige MandatInhaber, Herr Ausrichter a. D. Dr. Esche-Dresden, die Annahme einer neuen Kandidatur abgelehnt hat. Die konservative Partei hat die ersten Schritte in der Wahlvorbereitung den Nationalliberalen überlassen, da der Kreis von jeher zum nationalliberalen Bestände gehört. „Es ist Aussicht vorhanden, daß beide in erster Linie in Betracht kommenden Parteien sich wiederum auf einen Kandidaten einigen werden.“ Den Konservativen ist es natürlich ziemlich gleich, ob sich der Kandidat nationalliberal nennt oder konservativ, wenn er nur in der Pollfrage die Konservativen befriedigt, was bei Dr. Esche bekanntlich nicht der Fall war.

**Zwickau, 18. September.** Stadtverordneter Vär beantragte in der Stadtverordnetenversammlung eine Eingabe an den Bundesrat, betreffend die Fleischnot. Oberbürgermeister Keil erwiderte in längerer Ausführungen, daß er darüber Erhebungen veranlaßt habe, ob in Zwickau eine Fleischnot bestehe. Ein Beschluß darüber wurde nicht gefaßt.

**Magdeburg, 18. September.** In dem Gommerner Landfriedensbruchprozeß traten drei Brüder Brandt als Kronzeugen auf. Ohne ihr Zeugnis würde bestimmt keine Verurteilung erfolgt sein, zum mindesten keine Verurteilung unseres Genossen Voigt zu acht Monaten Gefängnis. Demgegenüber sind die Mitteilungen nicht uninteressant, die der Magdeburger Volksstimme von ihrem Korrespondenten in Gommern zugehen: „Drei Söhne der „anständigen“ und „ordentlichen“ Familie Brandt haben sich schon wieder am Sonnabend abend in der ihr eigenen Weise hervorgethan. Diese drei würdigen Vertreter von „Anstand“ und „Ordnung“ hatten eben schon wieder einmal das Bedürfnis, „kriegerisch“ sich zu betheiligen. Aus irgend einem Grunde fielen plötzlich Wilhelm — bekannt als „Fallenauge“ — und Gustav Brandt über ihren Bruder August her und mißhandelten denselben mit Pantoffeln u. dergl. in unbegreiflicher Weise. Auch das Messer spielte eine große Rolle, und erhielt der überfallene Bruder einen mehrere Centimeter breiten Messerstich dicht unter einem Auge. Einer der Angreifer — Gustav Brandt — erhielt ebenfalls einen Messerstich in die Seite, so daß beide ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten.“ Im Landfriedensbruchprozeß wurde die Familie Brandt als durchweg „anständig“ und „ordentlich“ bezeichnet.

**Dieszu drei Beilagen und die Romanbeilage.**

# Total-Ausverkauf

wegen  
Geschäftsaufgabe u. Wegzuges.

Ich verkaufe zu jedem annehmbaren Preise und mache auf diese nie wiederkehrende Einkaufsgelegenheit ganz besonders aufmerksam.  
(Ladeneinrichtung billig abzugeben.) **Emil Lichtenstein, L.-Plagwitz, Zschochersche Str. 32.**

## Herren-Garderobe, Arbeiter-Kleider Schuhwaren

sowie für Damen, Herren und Kinder

Schluss des Total-Ausverkaufs: Sonnabend den 27. September abends 9 Uhr. Preise nochmals ermäßigt.

### Eröffnung der Herbst- und Winter-Saison.

#### Abteilung für fertige Herren-Konfektion:

- Winterüberzieher mit prima Woll- und Serge-Futter von Mk. 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> - 26
- Winterüberzieher mit pa. Kammgarn, Seiden- oder Pelz-Plüsch-Futter von Mk. 27 - 45
- Raglans, Ulster- und Sport-Paletots von Mk. 17 - 42
- Joppen mit Woll- od. Pelz-Plüsch-Futter, v. Mk. 4<sup>3</sup>/<sub>4</sub> - 18
- Jackett-Anzüge in den feinsten Nouveautés von Mk. 13<sup>1</sup>/<sub>2</sub> - 42
- Rock-Anzüge, ein- u. zweireih. Rockform von Mk. 18 - 50
- Herbst-Paletots, hoch- apart von Mk. 15 - 37

Umtausch  
gern gestattet.

Flicken  
gratis.

#### Centrale: L.-Reudnitz

Dresdener Strasse 75, Parterre, I. u. II. Etage  
vis-à-vis dem Strassenbahn-Depot.

#### Leipzig-Schönefeld

Leipziger Strasse 127  
vis-à-vis von Berger & Wirth.

#### Leipzig

Tauchaer Strasse 1, Ecke Gartenstrasse  
dicht neben dem Krystallpalast.

#### Leipzig

Zeitzer Strasse 24a, Ecke Sidonienstrasse  
(Inh.: Bruno Hildebrandt).

**Grösstes und billigstes Herren-Modenhaus**  
**Geb Brüder Rockmann**  
Inh.: Gottfried Hühne.

#### Abteilung für Knaben-Konfektion:

- Knaben-Paletots in aparten Neuheiten von Mk. 4<sup>1</sup>/<sub>4</sub> - 16
  - Sport-Paletots u. Pyjacks m. senkrechten Taschen von Mk. 4<sup>1</sup>/<sub>4</sub> - 16
  - Knaben-Anzüge einfach bis zu den elegant. Nouveautés von Mk. 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub> - 15
  - Knaben-Joppen mit gutem Woll- u. Pelz-Plüsch-Futter von Mk. 3 - 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>
- Anzüge, Paletots, Joppen für Jünglinge und Schüler  
Separat-Abteilung für Herren untersehter u. korpulenter Figuren.  
Spottbillig! Bedeutend unter Preis! Besondere Gelegenheit!
- Kragen- u. Hohenzollern-Mäntel für Herren 10 Mk. } Soweit der Vorrat reicht.  
für Jügl. u. Schüler 7 Mk. }  
für Knaben 3.50 Mk. }

Streng reelle  
Bedienung.

Grosse helle  
Geschäftsräume.

**Nächsten Sonntag** von vorm. 11 Uhr bis abends 9 Uhr geöffnet.

### Bund der Arbeiter-Vereine.

#### Arbeiterverein Leipzig.

Vereinslokal: Reichenstr. 8, Mittelgeb. II.  
Sonnabend den 20. September abends 9 Uhr Diskussion.

Sonntag den 21. September:  
Maschinenbau. Pünktliches Erscheinen notwendig. — Um 11 Uhr Volkswirtschaftslehre.

Nachmittags 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
2. Aufführung des Erbsörsters im Alten Theater.

Das Vereinslokal ist nach Beendigung der Aufführung geöffnet.

Abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Ausstellung für Kunstpflege: Die Herstellung von Lithographien und Kunstdruckern. Mit Ausstellung solcher Bilder, Meisterbilder, Vesperung.

Montag den 22. September abends 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Zusammenkunft aller Interessenten für Stenographie.

Der Vorstand.

#### Volkshilfungs-Verein L.-Gohlis.

Sonntag den 21. Septbr. abends 8 Uhr

**Versammlung**  
im Saale des Wäandhof, Georgstr. 21.  
T.D.: 1. Vortrag über: Das Erbrecht. 2. Diskussion hierzu. 3. Vereins-Angelegenheiten.

Der Vorstand.

#### Arbeiterverein Dölig.

Sonnabend den 20. Septbr. abends 9 Uhr

**Versammlung.**  
Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Der Vorstand.

#### Arb.-Verein Hänichen und Umgegend.

Die Mitgliederversammlung fällt morgen Sonnabend aus, zu Gunsten der Generalversammlung des Konsumvereins.

Der Vorstand.

#### Allg. Arb.-Radfahrer-Verein Leipzig.

Sonntag den 21. Sept. nach Grimma: Abfahrt früh 6 Uhr Johannisplatz. — Mittwoch den 24. abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Versammlung bei Kaffee.

#### Arb.-Verein Thonberg-Neureudnitz.

Sonnabend den 20. Septbr. abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr

**Familien-Abend**  
im Gasthof Thonberg.  
Eintritt gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, willkommen.

Zahlreichen Besuch erwartet  
Der Vorstand.

#### Arbeiterverein Probstheida.

Sonnabend den 20. Septbr. abends 9 Uhr

**Versammlung im Gasthof.**  
T.D.: 1. Gemeinde-Angelegenheiten. 2. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet D. V.

#### Arbeiter-Verein Liebertwolkwitz.

Sonntag den 21. Septbr. abends 8 Uhr

**Vortrag**  
des Gen. Dr. Frische-Leipzig: Fiktion und Junfer. — Vereins-Angelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch erwartet D. V.

#### Volkshilfungs-Verein Marktleiberg u. Umg.

Sonnabend den 20. Septbr. abends 9 Uhr

**Vortrag**  
des Genossen Riedel.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
Der Vorstand.

#### Arbeiterverein Möckern

Die für Sonnabend den 20. Septbr. angelegte Versammlung fällt aus. Den Mitgliedern zur Mitteilung, dass die Programme für das am 28. Septbr. stattfindende Stiftungs-Fest beim Kaffee zu entnehmen sind.

Der Vorstand.

Sonnabend den 20. September 1902 abends 8 Uhr

## Große Volks-Versammlung

in Matthais Gasthof zu Gautsch.

8867] Tagesordnung:  
1. Die Bedeutung der Volksschule. Referent: Stadtverordneter Lange-Leipzig. 2. Diskussion.  
Hierzu sind die Frauen mit eingeladen. D. E.

## Sonntag den 21. d. Mts., nachm. 3 Uhr Grosse öffentl. Maurerversammlung

im Saale des Sächsischen Hofes, Schönefeld. 8868  
Um zahlreichen Besuch bittet Der Einberufer.

## Bauschlosser.

Sonnabend den 20. September abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Versammlung im Coburger Hof. — Tagesordnung: 1. Bericht und Neuwahl der Werkstellen-Kommission. 2. Gewerkschaftliches. 8892

## Sonntag den 28. September 1902

**Matinee**  
ausgeführt von den Mitgliedern des früheren Arbeiter-Sängerbundes Vorwärts  
im Albertgarten, L.-Anger.  
Einlass 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Anfang 11 Uhr.  
Programme, im Vorverkauf 15 Pf., sind bei den betr. Vereinen zu haben. An der Kasse 20 Pf.  
Zu zahlreichem Besuche ladet freundlichst ein Das Komitee. 8889

### Volkverein f. Plagwitz-Kindenau

Vereinslokal: Zwei Linden, Lindenau Karl Heine-Str. 70.  
Sonnabend den 20. September abends 9 Uhr

### Versammlung.

1. Vortrag des Herrn Dr. Frische über: Geheimmittelschwindel.  
2. Diskussion.  
3. Vereinsangelegenheiten.  
Donnerstag den 25. September abends 9 Uhr  
Grosser Recitations-Abend  
im großen Saale des Schloss Lindenau.  
Vorträge aus Reuters Werken von Herrn Gustav Becker, Recitator aus Hamburg.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
8874] Der Vorstand.

### Arbeiter-Verein Großschöcher-Windorf.

Sonnabend den 20. September abends 9 Uhr  
Versammlung.  
Tagesordnung:  
Vortrag über: Einführung in das Privatrecht.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
8877] Der Vorstand.  
Sängerabteilung  
Sonntag 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Abmarsch vom Trompeter.

### Volkverein für Schönefeld und Umgegend.

Sonnabend den 20. September abends 9 Uhr  
Versammlung  
im Restaurant Stadt Leipzig.  
Tagesordnung:  
1. Vorlesung. 2. Bericht der Gemeinderäte. 3. Vereinsangelegenheiten.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet  
8875] Der Vorstand.

### Gemeinnütziger Verein Dölig.

Sonnabend den 20. Septbr. abends 9 Uhr  
Mitglieder-Versammlung.  
Tagesordnung:  
Vortrag: Die rechtl. Stellung der Eltern zu den Kindern nach dem neuen Bürgerl. Gesetzbuch. (Einer recht zahlreichen Beteiligung ist entgegen.) 8876] Der Vorstand.

### Vorwärts, Markranstädt.

Sonnabend den 20. Sept. abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
Mitglieder-Versammlung.  
1. Vortrag des Genossen W. Witzig über: Die Aufgaben der modernen Stadtgemeinde. 2. Diskussion. 3. Die Regelung der Volksschule. D. V.

### Plattdeutsch

Wir haben alle Landdialekte u. Freinde der plattdeutschen Sprache zum großen Recitationsabend des bekannt. Neuen Jüterpreten G. Becker aus Waldhau für Sonnabend den 20. Sept. abds. 8 Uhr nach der Thiemerschen Brauerei, Tauchaer Str. 27, freundlich ein. Programme à 30 Pf. bei G. Müller, Cigarrenpavillon, Schulplatz.

### Buchbinderarbeiten

werden sauber und billig ausgeführt. Ausnahme von Drucksachen aller Art.  
Friedr. Müller  
Gerberstr. 26 Leipzig Gerberstr. 26  
Buchbinder u. Schreibwarenhandlung.  
Schreibwaren, Hektographenbl., Copier- u. autogr. Pressen, Photograph.-App., Radfahrerarbeiten, Reisebücher, deutsche u. franz. Spielkarten, Contobücher, Brief- und Zeitungsordner. 8891

### L.-Kleinzschocher

54 Plagwitzer Str. 54  
Billigste Einkaufsstelle für Herren- u. Damengarderobe sowie Schuhwaren.  
Benno Lobatz.

### Theater und Redekunst

Bühnen-Ausbildg. m. Engagementsabschl. f. Dam. u. Hrnf. Schauspiel, Oper, Operette. Soubrettenfch. Unim. Tal. kostenl. Unterr. Anmelb. Tauchaer Str. II, I. I. nachm. 3-5.  
Teilnehmerinnen zu ein. Nam. od. aufschneid. u. Weibh. od. Schneid. gef. Honor. mon. 6. A. Naundörfer Str. 24, pt., Fleischerstr. 11.  
Wohlführen mit Möbel- oder Rollwagen, sowie Einlagerung von Möbeln übernimmt Hans Eitner, Geisig, Wilschstraße 2. 8884  
Ges. jed. Art etc. fertigt u. ausführt ev. teilt Müngasse 8, II. 2

# 1. Beilage zu Nr. 217 der Leipziger Volkszeitung, Freitag, 19. September 1902.

## Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

B. München, 18. September.  
Vierter Verhandlungstag.  
(Vormittags-Sitzung.)

Den Vorsitz führt Vollmar.  
Es sind wieder eine große Anzahl von Delegierten Telegrammen und Schreiben eingegangen, darunter Telegramme aus Amsterdam von der dortigen Partei, unterzeichnet vom Parteisekretär und aus Bourneville von der Redaktion der russischen sozialdemokratischen Zeitschrift Schisch. Die Diskussion über Punkt 3 der Tagesordnung: Bericht über die parlamentarische Tätigkeit wird fortgesetzt.

**Leutert-Apolla:** Mit einer großen Anzahl von Delegierten habe ich Rücksprache genommen über die gestrigen Ausführungen des Gen. Eichhorn-Mannheim, der die Fraktion beschuldigte, sie habe es in der verflochtenen Session an der Einreichung von Anträgen fehlen lassen. Ich habe zu erklären, daß die anwesenden Delegierten und ihre Mandatgeber im Gegenteil höchlichst befriedigt sind von dem, was die Fraktion geleistet hat. Das Ziel der Vorwürfe müssen unsere Gegner, nicht aber die Fraktion sein. Wir sind der Meinung, daß von letzterer z. B. in der Jolltariffrage das Bestmögliche geleistet wurde. Die Fraktion hat da alles getan, um sich bei den Interessenten durch deren Befragung zu informieren und diese wieder durch ihre Berichterstatter auf dem Laufenden zu erhalten. Wenn trotzdem noch Vorwürfe gegen die Fraktion erhoben werden, so ist das eine Entgleisung. Für einen Ausbau des Arbeiterschutzes ist sie alle Zeit eingetreten und hat Anträge gestellt, aber die Regierung und die herrschenden Klassen hatten keine Zeit dazu. Man muß doch auch die Geschäftsordnung des Reichstages, nicht bloß die des Landtags, einigermassen kennen und sich bemühen, sie frühzeitig kennen zu lernen. (Seiterzeit.) Ich bin ja auch nicht Mitglied des Reichstages, aber ich habe dessen Geschäftsordnung doch sehr gut durch unseren Großstadler kennen gelernt. (Seiterzeit.) Es ist notwendig, daß die Fraktion durch unsere Mitarbeit unterstützt werde, es muß ihr brauchbares Material geliefert werden. Alle Arbeiterkreise sind verpflichtet, Material zu beschaffen und zwar solches Material, das von der Regierung und den herrschenden Parteien nicht wieder vernichtet werden kann, gegen das sich kein Einwand erheben läßt. Dazu müssen die Arbeiterssekretariate, die Kartelle z. m. w., auch die Rentenprüfungsstellen, Gewerbegerichtsbeisitzer und namentlich die Vertrauenspersonen in den kleineren Orten haben sich daran zu beteiligen. Gerade in den kleineren Orten ist der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei das Sprachrohr der kleinen Leute und kein anderer. Wenn das geschieht, dann haben wir brauchbares Material, wenn es wahr ist. (Seiterzeit.) Wir haben die Pflicht, die gemeinsame Arbeit mit zu verrichten und sie nicht der Fraktion allein zu überlassen. (Seiterzeit.)

**Frau Rich-Hamburg:** Die Anträge, die für unsere Forderungen bezüglich des Arbeiterschutzes, des Achtstundentages einzuwirken, sind keineswegs von dem Gesichtspunkt aus gestellt worden, um unserer Reichstagsfraktion einen Tadel zu erteilen, sondern diese Anträge sind veranlaßt durch ganz bestimmte Vorverhältnisse im wirtschaftlichen und politischen Leben, unter denen die herrschende wirtschaftliche Krise die Hauptrolle spielt. Die Arbeitsleistung steht nicht nur ihrer Qualität, sondern auch ihrer Quantität nach im umgekehrten Verhältnis zur Arbeitszeit. Es ist sehr wohl möglich, daß bei einer Verkürzung der Arbeitszeit das Internumerum die Intensität der Arbeit so steigern kann, daß in der kürzeren Arbeitszeit mehr geleistet wird als in der längeren. Aber nicht allein von diesem Gesichtspunkt aus sind wir eingetreten für die Durchführung des Achtstundentages, sondern auch von der Erwägung aus, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit das Proletariat gestärkt werden soll in seinem Kampfe um die wirtschaftliche Emanzipation. Ferner sind die Anträge — speziell im Hinblick auf den Ausbau des Arbeiterschutzes — durch politische Erwägungen veranlaßt. Die vom Reichstag des Innern angeordnete Enquete bedeutet geradezu eine Verschleppung der Durchführung unserer Forderungen bezüglich des Arbeiter- und Arbeiterschutzes. Bei den Erhebungen des Jahres 1899 über den Umfang der Frauenarbeit in den Fabriken ist nachgewiesen worden, daß die Industrie nicht nur nicht geschädigt wird, sondern daß es sogar in ihrem Interesse liegt, wenn die Arbeitszeit für Arbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden verkürzt wird. Das ist selbst von künftigen sachlichen Fabrikinspektoren und denen der übrigen Bundesstaaten bestätigt worden. Trotzdem werden immer wieder aus neue Erhebungen und nur Erhebungen veranlaßt. Andererseits ist das Scharfmachertum an der Arbeit, um selbst gegenüber den geringsten sozialpolitischen Reformen Generationen ins Leben zu rufen. Als durch die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz, durch die Novelle zum Gewerbegerichtsrecht keine Verbesserungen für die Arbeiter geschaffen werden sollten, da waren es dieselben Leute, die selbst diese kleinen Reformen mit aller Kraft zu hinterreiben gesucht haben. Angesichts der Laune der Regierung und andererseits gegenüber dem Vorgehen des Scharfmachertums ist der Parteitag derjenige Ort, wo die Arbeiterschaft mit allem Nachdruck, aller Präzision und aller Schärfe die Forderungen unserer Partei bezüglich des Arbeiter- und Arbeiterschutzes vertreten muß. Ganz irrig ist die von verschiedenen Seiten herabgekommene Ansicht, besonders von Seiten der bürgerlichen Sozialreformer aus, daß wenn der Arbeiterschutz in erster Linie ausgebaut würde, dann die Frauen von den Arbeitsstätten verdrängt und durch männliche Arbeiter ersetzt würden. Wir wissen, daß der Ausbau des Arbeiterschutzes für die männlichen Arbeiter die besten Verbesserungen auch für die weiblichen Arbeiter zur Folge haben würde. Aus allen diesen Erwägungen heraus sind die betreffenden Anträge gestellt. Gegenüber der Plausibilität der Regierung und den reaktionären Weltanschauungen des Internumerums müssen wir unsere Forderungen klar und präzise zum Ausdruck bringen. Das wird auch die Agitation im Lande für diese Forderungen in ein schnelleres Tempo bringen. Ich bitte deshalb, den Berliner Anträgen zuzustimmen.

**Reber-Jena:** Auch ich bin mit der Tätigkeit der Fraktion im letzten Jahre einverstanden, wünsche aber, daß sie mit allem Nachdruck den Achtstundentag fordert. Wir sehen, daß das Internumerum trotz der wirtschaftlichen Krise die Arbeitszeit nicht verkürzt, sondern sogar noch verlängert und Arbeiter entläßt oder die Löhne reduziert. Ich habe in meiner Tätigkeit in der optischen Werkstätte von Reib den Segen des Achtstundentages aus eigener Erfahrung kennen gelernt.

**Frau Kähler-Dresden:** Der Antrag 82, der die Fraktion auffordert, dafür zu sorgen, daß die in der Heimindustrie beschäftigten Vorzeuillarbeitenden den Versicherungsgesetzen unterstellt werden, geht nicht weit genug, wir müssen das gleiche für die Heimarbeiter aller Berufe verlangen, denn die Heimarbeit ist gleichbedeutend mit Arbeiterinnen-Geld. Hier muß endlich die Gesetzgebung eingreifen. Die Heimarbeit macht sich wie ein elterliches Geschwür am Volkstörper bemerkbar. Nach Einführung der Arbeiterschutzesetze bemühten sich die Arbeitgeber, die Lasten, die ihnen die Gesetzgebung auferlegte, von sich abzuwälzen, indem sie soviel wie möglich ihre Produkte in der Heimarbeit fertigen ließen. Infolgedessen hat die Heimarbeit einen ganz gewaltigen Umfang angenommen, sie ist heute ein Gemisch jedes kulturellen Fortschritts, sie bringt nicht nur für die Produzenten,

sondern auch für die Konsumenten enorme Nachteile. Es ist an der Zeit, mit diesem schädlichen System zu brechen. (Weisfall.)

**Frau Reikin-Stuttgart:** Ich möchte Ihnen mit allem Nachdruck die Annahme des Antrages unserer Berliner Freunde empfehlen, der sich auf die Forderung der Einführung des Achtstundentages bezieht, aber nicht etwa von dem Gesichtspunkt aus, daß ich der Stellung und Annahme desselben irgendwie den Versicherungsgesetz eines Misstrauensvotums oder auch nur eines leisen Tadelns gegen die verflochtene Tätigkeit unserer parlamentarischen Vertreter geben möchte. Ich erlaube vielmehr in der verhältnismäßig großen Zahl von Anträgen, welche sich auf die Einführung des Achtstundentages beziehen, einen kräftigen Vorstoß zum Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes, überhaupt einen Ausdruck des dringenden Bedürfnisses und des zielklaren Willens der proletarischen Klassen. Wenn in den letzten Jahren vielleicht auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes weniger energisch und nachdrücklich nach vorwärts gedrängt ist, wie in manchen anderen Zeiten, so erklärt sich das zum großen Teil daraus, daß die Zeit der Hochkonjunktur den proletarischen Massen die Reformnotwendigkeit ihrer Arbeitsbedingungen weniger zum Bewußtsein gebracht hat. Das ist anders geworden durch das Gespenst der Krise, das sich riesengroß vor dem Proletariat aufgerichtet hat. Die Krise mit ihren Folgen legt gerade auch dem politisch kämpfenden Proletariat gegenüber den Gewerkschaften eine edle Pflicht auf. Mein Zweifel, wie alle sind von Sympathie gegen die Gewerkschaftsbewegung erfüllt, die Betätigung dieser Sympathie sind keine leeren Worte. Nur zu gut wissen wir, daß politische und gewerkschaftliche Bewegung einander ergänzen und zueinander gehören, aber durch die Krise werden gerade gegenwärtig die gewerkschaftlichen Kämpfe sehr erschwert, und deshalb ist es erwünscht, die Gewerkschaften durch den Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes zu entlasten. Aber auch noch andere Gründe zwingen uns, den Kampf um die gesetzliche Verbesserung des Arbeitsverhältnisses in den Vordergrund zu schieben. Ich erinnere an den Jolltarif und den schmerzlichen Verrat des Centrums an der Arbeiterschaft durch seine Stellung dazu. Mehr als je ist das Centrum dadurch in die Notwendigkeit veretzt, wenigstens etwas zur Förderung wirklicher sozialer Reformarbeit zu thun oder aber durch die Unterlassungssünden auf diesem Gebiet den Nebel der Arbeiterunseligkeit noch schneller zu zerstreuen, als es ohnehin der Fall ist. Auf die eine oder andere Weise muß das politisch kämpfende Proletariat die Früchte der Situation ernten, sei es in Gestalt eines kräftigeren Eintretens des Centrums für Reformen, sei es in Gestalt einer Diskreditierung des Centrums bis auf die Knochen. Und noch ein anderer! Der Jolltarif wird ohne Zweifel bei den nächsten Wahlen zu einem so glänzenden Siege der Sozialdemokratie führen, daß das Lager der bürgerlichen Politiker dadurch von jener heiligen Furcht erfüllt sein wird, die die alleinige Quelle gelegentlicher Reformarbeiten der Bourgeoisie ist. Wir wissen genau, daß der Mühlstein beim Hund liegt und daß die bürgerlichen Parteien auch nicht zu einem Jota mehr an Reformen sich verhalten lassen, als ihnen die Furcht vor dem kämpfenden Proletariat abknüpft. Wie einmal zu den Scharfmachern das Wort gesprochen ist: Meine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie, so wird die Sozialdemokratie nach den Wahlen in der Lage sein, den agrarischen Scharfmachern zu sagen: Sie haben nur für uns gearbeitet. Diese Situation wird uns erlauben, einen energischen Druck auf das Parlament von außen auszuüben. Der ständige Berliner Briefschreiber der Neuen Zeit, dessen Leitartikel allein schon zur ständigen Leitlinie des Blattes veranlassen sollten. (Sehr richtig.) Genosse Wehring hat sehr richtig darauf hingewiesen, daß der Jolltarif eine so außerordentlich günstige Situation für die außerparlamentarische Aktion der Masse schaffen werde, daß sie zu sozialpolitischen Fortschritten ausgenützt werden könne. Das ist aber noch nicht die Hauptsache. Die Situation bringt sicherlich auch einen großen Fortschritt für die Entwicklung unserer Partei. (Sehr richtig.) Wieder wird sich in unserer Partei eine wichtigere Schätzung der parlamentarischen Arbeit und der außerparlamentarischen Aktion des Proletariats einstellen. (Sehr richtig.) In dieser Verschönerung der Werkschätzung zu Gunsten der außerparlamentarischen Aktion sehe ich einen außerordentlichen Vorteil für die Entwicklung und den politischen Kampfsinn. Es scheint fast so, als ob alle Anträge, die hier gestellt sind, an einer Hebung dessen kranken, was die parlamentarische Arbeit leisten kann und einer Unterschätzung dessen, was die außerparlamentarische politische Aktion des Proletariats leisten muß. Diese Wertung tritt vor allem auch in den bekannten Kritiken von Parvus zu Tage. Wie schätzenswert, wie unentbehrlich die Aktion unserer parlamentarischen Vertreter auch sein mag, sie mögen mit Menschen- und mit Engelszungen reden, sie mögen die triftigsten Gründe haben, so würden sie doch bei den herrschenden Massen nichts ausrichten, wenn nicht von außen der Druck eines externen, eines geschulten und organisierten Proletariats hinzukäme. Deshalb begrüße ich das Vorgehen der Fraktion, das den Anstoß zur kräftigen Agitation, zur Förderung der Aktion außerhalb des Reichstages geben muß. Wie der diese Anstöße immer wieder Kraft gewann, wenn seine Schuler den mütterlichen Boden der Erde berührte, so wachsen, so erweitern sich die Kräfte der Sozialdemokratie, wenn sie die rechte, innige Verührung mit den proletarischen Massen hat. (Bravos!)

**Zinn-München:** Ich möchte die Aufmerksamkeit der Fraktion auf die Reichstags- und Arbeiterssekretariate lenken. Trotz der klaren Erklärungen des Grafen Josadomsky, die meines Erachtens ohne Silbenstreicheln abgegeben wurden, hat das Breslauer Oberlandesgericht doch wieder ein Urteil gegen ein Sekretariat gefällt und zu einer silbenstreichelnden Auslegung der Worte „gewerbsmäßige“ und „geschäftsmäßige“ gezwungen. Das steht im Widerspruch zu der klaren Erklärung im Reichstage, und da nicht abzusehen ist, ob auf diesem Wege etwa weitergeschritten wird, so empfiehlt es sich, daß die Fraktion in dieser Beziehung eine Interpellation einbringt. In dieser soll bekannt werden, daß die Sekretariate mit großen Mitteln gegründet wurden und daß jede Rechtsunsicherheit eine Schädigung für sie bedeutet. Weiter ist zu wünschen, daß ein Druck dahin ausgeübt wird, daß so bald als möglich eine neue Krankenversicherungsgesetzgebung durchgeführt und diese Organisation so viel ausgebaut wird, als es das vorhandene Bedürfnis notwendig macht. Im allgemeinen aber habe ich den Eindruck, und diesen gewinnt man immer mehr und mehr, wenn wir alles das verordnen wollen, was an Anregungen unterbreitet wird, wenn wir die nötige Fühlung mit den breiten Massen herstellen und erhalten wollen, dann müssen wir früher oder später dazu kommen, daß eine eigene Instanz geschaffen wird, die planmäßig das Material für die Parteialktionen erhebt. Diese Instanz soll im innigsten Konnex mit dem Parteivorstand stehen, sie soll eine Art Nebenministerium sein, über das der Vorstand die Aufsicht und oberste Leitung behält. Je mehr wir uns ausbreiten, desto schwerer werden die Aufgaben des Vorstandes und seine Kräfte werden so viel im Anspruch genommen, daß beim besten Willen und den fähigsten Personen doch auf die Dauer die großen Aktionen leiden müssen, wenn wir uns nicht dazu aufschwingen, die nötigen Instanzen zu schaffen. Wir haben eine ganze Reihe von Personen — Bernstein z. B. — die wir ganz gut auf einem anderen Platz verwenden könnten, wo sie die verschiedenartigen Forderungen, die namentlich von den Gewerkschaften an uns kommen — ich erinnere an den Bauarbeiter-Schutz — verarbeiten und den Verkehr mit den Massen aufrecht erhalten. Obwohl z. B. die Aktion gegen den Jolltarif auf einsehr, so habe ich doch das Gefühl, daß in jenen Gegenden, wo die katholische Arbeiterschaft ausbleibt, noch mehr geschieden könnte und das hätte von einer

Centralinstanz aus eingeleitet werden müssen. Wenn eine solche Instanz geschaffen ist, dann werden dem Parteitag nicht immer so viele Spezialanträge vorliegen. Ich bin weit davon entfernt, zu glauben, daß wir schon im jetzigen Augenblick dazu kommen werden, meinen Vorschlag durchzuführen, es bestehen da verschiedene Hindernisse und namentlich wird das Gefühl obwalten, daß man nicht noch mehr bezahlte Posten schaffen will. Aber wir dürfen uns das durch nicht abhalten lassen. Erst wenn diese meine Anregung erfüllt ist, wird es möglich sein, alle die Aufgaben zu erfüllen, die Genossin Reikin ebenso anregend schilderte!

**Eigeroth-Krefeld:** Die Agitation für den Achtstundentag hat bei manchen Arbeitern, besonders den gewerkschaftlichen, früher vielfach ein gewisses Lächeln hervorgerufen. Das ist heute anders geworden. Heute haben die Arbeiter eingesehen, daß der Achtstundentag eine sehr wohl realisierbare Forderung ist, und auch in bürgerlichen Kreisen wagt man es nicht mehr, diese Forderung mit Hohnlächer zu beantworten. Wir können deshalb den diesbezüglichen Anträgen sehr wohl zustimmen. Die Fraktion sollte zunächst ihr Augenmerk darauf richten, daß in den staatlichen Betrieben der Achtstundentag eingeführt wird. Das wird wenigstens die Behörden zwingen, wenn auch nicht sofort den achtstündigen Arbeitstag einzuführen, so doch die Arbeitszeit ganz wesentlich zu reduzieren. Die staatlichen Betriebe müssen dann die privaten industriellen Betriebe nach sich ziehen. Neuerdings gehen die fiskalischen Verhältnisse des Kriegsministeriums in Spanien daran, den Arbeitern einen Sommerurlaub zu geben. So sehen selbst die Behörden allmählich die Berechtigung unserer Forderungen ein. Wir müssen doch einen gewissen Druck auf die Fraktion ausüben durch Annahme dieser Anträge. Andererseits muß ich mein Befremden darüber ausdrücken, daß Arbeiter der staatlichen Betriebe, wie der kaiserlichen Werften, es vielfach ablehnen, die berufenen Vertreter unserer Partei, die Mitglieder der Reichstagsfraktion, mit dem genügenden statistischen Material zu versorgen. Der Anregung des Genossen Zinn, betreffend die Schaffung einer speziellen Kommission für die Sammlung und Verarbeitung von sozialpolitischem Material stehe ich sympathisch gegenüber. Das würde für den Parteivorstand eine wesentliche Entlastung bedeuten.

**Leubsdorfer-Höchst:** Ich möchte die Reichstagsfraktion bitten, sich der Arbeiter der heimischen Industrien im besonderen Maße anzunehmen. Welchen Gefahren diese Arbeiter ausgesetzt sind, hat das furchtbare Unglück von Griesheim gezeigt. Der Durchführung der Bestimmungen der Gewerbeordnung muß mehr Aufmerksamkeit als bisher gewidmet werden. In Höchst ist das Krankenhaus überfüllt von verunglückten Arbeitern der Farbenindustrie. In der nächsten Session sollte nochmals eine Interpellation eingebracht werden, die Aufklärung über die Ursachen des Griesheimer Unglücks und Bestrafung der Schuldigen fordert. Den Antrag 57 halte ich kaum durchführbar. Man kann kein derartiges Flugblatt in einem solchen Umfange herausgeben, weil es von der Landesbevölkerung nicht verstanden würde. Man sollte Auszüge aus dem Tätigkeitsbericht der Reichstagsfraktion, vielleicht mit einem den Landesverhältnissen entsprechenden Flugblatt, unter der Landesbevölkerung verteilen. Entlegene Landkreise, die nicht die Mittel zur Verteilung der Flugblätter haben, müßten unterstützt werden.

**Edmund Fischer-Briesnitz:** Genosse Eichhorn hat gegen die Fraktion ganz ähnliche Vorwürfe erhoben, wie sie seit Jahren von allen bürgerlichen Parteien, von den Freisinnigen, dem Centrum und den Konservativen gegen die Sozialdemokratie erhoben werden. Er hat gesagt, daß auch die sozialdemokratischen Abgeordneten zu viel schwagen und nicht genug praktische Arbeit verrichten. Genosse Eichhorn, den Vorwurf hast Du erhoben. (Eichhorn ruft: Das ist nicht wahr!) Wenn Eichhorn nächstes Jahr in den Reichstag kommt, könnte er vielleicht die Aufnahme einer Bestimmung in die Geschäftsordnung herbeiführen, wonach alle sozialdemokratischen Initiativanträge sofort zur Beratung kommen und alles andere zurückgestellt würde. (Seiterzeit.) Nur dann könnte er seine Forderungen praktisch durchführen. Es ist nicht richtig, daß die Fraktion zu wenig praktische Arbeit geleistet habe. Unsere ganze Tätigkeit neben der Kritik bestand doch in praktischer Arbeit. Ein praktischer Antrag war der auf Einführung des Achtstundentages. Wenn der Antrag der Berliner angenommen wird, so wird die Fraktion mit einer Aufgabe betraut, die sie in diesem Winter nicht mehr ausführen kann. Es wäre doch richtiger, den Antrag auf dem nächsten Parteitag für die nächste Reichstagsfraktion wieder einzubringen.

**Hoch-Danau:** Ich habe Eichhorns Bemerkungen nicht so tragisch genommen, wie Kollege Fischer. Ich habe seine Worte nur so aufgefaßt, daß er meinte, wir sollten neben der pflichtgemäßen Erlebigung der Staatsdebatten mehr Zeit zur Begründung der Initiativanträge zu gewinnen suchen. Das ist ein Irrtum Eichhorns, der sich aus dem Mangel näherer Kenntnis der Geschäftsordnung ergibt. Es geht tatsächlich nicht gut, die Verhandlung von mehr Anträgen zu erzwingen, als jetzt schon geschieht. Dabei halte ich den Antrag für den Achtstundentag für eine dankenswerte Anregung, gerade bei der Situation, in der wir uns befinden, ist eine recht ausgebreitete Beteiligung an den Staatsdebatten für uns die einzige Möglichkeit, um alle Anregungen, die uns vom Parteitag und von den Gewerkschaftskongressen gegeben werden, zum Ausdruck zu bringen. Dazu kommt noch eins: es ist Prolog, daß die Regierung bei Beratung von Initiativanträgen nicht erscheint und keine Antwort gibt. Bei den Staatsdebatten aber muß sie anwesend sein, muß sie antworten. Timm hat mit Recht auf die Bedeutung guten Materials für die Fraktion hingewiesen, aber sein Vorschlag hat zur Voraussetzung, daß die Gewerkschaften in erster Linie die Sache in die Hand nehmen und viel mehr Material als bisher zur Verfügung stellen.

**Judeil-Berlin:** Parvus hat mich außerordentlich scharf angegriffen, weil ich in der Rede, mit der ich im Auftrag der Fraktion unsere Notstands-Interpellation begründete, nicht sofort den Achtstundentag gefordert habe. Diese Angriffe sind ganz unberechtigt. Ich bin nur der bisherigen Praxis gefolgt, als ich den Achtstundentag und die stufenweise Einführung des Achtstundentages gefordert habe. Was dann weiter den Vorwurf betrifft, es werde zu viel beim Etat geredet, so will ich nur erwidern, daß meine Kollegen und ich uns auf die Zeit freuen, wo die Staatsdebatten wieder beginnen, da sie die einzige Gelegenheit bieten, die stetsgehenden Schäden der bürgerlichen Gesellschaft aufzudecken. (Sehr richtig!) An dieser Thatsache kann auch Eichhorns Unzufriedenheit nichts ändern. Bei den Staatsdebatten kann auch allein die so notwendige Kritik an den Militär- und Marine-Verhältnissen geübt werden. Auch darf nicht vergessen werden, daß die Session nicht geschlossen, sondern nur vertagt worden ist. Der größte Teil unserer Initiativanträge ist noch nicht zur Beratung gelangt. Jeder Antrag, der jetzt gestellt wird, wäre eine ganz zwecklose Arbeit, weil er nicht zur Beratung kommt. Bis zum Schluß dieser Legislaturperiode sind kaum mehr als 1 oder 2 Schwerinstanzen zu erwarten. Die Regierung und die Mehrheitsparteien legen das Schwergewicht auf den Jolltarif, wir wollen aber, daß er nicht Gesetzeskraft erhält, während jene anderen ihn so rasch als möglich unter Dach und Fach bringen wollen. Deshalb sollen wir jetzt nicht solche Anträge, die doch nicht zur Beratung kommen, stellen. Sie würden uns dadurch nur, die wir jetzt vor dem schwersten politischen Kampfe stehen, hindern in den Weg treten. Der Antrag kann ja beim nächsten Parteitag wieder gestellt werden.

**Eichhorn-Mannheim:** Ich habe nur wenig auf die heftigen Angriffe zu erwidern, die zum großen Teil auf völlig falschen Voraussetzungen beruhen. So hat Genosse Leutert gegen Ausführungen polemisiert, die ich gar nicht gemacht habe. Er hat mir unterstellt, ich hätte gesagt, unsere Fraktion thue nichts. Ich weiß nicht, ob er mich nicht verwechseln konnte oder wollte. Ich habe im Gegenteil gesagt, daß tüchtig gearbeitet wurde und daß wir sehr mit der Fraktion zufrieden sein können. Das hindert aber doch nicht, eine

keine Frontveränderung zu fordern, ich habe nur gewünscht, daß die Staatsdebatten, an deren Ausdehnung doch auch die anderen Parteien beteiligt sind, etwas eingeschränkt und daß durch parlamentarische Mittel, die ich im einzelnen nicht angeben kann, weil mir die Reichstagsabfertigung mangelt, unsere Initiativanträge mehr in den Vordergrund gerückt werden sollen. Unsere Abgeordneten sitzen doch nicht bloß in den Reichstagen, um den Etat und die Vorlagen zu beraten, sondern sie sind da, um durch ihre Vorlesungen in der Richtung unserer Programmforderungen zu wirken. Dem Genossen Fischer muß der tendenziöse Bericht der Münchener Neuesten Nachrichten allen vorgelesen haben. Ich habe nicht ein Wort vom Schwabparlament gesprochen oder davon, daß unsere Fraktion zu viel rede; unsere Berichte enthalten nichts darüber. Ich bin schon zufrieden, daß durch meine Bemerkungen die ganze Frage hier zur Debatte gekommen ist.

Das Schlusswort erhält

**Rosenow:** Ich habe nur nötig, auf die Frage des Achtstundentags einzugehen, die in der Debatte die Hauptrolle gespielt hat. Die Anträge auf Verkürzung der Arbeitszeit sind durchaus verständlich angesichts der wirtschaftlichen Krisis und der Arbeitslosigkeit. Die Fraktion hat aber bei den ganzen Staatsdebatten und bei der Berechnung der Interpellation über die Arbeitslosigkeit stets die Forderung auf Einführung des Achtstundentags in den Vordergrund gestellt, und ich bin überzeugt, daß der nächste Antrag, den wir einbringen werden, den Achtstundentag betreffen wird. Für uns ist natürlich der Wille des Parteitagsoberstes Gesetz; da jedoch ein Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit bereits im Reichstage von uns eingebracht ist, so käme die Fraktion in eine ähliche Lage, wenn Sie sie zwingen würden, diesen Antrag zu Gunsten eines anderen zurückzugeben, der doch nicht mehr zur Beratung kommt. Sie würden dadurch die Fraktion zwingen, sich eine Obriegelung zu verschaffen, die sie gar nicht verdient. Wir haben uns von der Erwägung leiten lassen, daß wir etwas praktisches fordern müssen, und deshalb haben wir zunächst den Reinstundentag verlangt. Glauben Sie etwa, daß die Stellung eines Antrags auf Einführung des Achtstundentags schon seine Annahme durch den Reichstag bedeutet? (Nein!) Die reaktionäre Mehrheit würde ihn ohne weiteres ablehnen. Den Reinstundentag haben unsere Gegner für möglich erklärt, und deshalb ist es nötig, die Probe darauf zu machen, daß es ihnen wirklich ernst damit ist. In Bayern haben ja unsere Genossen durch ihre wiederholten Anträge auch bereits erreicht, daß in Staatsbetrieben die Arbeitszeit von 11 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt ist. Ich würde Sie bitten, die den Achtstundentag betreffenden Anträge der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen. Eichhorn gegenüber möchte ich nochmals konstatieren, daß wir gar keine Möglichkeit haben, über Initiativanträge im Plenum zur Beratung zu bringen. Eine Neuordnung der Geschäftsordnung wäre gänzlich ausichtslos, denn die Mehrheit des Reichstags betrachtet das Parlament als eine Gesetzgebungs- und Kontrollinstanz für die Regierungen, die von den Ministern in Bewegung gesetzt wird und nur so lange zu arbeiten hat, als sie von dort Dampf bekommt. Für alles andere haben sie nur minimale Interesse.

In der That hat Eichhorn gestern gesagt, daß das Neben bei der Staatsberatung eingeschränkt werden solle, aber die Staatsberatung ist die einzige Gelegenheit, gewisse Dinge zur Sprache zu bringen, und wir sollten eher noch einen ausgiebigeren Gebrauch davon machen, beim Etat unsere Wünsche zu äußern. Gerade dieser Achtstundentag bedeutet in der Praxis doch nichts anderes als den Wunsch der Parteigenossen, wir sollten zunächst durch Neben im Reichstage den Gedanken des Achtstundentags immer wieder propagieren. Ich glaube aus der ganzen Debatte entnehmen zu können, daß der Parteitag mit der Thätigkeit der Fraktion einverstanden ist. Die beiden noch vorliegenden Anträge 88a und 108 würde ich vorschlagen, der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen.

Die Anträge 88a und 108 werden der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen. Antrag 57 wird abgelehnt. Antrag 60 wird zurückgezogen, nachdem der Parteitag durch Verlesung von ihm Kenntnis genommen hat. Antrag 61 wird angenommen, Antrag 62 zurückgezogen, da er durch die Abstimmung über Antrag 61 erledigt ist. Antrag 63 wird angenommen. Auch die Anträge 92 und 93 werden angenommen.

**Punkt 4 der Tagesordnung:** Die bevorstehende Reichstagswahl wird auf morgen verschoben, da der Berichterstatter Bebel gesundheitlich nicht in der Lage ist, heute das Referat zu erstatten. Es folgt daher Punkt 5 der Tagesordnung: „Arbeiterversicherung“.

Dazu liegt vor die Resolution 106:

Die Versicherungs-Gesetze des deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armenkassen vor Ueberlastung und die Unternehmer vor Schadenertrag zu bewahren, entsprechen in keiner Beziehung den Anforderungen der Arbeiterklasse. Jedoch ist durch die Erfahrung der Beweis erbracht, daß mit der Versicherung allgemeine Uebelstände bekämpft und deren schlimmste wirtschaftliche Folgen gemildert werden können.

Deshalb fordert der Parteitag: 1. Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter und diesen wirtschaftlich gleichstehende Personen; 2. Vereinheitlichung der Versicherung; 3. volle Selbstverwaltung durch die Versicherten; 4. Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten; 5. Bekämpfung der Volksschmerzen durch die Krankenversicherung; 6. weiterer Ausbau der Unfallverhütungsvorrichtungen und der Vorschriften zur Verhütung von Berufskrankheiten, sowie voller Schadenertrag der Verletzten und deren Hinterbliebenen; 7. Einführung einer Arbeitslosenversicherung; 8. Einführung von Witwen- und Waisenernährung.

**H. Wolfenbühl:**

**Berichterstatter Wolfenbühl:** Die Sozialdemokratie hat bisher so gut wie keine Stellung zur Arbeiterversicherung genommen. Die einzige Neuierung der Partei findet sich in Punkt 5 des Programms: Uebernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung. Es sind zwei große Unklarheiten in diesen Satz enthalten, wir sagen nicht, welchen Ausbau wir wollen, und wir sagen nicht, was wir unter der maßgebenden Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung verstehen. Diese Unklarheiten bedürfen der Aufklärung. Auch ist es notwendig, daß sich die Partei mehr mit der Frage beschäftigt, damit die Genossen im Reichstage wissen, ob sie in ihrer Haltung die Partei hinter sich haben. In den ersten Versicherungsgesetzen, zur Zeit des Sozialistengesetzes konnte die Partei keine Stellung nehmen, da keine Parteitagstage stattfanden. Jetzt ist das anders geworden, jetzt müssen die Genossen der Fraktion eine bestimmte Richtung geben, an die sie sich halten kann. Die Stellung der Fraktion ist eine viel angenehmer, wenn sie weiß, daß sie die Partei hinter sich hat.

Wiederholt haben die offiziellen Vertreter des Reichs auf internationalen Versicherungskongressen ausgesprochen, daß man geneigt ist, auf dem Gebiet der Versicherungs-Gesetzgebung weiter zu gehen, vorausgesetzt, daß die anderen Staaten, die mit unserer Industrie konkurrieren, unserem Beispiel folgen. Bevor ich nun unterzeuge, in welcher Richtung sich die Ausdehnung der Versicherungs-Gesetzgebung bewegen soll, möchte ich eins vorausschicken. Durch verschiedene Gesetze ist ausgesprochen, daß der Mensch ein Existenzminimum haben muß. So wird z. B. durch das Gesetz über die Beschlagnahme des Arbeitslohnes indirekt anerkannt, daß jeder Mensch mindestens 1500 Mk. Einkommen haben muß. Dadurch ferner, daß eine ganze Reihe von Gegenständen unpfändbar sind und daß der Kreis der unpfändbaren Gegenstände noch erweitert ist, wird zugegeben, daß demjenigen, der etwas hat, nicht das letzte genommen werden darf. Warum geht man nun nicht weiter und sucht einen Weg, um demjenigen, der das Existenzminimum nicht hat, dasselbe zu verschaffen? Wir haben zwar die Armen-Gesetzgebung, aber diese legt nicht da ein, wo das Minimum nicht vorhanden ist, das die anderen Gesetze voraussetzen, sondern sie läßt den Menschen erst verkommen, ehe sie eingreift, sie raubt dazu noch dem Armen die politischen Rechte. Für das bishigen Brot, das ihn vor dem Verhungern schützt, wird ihm sein politisches Recht

genommen. Trotzdem hat die Armen-Gesetzgebung den Gemeinden erhebliche Lasten aufgebürdet. Früher bestand in zahlreichen Gemeinden die Vorschrift, daß jeder fremde Geselle, der in der Stadt arbeitet, mindestens gegen Krankheit versichert sein müsse; man erlöste darin keine soziale Großthat, sondern gar zu, daß diese Vorschrift nur eine Schonung der Armenkasse bedeute. Mehrfache Schonungen der Armenkasse liegen auch im Strafrecht, wonach diejenigen bestraft werden, die es veräumen, ihre Angehörigen, zu deren Unterhalt sie verpflichtet sind, zu unterhalten.

Ein anderer Grund, der hierbei mit in Betracht kommt, ist der des Schadenersatzes. Aber solche allgemeinen Grundgedanken werden sehr oft in dem Augenblick, wo sie auf die Arbeiter Anwendung finden sollen. Ich will nur auf den Gedanken hinweisen, der im preussischen Eisenbahngesetz zum Ausdruck kommt. Es heißt da, daß die Eisenbahnverwaltungen verpflichtet sind, jeden Schaden zu ersetzen, der durch den Betrieb herbeigeführt wird, es sei denn, daß sie den Nachweis führen können, daß der Schaden durch höhere Gewalt verursacht ist. Dieser gesunde Grundgedanke würde im Haftpflichtgesetz aus dem Anfang der achtziger Jahre zu einer vollständigen Karikatur. Man hob da den Geschädigten den Beweis dafür zu, daß ein Verschulden des Unternehmers vorliegt, ein Beweis, der in den allermeisten Fällen so gut wie ausgeschlossen ist, denn vielfach führt der Unfall den Tod des Geschädigten herbei. Andererseits befinden sich die Zeugen in Abhängigkeit vom Unternehmer und geraten durch ihre Aussage zu Gunsten des Geschädigten in die Gefahr, arbeitslos zu werden. Derartige Grundgedanken sind in der allgemeinen Gesetzgebung bereits zum Ausdruck gebracht worden, und da fragt es sich, ob diese nicht auf irgend einem anderen Wege weiter ausgebaut werden können. Ich habe bereits früher einmal, auf dem letzten internationalen Kongress in Paris, wo die Frage des Minimallohnes aufstand, gesagt, es ist dem eigentlichen Sozialdemokraten nicht, zu verlangen, daß nur die Leute, die Arbeit haben, ein Existenzminimum haben, als Sozialdemokrat müsse man dafür eintreten, daß jeder Mensch ein Existenzminimum hat, wenn er unvermietet in Armut geraten sollte.

Nun ist man ja im offiziellen Deutschland recht großsprecherisch mit den erzielten Erfolgen. Auf der Pariser Weltausstellung war ja jener bekannte Obelisk aufgestellt; man sagte, ein Obelisk aus gemäßigtem Golde, der 901 000 Kilogramm wiegt, würde darstellen, wieviel in Deutschland für die Arbeiterversicherung ausgegeben ist. Der Obelisk mußte 7 1/2 Quadratmeter Grundfläche haben und 14,9 Meter hoch sein, um das Versicherungsgeld als Goldmasse darzustellen. Derartige Reflektionsausstellungen sind nicht dazu geeignet, das Ausland zur Nachahmung anzureizen, sondern vielmehr, es abzuschrecken. Ich habe bereits im Reichstag gesagt, daß man das Ausland viel eher zur Nachahmung angepornt hätte, wenn man in gemäßigtem Kupfer ausstellte, was an einem Tage der Arbeitergeber für die Arbeiter zu leisten hat; dann hätte man nämlich mit 6 Kupfernen Reichspfennigen auskommen können. Es wird immer fälschlich so dargestellt, als sei diese Versicherung eine rein bismarcksche Erfindung, als habe die kaiserliche Hofschaffung von 1881 den Anstoß dazu gegeben. Man erwähnt dabei nicht, daß zu Anfang dieser Hofschaffung neue indirekte Steuern und das Tabakmonopol gefordert wurden. Bismarck wollte sich nur darum herumdrücken, offen zu erklären, zu welchem Zweck er das Geld haben wollte. Das war die einzige Ursache. Lange vor der Reichskrankenversicherung hatten viele Gemeinden bereits eine Zwangs-Krankenversicherung, ohne daß es ihnen eingefallen wäre, von Sozialreform zu reden. Noch ein anderer Zug machte sich bemerkbar. Die Industrie lernte bei ihrer rapiden Entwicklung das Menschenrecht vor dem platten Lande und schob die Invaliden, die Verletzten, die Krüppel dann wieder auf das Land zurück. Hier fielen sie der Armenkasse zur Last. (Sehr richtig!) Deshalb regte sich überall in den Landgemeinden die Forderung, das Unterstufungswohnungs-Gesetz zu ändern. Man verlangte, daß die Verletzten an dem Orte untergebracht werden sollten, wo sie heranzücht waren. Das aber ging auch nicht, weil die neu aufstehenden Industrie-Gemeinden bereits überlastet und verdrängt waren. Andererseits wurde wieder eine Neuordnung des Haftpflichtgesetzes vorgeschlagen, die den Industriellen nicht paßte. So kam es, daß 1879 der Centralverband deutscher Industrieller die Unfallversicherung forderte, in der Absicht, vor der drohenden Änderung des Haftpflichtgesetzes geschützt zu sein (Sehr richtig!), das ihnen erheblich höhere Lasten aufgelegt hätte, als eine allgemeine Unfallversicherung. Ein Mann, der nicht gerade bekannt ist wegen übergrößer Arbeiterfreundlichkeit, sondern als Schienenflicker und Steuerhinterzieher, Kommerzienrat Boare, legte 1880 dem Reichstage einen vollständigen Entwurf einer Unfallversicherung vor. Im März 1881 ging dem Reichstag dann ein Regierungsentwurf über die Unfallversicherung zu, der im Laufe des Sommers verabschiedet wurde. Aber das Centrum brachte das Gesetz zu Fall. Auf Verleihen Windhorsts war eine Resolution beschlossen worden, die die Regierung aufhorberte, die bestehenden Haftpflichtversicherung-Gesellschaften zu entschädigen. Das ganze Gesetz wurde deshalb vom Bundesrat abgelehnt.

Dann kam die kaiserliche Hofschaffung, die jetzt noch einmal erfand, womit die Gesetzgebung sich schon lange beschäftigt hatte. Sie soll den Anstoß zur Sozialreform gegeben haben? Aber bereits 1867 forderten die Abgeordneten v. Dietz-Daber und Brauchisch in einer Resolution die Versicherung der Industriearbeiter, im selben Jahre Dr. Friedenthal ein Hilfskassengesetz, 1869 treten Lasker, 1870 Hirsch, 1871 wieder Lasker, Hanmann, Vermut und Richter, 1873 Schulze-Delitzsch und Stumm mit ähnlichen Anregungen hervor. Da ist es etwas dreist, vor dem ersten Anstoß durch die kaiserliche Hofschaffung zu reden. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn wir uns nun von der historischen Entstehung der sozialen Gesetzgebung zu ihrem Sinn und Inhalt. Da ist zunächst die Krankenversicherung. Ihr Grundzug war der Schutz der Armenkassen, nicht der Schutz der Arbeiter vor der Not. Die Krankenunterstützung wurde auf die Hälfte des Tagelohnes, bei der Gemeindekrankenversicherung sogar nur auf die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes beschränkt, der an sich schon unter dem tatsächlichen Verdienst zurückbleibt, und die Hälfte davon reicht natürlich nicht aus, um die Familie mit einem Kranken zu erhalten. Nur 18 Wochen wird die Unterstützung gewährt. Die Organisations-Verhältnisse die ärgste Verpflüchtung, kein einheitlicher Plan lag der Sache zu Grunde, sondern man suchte das Bestehende zu erhalten. So haben wir in hundert Zahl Gemeinden, Bau-, Knappschaffs-, Betriebs-, Ortskranken- und freie Hilfskassen. Durch die Verpflüchtung wurde die Versicherung zum Teil ganz lahm gelegt, die großen Ziele konnten nicht durchgeführt werden. Die Versicherung gegen die Krankheit wurde auch nicht auf alle Arbeiter, sondern lediglich auf die Industriearbeiter erstreckt, die Dienstboten und die Landarbeiter ließ man heraus. Wenn die Versicherung aber eine Wohlthat ist, weshalb ließ man sie denn nicht den Landarbeitern zu teil werden? Es zeigt sich auch hier, daß es sich gar nicht um eine Wohlthat für die Arbeiter, sondern um die Entlastung der städtischen Armenpflege handelt.

1892 kam die Reform und die Ausdehnung der Versicherung auf weitere Kreise. Es wurde bestimmt, daß Arzt und Medizin in natura zu liefern seien und das Verhältnis zur Berufsgenossenschaft geregelt. Aber sie wurde auch auf alle Arbeiter ausgedehnt. 1895 waren 15641 000 Arbeiter vorhanden, aber nur 8115 000, kaum die Hälfte waren gegen Krankheit versichert. Nun soll eine neue Reform eingebracht werden. Da ist es nötig, auf einen Umstand aufmerksam zu machen. Es gibt Kreise, die für diese Reform bestimmte Ziele aufstellen, ohne daß sie selbst versichert sind, oder sie versichert sein werden. Es sind die Kreise. In fast jeder ihrer Zusammenkünfte beschäftigen sie sich mit der Frage der Arbeiterversicherung. Die Augsburger Kreise haben sogar ein dickes Buch darüber herausgegeben, das in dem Sage gipfelt: Die Versicherung demokratisiert die Arbeiter und untergräbt die Existenz der Kreise. Dem Sinne nach hört man daselbst sehr oft von Ärzten. Immer wird es so dargestellt, als sei die Existenz der Kreise durch die Krankenversicherung vernichtet. Es ist eigenartig, daß sich gerade die Augsburger Kreise da so hineinlegen. In Bayern waren unter

den 4332 Klassen 4127 Gemeindebefassen, 608 Betriebsklassen und 3 Bauklassen. Die eigentliche Krankenversicherung kennen also die Augsburger Kreise aus eigener Erfahrung nicht. Sehen wir uns nun einmal die Statistik an. Seit 1894 ist die Zahl der Versicherten von 7 200 000 auf 9 500 000, also um 30 Prozent, gestiegen, die Zahl der Krankentage von 43 Millionen auf 64 Millionen, also um 48 Prozent, die Zahl der Kreuze aber ist von 22 200 auf 24 300, also um 9 Prozent, gestiegen (hört, hört!), 1894 erhielten die Kreuze für jeden Krankentag 50,8 Pfennige Donorar, 1900 52,9 Pfennige. Da nicht für jeden Krankentag ein Arztbesuch ausgenommen ist, so muß man sagen, daß durchschnittlich so viel gekostet wird, als die Kreuze sonst bei freier Praxis für die Behandlung derselben Personen erhalten würden. Ein großer Teil dieser Fälle würde lediglich Armenpraxis sein. Allerdings ist eine erhebliche Rolle in den Kreisen der Kreuze vorhanden. Die Bevölkerung ist seit 1876 um 31 Prozent, also von 48 auf 78 Millionen, gestiegen, die Zahl der Kreuze aber von 18 000 auf 28 000, also um 105 Proj. (hört, hört!) Da ist es begreiflich, weshalb sie immer mehr verproletarisieren. Aber es liegt keine Ursache vor, die Krankenversicherung so zu reformieren, daß sie zu einem Institute gegen die Proletarisierung der Kreuze wird. (Lebh. Zustimmung.)

Nun habe ich bereits erwähnt, daß speziell die Gemeindeversicherung immerhin einen wunden Punkt im Krankenversicherungsgesetze bildet. Durch die Gemeindeversicherung werden die betreffenden Versicherten auf dem gesetzlich zulässigen Minimum gehalten; die in den Gemeindeversicherungen zusammengefaßten Arbeiter haben selbst keinen Einfluß auf die Verwendung der Beiträge und sind ausgeschlossen vom Einfluß auf die anderen Versicherungs-Gesetze. Ich will hier einen kurzen Ueberblick geben über das eigentliche Wahrecht, das dazu führt, daß ein Arbeiter jetzt im Reichsversicherungsamt sitzt, mit dem und an den Beschäftigten teilnimmt. Es ist vielen Arbeitern unbekannt, wo der Arbeiter in das Reichsversicherungsamt hineinkommt. In den Krankenkassen, z. B. den Ortskassen, mit Ausschluß der Gemeindebefassen, wählen die Versicherten Vertreter. Diese Vertreter wählen einen Vorstand. Dieser Vorstand und Personen, welche für die in den Gemeindebefassen versicherten Arbeiter von den unteren Verwaltungsbehörden ernannt worden sind, wählen Vertreter, welche bei den unteren Verwaltungsbehörden, soweit sie bei der Durchführung der Invaliditätsversicherung mitwirken haben, oder als Beisitzer bei den Rentenstellen zu fungieren haben. Diese Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden oder Beisitzer der Rentenstellen sind es, die den Arbeitervertreter in den Ausschuss der Invaliditätsversicherung wählen. Diese Ausschussmitglieder der Invaliditätsversicherung sind es, die die Beisitzer zu den Schiedsgerichten für die Arbeiterversicherung wählen, und endlich die Beisitzer bei diesen Schiedsgerichten wählen jenen Vertreter beim Reichsversicherungsamt. Also sie sind siebenmal gewählt, bis sie schließlich bis in das Reichsversicherungsamt vordringen. Ich habe bereits gesagt, daß der Einfluß der Arbeiter für die Versicherten immerhin einen Vorteil hat, und zwar, weil die Invaliditätsversicherung sich auch mit anderen Dingen als lediglich mit Rentenzahlen zu befassen hat und vielfach auf das Gebiet der Krankenversicherung übergreift. Wir sehen, daß im allgemeinen da eine besondere Rücksichtigkeit vorhanden ist, wo das Krankentafelwesen wenig ausgebildet ist. Wir sind ja gewöhnt, zunächst nach Osten zu blicken, wenn wir die Erscheinungen besonderer Rücksichtigkeit suchen. In Ostpreußen wird wenig geleistet in Bezug auf Heilverfahren, Bekämpfung der Tuberkulose etc. Ostpreußen hat wenig selbständige Krankenkassen, es kommt dort eine große Anzahl von Gemeindebefassen und eine große Anzahl nicht versicherter Arbeiter in Frage, für die die unteren Verwaltungsbehörden die Ausschussmitglieder ernennen. Ich habe bei meinen Berechnungen als Einheit 100 000 gezahlte Wochenbeiträge genommen. In den Hansstädten werden 8 408 Mark für 100 000 wöchentliche Beiträge ausgegeben, in Ostpreußen nur 614 Mark. Das Königreich Bayern aber hat noch weniger, nämlich nur 558 Mark, für 100 000 gezahlte Beiträge ausgegeben, es bleibt also noch um 56 Mark hinter Ostpreußen zurück. Nun sind zwei Versicherungsanstalten in Bayern, die mehr leisten, nämlich Oberbayern und Mittelfranken. Hinter Bayern bleibt schließlich noch Westpreußen zurück, das nur 463 Mark zahlt. Aber dieser reaktionäre Bezirk Preußens ist noch geradezu verschwenderisch gegenüber Niederbayern, das nur 30 Mark 22 Pfennige zahlt. (Hört, hört!) Es fragt sich, ob nicht gerade die Gemeinde-Krankensversicherung in erster Linie befristigt werden muß, und da habe ich aus ziemlich sicherer Quelle gehört, daß während man in Preußen, mit der Gemeindeversicherung tabula rasa machen will, die bayerischen Bundesratsvertreter die Gemeindeversicherung als Referatstracht betrachten und daß das einer der Hauptgründe sein soll, weshalb jene seit Jahren versprochene Reform der Krankenversicherungsgesetze immer noch aussteht.

Nun haben wir weiter die Unfallversicherungsgesetze, das Gewerbe, das Bau-Unfallversicherungsgesetz, das Unfallversicherungsgesetz für die Landwirtschaft, das See-Unfallversicherungsgesetz. Ich will lediglich den Grundgedanken dieser Versicherungen hervorheben, der allgemein immer als ein so „humaner“ Gedanke gepriesen wird. Auf dem letzten internationalen Versicherungskongress wurde wieder einmal mit dem besonders „humanen“ Gedanken geprobt, daß ein Unfall auch dann entschädigt wird, wenn er durch das Verschulden der Arbeiter herbeigeführt ist. Nur die direkt abschließlich herbeigeführten Unfälle sind ausgeschlossen, ebenso die Unfälle, die bei Begehung strafbarer Handlungen erfolgt sind. Außerdem hat die Rechtsprechung noch einen anderen Ausweg gefunden, den des „schon außer Betrieb befindens“. Aber es steht diesen humanen Grundgedanken gegenüber die Tatsache, daß man den betreffenden Verletzten keineswegs den vollen Schadenersatz, sondern nur angeblich 66 2/3 Prozent gewährt. In Wirklichkeit werden aber auch nicht immer diese 66 2/3 Prozent des Schadens ersetzt; sobald z. B. der Verletzte 1500 Mk. übersteigt, erreicht der Schadenersatz diesen Prozentsatz nicht. Bei den ländlichen Arbeitern wird die Entschädigung von den unteren Verwaltungsbehörden festgesetzt, wobei der Arbeitsverdienst ganz außerordentlich gering angenommen wird. Aber selbst wenn die 66 2/3 Prozent erreicht werden, so kann man doch nicht annehmen, daß 33 1/3 Prozent sämtlicher Unfälle durch das Verschulden der Arbeiter herbeigeführt werden. So werden sämtliche Unfälle zunächst einmal entschädigt auf Kosten derjenigen, die zum Verschulden nicht beigetragen haben. Also nicht etwa die Unternehmer sind es, sondern die Krüppel, die Witwen und Waisen, die hier entbehren müssen, was man anderen zuwendet. Nun wird freilich mit dem Selbstverschulden ein eigenartiges Spiel getrieben. Alle 10 Jahre wird eine Zusammenstellung gemacht, in der sich eine ganze Reihe selbstverschuldeter Unfälle befindet. Unter ihnen ist Ungeschicklichkeit und Unachtsamkeit als Hauptursache mit 20 Prozent unter den 29 Prozent selbstverschuldeten Unfälle bezeichnet. Unter den über 60 Jahren eine erhebliche Rolle. Betrachten wir nun die selbstverschuldeten Unfälle nach ihrer geographischen Verteilung, so ergibt sich die eigenartige Erscheinung, daß die meisten dieser Unfälle nicht etwa in industriellen Bezirken vorkommen, an der Spitze stehen vielmehr der Regierungsbezirk Gumbinnen und Niederbayern (hört, hört!), während das industrielle Rheingebiet einen sehr niedrigen Satz aufweist. Wir dürfen also wohl sagen, daß diese Unfälle auf den niedrigen Kulturzustand der betreffenden Gegenden zurückzuführen sind. Und da die Arbeiter an diesem niedrigen Kulturzustand keine Schuld haben, so kann man nicht von Selbstverschulden reden. Man braucht diesen Ausdruck nur, um es zu rechtfertigen, daß man dem Verletzten keinen vollen Ersatz für das Gekl, was ihm an Lohn entgeht. Ferner macht man immer einen Gegenstand zwischen Unfall und Berufskrankheit. Ich halte die Berufskrankheiten für Betriebsunfälle und stehe mit dieser Anschauung nicht allein. Ein namhafter Gelehrter, Professor Lewin, bringt in einem Artikel: „Die Berufskrankheiten in den Betrieben und das Unfallversicherungsgesetz“, den Nachweis, daß die Berufskrankheiten nichts anderes sind, als eine häufig wiederholte fortwährende Betriebsunfälle. (Sehr richtig!) Die Art Betriebsunfälle gehören mit in die Unfallversicherung hinein.

und den Hinterbliebenen derer, die an einer solchen Reihe von Unfällen zu Grunde gegangen sind, gebührt mit Zug und Recht die Unterstützung.

Wenn nun auf der einen Seite von den kolossalen Entschädigungen gesprochen wird, welche das Unfallversicherungsgesetz den Arbeitern gebracht hat — es sind von 1885—1900 insgesamt 59274000 an Entschädigungsbeträgen ausgezahlt — so muß man doch auf der anderen Seite fragen, was demgegenüber auf dem Schlachtfeld der Arbeit von Arbeitern an Leben und Gesundheit eingebüßt ist. Und da sehen wir, daß diese 592 Millionen bezahlt wurden für 90888 Todesfälle, für 30566 dauernd und völlig erwerbsunfähig Gewordene, für 477447 teilweise und dauernd erwerbsunfähig und für 13619 vorübergehend erwerbsunfähig Gewordene. Die Verletzungen, die in den ersten 18 Wochen begibt wurden, sind hier nicht mit eingerechnet, ebensowenig diejenigen Todesfälle, wo die Sebetunsgenossenschaften kein Sterberegister halten, weil der Bekleidende über Vordiel und Infolgebessern nicht berichtig wurde. Also auf der einen Seite kolossale Opfer an Leben und Gesundheit, auf der anderen Seite als Entschädigung nur einen Bruchteil des entgangenen Arbeitsverdienstes. Bei der Invaliditäts- und Altersversicherung wird wieder ein anderes Verfahren eingeschlagen. Sie sehen daraus, wie dünnhäutig die ganze Vergebung ist. Die Krankenversicherung hat einen anderen Kreis Versicherter, als die Unfallversicherung, und doch geht das Unfallgesetz von der Voraussetzung aus, daß jeder gegen Krankheit versichert ist. Einige Leute sind gegen Krankheit und nicht gegen Unfall, andere gegen Unfall, aber nicht gegen Krankheit versichert. Statt eine Einheitlichkeit in die Versicherung hineinzubringen, experimentierte man fortwährend herum, und überall zeigt sich die Unübersichtlichkeit. Beim Unfallversicherungsgesetz zeigt die Verpflichtungen von Jahr zu Jahr, und als bei der letzten Reform eine Stärkung des Reservefonds beschlossen wurde, da ließen die Unternehmer dagegen Sturm, weil sie lieber die Zukunft auf Kosten der Gegenwart belasten wollten. Bei der Invaliditätsversicherung, wo das Prämienverfahren besteht, hat sich in den letzten zehn Jahren bereits die Summe von 847 Millionen angesammelt, so daß da nicht nur Deckung für die laufenden Verpflichtungen, sondern sogar eine reichliche Ueberdeckung vorhanden ist. Nun fragt es sich, was zu thun ist. Als vor der letzten Reform des Unfallversicherungsgesetzes diese Frage im Centralverband deutscher Industrieller diskutiert wurde, da war es Herr Jente, der den Ausspruch that: Ja, wenn wir tabula rasa hätten, würden wir dieses anders machen. Ja, wenn selbst Herr Jente einstimmt, daß es viel besser gemacht werden kann, was hindert ihn denn dann, es besser zu machen? Die Krankenkassen haben für ihre laufenden Verpflichtungen vollkommene Deckung, ebenso die Invaliditätsversicherung, nicht aber die Unfallversicherung. Nach meiner Meinung muß das Zahlen für die Unfallversicherung lediglich Sache des Betriebes sein, weil die Kosten des Betriebsunfalles unabweisbar zu den Betriebskosten mit hinzugerechnet werden müssen. Man könnte also die Unfallversicherung vorläufig aus den anderen herausheben und darauf dringen, daß sie Deckung für ihre Verpflichtungen schafft und daß den Versicherten ein größeres Maß von Selbstverwaltung eingeräumt wird. Im übrigen aber ist eine Vereinheitlichung der Versicherung anzustreben, weil ja eine Versicherung sich an die andere anschließt. Zunächst müßte die Krankenversicherung verallgemeinert werden, insofern, als sämtliche Arbeiter und die ihnen gleichstehenden Personen ihr unterworfen werden. Die Leistungen müßten höher werden als heute. Diese Mehrbelastungen sind sehr wohl zu tragen und sie müßten getragen werden, weil sie notwendig sind, denn es trägt doch nicht zur Gesundheit eines Kranken bei, wenn er während der Krankheit hungern und darben muß. Das muß er aber bei den gegenwärtigen Unterstützungsbeträgen, oder aber, wenn es wirklich gelingt, durch Schuldenmachen über die schwerste Zeit hinauszukommen, so ist der Rekonvaleszent gewöhnlich zu der Zeit, wo er sich auf ärztlichen Rat schonen soll, gezwungen, Ueberstunden zu machen, um die Schulden zu decken. Von einer selbständigen Wöchnerinnenversicherung, wie sie auf der Frauenkonferenz angeregt wurde, möchte ich abraten, weil wir schon zu viel Versicherungen haben. Wird die Wöchnerin nicht ausreichend versorgt, so ist das ein Mangel der Krankenversicherungsgesetze. Der Wöchnerin müßte eine ausgiebigere Unterstützung als jetzt zu teil werden. Man glaube nicht, daß sich durch die Erhöhung des Krankengeldes in demselben Maße auch die Lasten steigern. Nein, vielfach schreitet der Gesundungsprozess viel schneller vorwärts, wenn der Arbeiter während seiner Krankheit ausreichend zu leben hat, als wenn er darben muß, und darum wird eine Erhöhung des Krankengeldes vielleicht eine Kürzung der Krankheitszeit zur Folge haben. Wenn die Versicherung einheitlich ist, wenn die Krankenversicherung in größeren Verbänden und über weitere Kreise zusammengeschlossen ist, so kann man auch viel mehr zu einer Verhütung von Krankheiten thun. Ebenso wie die Berufs-genossenschaften das Recht haben, Unfallversicherungsbedingungen zu erlassen, sollte man auch den Krankenkassen das Recht geben, Krankheitsverhütungsvorschriften zu erlassen. (Sehr richtig!) Denn das Verhindern von Krankheiten ist viel billiger als das Heilen. (Sehr wahr!) Die Krankenversicherung könnte sehr viel zur Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege beitragen, und in der Ausübung dieses Zweckes könnte auch den Ärzten eine standesgemäße Stellung eingeräumt werden. Man fürchtet vielfach von dem Ausbau der Versicherung eine Stärkung des bürokratischen Elementes. Demgegenüber erinnere ich daran, daß einer der Zwecke des Ausbaus der Versicherungsgesetze die Bekämpfung der Sozialdemokratie war. Und trotzdem konnte Bismarck nicht umhin, gerade in dem Gesetz, wo am meisten zu thun ist, beim Krankenversicherungsgesetz, der Selbstverwaltung einen recht breiten Spielraum einzuräumen. Ja, warum haben Bismarck und Konsorten damals nicht den großen bürokratischen Apparat geschaffen, dessen Einführung man heute fürchtet? Doch nicht, weil es ihnen an böser Absicht gefehlt hat, sondern lediglich, weil sie sich bewußt waren, daß eine solche Versicherung ohne Mitwirkung der Versicherten gar nicht durchzuführen ist. Je größere Gebiete man der Versicherung überweist, desto mehr Spielraum muß man der Selbstverwaltung lassen. Sehen wir doch, daß diejenigen Versicherungsorganisationen, von denen die Arbeiter möglichst ausgeschlossen sind, und wo man es mit dem bürokratischen Apparat versucht, viel teurer arbeiten und nur notdürftig das gewähren können, was das Gesetz vorschreibt. Und als wir seiner Zeit bei der Beratung des Unfallversicherungsgesetzes verlangten, daß von vornherein die Berufs-genossenschaften einzugreifen haben, da waren es gerade die größten Verhörer der Berufs-genossenschaftlichen Organisation, die sagten, das geht nicht, daß muß den Krankenkassen überlassen bleiben, die beweglicher sind. Bei der Invaliditätsversicherung glaubt man sogar, daß der Organismus selbst nach 18wöchentlicher Krankheit noch nicht eingreifen kann, weil er zu schwach ist. Wenn er aber schon schwach ist, so sollte man wenigstens vermuten, daß er blüht ist. Aber umgekehrt, die Verwaltungskosten sind ausnahmsweise hoch. Die Unfallversicherung verbraucht 13 1/2 Millionen, die Invaliditätsversicherung 11 Millionen, aber die Krankenversicherung nur zehn Millionen, obwohl die Krankenversicherung noch in ganz anderen Fällen eingegriffen hat. Ich weise nur darauf hin, daß sie nicht, wie die Unfallversicherung ihre Renten durch die Post ausbezahlt läßt.

Man kann ferner die Verwaltungskosten an den Entschädigungsbeträgen, so findet man, daß die Krankenversicherung 5,8 Prozent, die Unfallversicherung 15,5 und die Invaliditätsversicherung 12,1 Prozent der Entschädigungsbeträge als Verwaltungskosten verbraucht. Oder rechnet man nach Entschädigungsbeträgen, so kommt ein einziger Fall in der Krankenversicherung auf 2,51, in der Unfallversicherung auf 19,19, in der Invaliditätsversicherung auf 12,04. Also schon von rein kalkulatorischen Standpunkte aus hat man die auf Selbstverwaltung beruhende Form zu wählen, weil sie die billigste ist, aber auch aus idealen Rücksichten, damit der beschädigte Zweck erreicht werden kann. Soll die Versicherung aber auf voller Selbstverwaltung beruhen, so fragt es sich, ob man dann den anderen Gesellschaftsklassen noch zuzurechnen kann, Beiträge zu zahlen. Mit dem Beitragszahlen der anderen Klassen ist es eine eigentümliche Sache. Diese Unternehmerbeiträge, mit denen man so prahlt, was sind sie? Zahlen die Unternehmer sie aus ihrer Tasche? Die Unternehmer klagen sehr oft über die hohen Kosten der Versicherungsgesetze. Aber diese hohen Kosten haben die deutsche Industrie nicht heruntergebracht. Im Gegenteil: gerade Bismarck hat auf dem letzten internationalen Versicherungskongress darauf hingewiesen, daß seit Inkrafttreten der Versicherungsgesetze auch der große Aufschwung der Industrie einsetzte und daß dieser große Aufschwung nicht trotz sondern wegen der Versicherungsgesetze eingetreten sei. Nicht mit Unrecht nannte er die Unternehmerbeiträge den feststehenden Teil des Lohnes. Bei einer auf Selbstverwaltung aufgebauten Versicherung werden die Arbeiter recht vorzüglich zu Werke gehen. Es besteht doch jetzt schon oft eine große Neigung unter ihnen, da, wo wirkliche Kranke vorhanden sind, Stimulanten zu suchen. (Sehr richtig!) Man wird den Arbeitern ohne Schädigung der Gesamtheit volle Selbstverwaltung gewähren können. Es fragt sich nun, ob die Versicherung auf weitere Gebiete auszudehnen ist. Wie ich schon in der Einleitung hervorgehoben habe, hat die Vergebung schon teilweise das Existenzminimum anerkannt. Weiter ist es eine alte Erfahrung, daß je teurer gewisse Uebelstände den Menschen werden, sie um so mehr darauf verlesen sind, dieselben aus der Welt zu schaffen. Eine ganze Reihe von Unfallverhütungsvorschriften wäre heute noch nicht erlassen, wenn wir nicht die Unfallversicherungsgesetze hätten. Verschiedene Vorschriften gegen die Feuersgefahr wären nicht da, wenn nicht die Feuerversicherung bestünde. Darum können sich meiner Meinung nach gerade diejenigen Gegenstände, die man mildern, die man teilweise verhindern kann, am meisten zum Zwecke der Versicherung, und deshalb sollte die Kranken- und Unfallversicherung viel mehr ausgebaut werden zu einer Institution, zur Verhinderung von Krankheit und Unfall. Wenn sich aber das Uebel nicht verhindern läßt, soll dem davon Betroffenen wenigstens ausreichende Hilfe gewährt werden, damit er nicht nebenbei noch in Hunger und Armut verfällt.

Frägt man sich nun, auf welche Favelle die Versicherung ausgedehnt werden soll, so sieht oben die Arbeitslosigkeit, ein Uebel, das die Armentassen erheblich belastet, das ebenso schlimm wirkt, wie Krankheit und Invalidität, ja sehr oft Krankheiten verursacht. Ich habe bereits in der Reichen Zeit darauf hingewiesen, daß wenn das Jahr 1895, in dem wir eine Arbeitslosenquote hatten, ein Durchschnittsjahr der Arbeitslosigkeit war, man an jeden Arbeitslosen pro Tag der Arbeitslosigkeit 2 Mk. pro Tag zu zahlen hätte, dazu würde eine Summe von etwa 200 Millionen erforderlich sein. Würde man nun ein Drittel der Beiträge auf das Reich übernehmen, ein Drittel auf die Arbeiter und ein Drittel auf die Arbeitgeber, so hätten wir einen Beitrag zu erheben, der nur 15 Prozent höher wäre, als der zur Invaliditäts- und Altersversicherung. An der Finanzfrage würde also das Problem der Arbeitslosenunterstützung nicht scheitern. Dann wäre es auch möglich, daß wie die anderen Versicherungen als Hauptzweck auch der Verhinderung haben, daß auch hier, sei es durch Inangriffnahme von Kulturarbeiten, sei es durch Verklärung der Arbeitszeit, auf eine Verhinderung der Arbeitslosigkeit hingewirkt werden könnte. Ist nun eine solche Institution wünschenswert, und zwar zunächst vom Standpunkte der Arbeiter? Nach meiner Meinung liegt sie im Interesse der Arbeiter, weil diese durch nichts mehr geschädigt werden als durch Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit bringt die Arbeiter geistig herunter. Ein großer Teil der Vagabunden und der Leute, die buchstäblich im Rote der Landstraße umkommen, würden nicht so weit gelangt sein, wenn rechtzeitig vorgebeugt wäre. Aber auch als Klasse werden die Arbeiter durch die Arbeitslosigkeit geschädigt. Sie hat eine chronische Lohnrückerei zur Folge, in vielen Unternehmungen sind am Schlusse einer Krise die Löhne ganz erheblich gesunken, obwohl keine plötzliche Lohnreduzierung stattgefunden hat, sondern einzig und allein durch die fortgesetzte Einstellung billigerer Arbeitskräfte. (Sehr richtig!) Diese chronische Lohnrückerei könnte verhindert werden, und es würden dann auch den Gewerkschaften manche Kämpfe erspart werden, durch die sie das Juculidieren müssen, was ihnen hierdurch entziffen worden ist. (Sehr wahr!)

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegt aber auch im Interesse der Gesamtheit. Als in England beim Streit um den Achtstundentag gefagt wurde, daß in anderen Ländern die Leute länger arbeiten würden, hielt Macaulay dem entgegen: Die Länder mit der langen Arbeitszeit brauchen man nicht zu fürchten, sie würden England nicht schaden. Sollte England einmal von dem ersten Schlag der Industrie verdrängt werden, so könnte das nur geschehen durch ein Land mit einem kräftigeren und intelligenteren Arbeiterstand. Gerade durch die lange Arbeitszeit würden die Arbeiter entkräftet. Genau dasselbe gilt für die Arbeitslosigkeit: sie entkräftet den Arbeiter und bringt ihn körperlich und moralisch herunter. Wie geht man gegenwärtig mit der Körperkraft der Arbeiter um! Auf keinem Gebiet wird ein solcher Aufbau getrieben! (Sehr richtig!) Die Arbeitskräfte lassen sich ja leicht ersetzen. Würden die Großgrundbesitzer, die heute so verwegene Vorschläge, wie die Aufhebung der Freizügigkeit machen, einmal die Ursache der Landflucht untersuchen, so würden sie finden, daß es den Landarbeitern an dauernder Arbeit fehlt. Je mehr die Maschinen eingeführt werden, desto länger werden die Perioden der Arbeitslosigkeit. Will man dem entgegenwirken, so gebe man den Arbeitern für diese Zeit wenigstens ein Existenzminimum. Für wesentlich halte ich es nun, daß die Versicherung selbst die Ursache zu wirtschaftlichen Reformen werden kann. Wir haben uns allerdings daran gewöhnt, daß wir England als Vorbild nachahmen. England hat zuerst das Gebiet der Arbeiterversicherung betreten und man glaubt, genau so wie in England muß es auch anderswo gemacht werden. Aber wer weiß, ob die Engländer, wenn sie die Versicherungsfrage nicht schlicht schafften, wieder in derselben Weise vorgehen würden. Doch sei dem, wie ihm wolle, eine derartige Ausdehnung der Versicherung könnte der Anlaß zu wirtschaftlichen Reformen sein. Solange die Arbeiter allein die Lasten der Arbeitslosigkeit zu tragen haben, wird man sich allerdings schwerlich entschließen, ernsthafte Reformen in Angriff zu nehmen. Dann dürfen wir auch, wenn wir England nachahmen wollen, nicht aufhören acht lassen, wofür Reue vorhanden ist. Wir müssen als Taktiker jede sich bietende Situation ausnützen. Bei uns ist nun einmal die Versicherungsgesetzgebung ein Paradebühnen gegenüber dem Auslande geworden. Hier ist der Widerstand der Bürokraten keineswegs so stark, wie auf anderen Gebieten und deshalb sollten wir mit auf diesem Wege versuchen, eine Verklärung der Arbeitszeit auf 8 Stunden oder noch darüber hinaus zu erreichen. Haben wir zunächst als Basis eine Organisation, die alle Arbeiter umfaßt, so können sich nicht jene unglücklichen Zustände wie in England entwickeln, wo lieber es Arbeiter in zwei Teile gespalten sind, eine aristokratische und eine an der Grenze des Lumpenproletariats stehende. Wir haben hier Maßnahmen zu ergreifen für die gesamte Arbeiterschaft. Da nun aber speziell für die Versicherung eine gewisse Reue vorhanden ist, so müssen wir dem Rechnung tragen. Glauben Sie nicht, daß bei der Vornahme der Arbeitslosenunterstützung auch die Ausdehnung der Versicherung auf dieses Gebiet bereits mitwogen worden ist. Ich sprach mit dem Direktor des statistischen Amtes v. Scheele darüber, ob es nicht möglich sei, einmal eine allgemeine Lohnstatistik aufzunehmen. Da sagte er: Möglich wäre das schon, aber das Reich könnte doch nicht umhin, wenn solche eine Statistik ermittelt werden, einzugreifen und was sollte das Reich, dann thun? (Heiterkeit.) Da sehen Sie also, aus welchem Grunde man vor Ermittelungen zurücksteht. Eine Arbeitslosenstatistik dagegen hat man veranlaßt und deshalb sollte man auch hier vorwärts drängen. Allerdings gibt es Leute, die einer Arbeitslosenversicherung sehr abgeneigt sind. Der freisinnige Abgeordnete Lehmann hat sie als Prämie für Faulenzerei bezeichnet. (Hört, hört!) So denkt ein Freisinniger über Arbeiter. Warum nennt er dann nicht auch die Feuerversicherung eine Prämie für Brandstiftungen? (Heiterkeit.) Mißbräuchen bei der Arbeitslosen-

versicherung könnte man leicht vorbeugen. Auch von einem Zwang zum Streikbruch kann keine Rede sein. Das höchste, was man am Ende thun könnte, wäre die Entziehung der Unterstützung und dann wäre der Versicherte gerade soweit, wie er jetzt ohne Versicherung ist. Weiter wird befürchtet, daß durch eine derartige Ausdehnung der Vergebung auf andere Gebiete die Bewerkschaftsbewegung in ihrer Entwicklung gehindert werden könnte. Diese Befürchtung ist ungerechtfertigt. Ich will lediglich darauf hinweisen, daß doch die Kranken- und Invaliditätsversicherung es keineswegs gehindert hat, daß die bestorganisierte Gewerkschaft in Deutschland, die der Buchdrucker, erhebliche Summen für die Kranken- und Invaliditätsversicherung ausgegeben hat. Noch ein anderes Beispiel. Zu den Zielen der Gewerkschaften gehört ja nicht allein die Arbeitslosenunterstützung, sondern auch die Einführung der Regelung der Arbeitszeit. Glaubt man nun etwa, daß durch den Erfolg der Bäckereiverordnung, die eine gewisse Verkürzung der Arbeitszeit für die Bäcker mit sich brachte, die Gewerkschaftsbewegung der Bäcker gestillt hat? Nein, im Gegenteil, dadurch ist sie erst recht in die Welt gekommen. (Zustimmung.) Es wird immer für die Gewerkschaften ein Ansporn bestehen, ihren Mitgliedern mehr zu bieten, als durch die Vergebung gegeben wird. Anders wäre es, wenn die eine Versicherung die andere ausschließen sollte, wenn die Invaliditätsversicherung nicht in privaten Versicherungen sein dürften und umgekehrt. Dann würde allerdings eine Konkurrenz entstehen, die unter Umständen verhängnisvoll werden könnte.

Ich komme noch auf ein Gebiet der Versicherung, das in letzter Zeit viel diskutiert worden ist und das jetzt von der Centralratsfraktion benutzt werden soll, um gewissermaßen als Feigenblatt zu dienen für die Säulen, die das Centrum beim Jolkstark gegen das Volk hegehrt, nämlich die Witwen- und Waisensversicherung. Diese Versicherung ist keine Erfindung des Centrum. Früher hat bereits Stumm sehr auf die Einführung einer solchen Versicherung gedrungen, und es sind wiederholt vom Reichstage Resolutionen in diesem Sinne beschloffen worden. Ganz gewiß ist es ungerechtfertigt, wenn die Witwe eines Arbeiters, der an einer Krankheit, die er im Arbeitsprozess erworben hat, zu Grunde gegangen ist, jetzt nach dem Tode ihres Mannes nichts mehr erhalten soll, aber ich habe bereits vorhin gesagt, daß man die Erwerbskrankheiten ruhig der Unfallversicherung zuschieben soll. Es ist auch die Notwendigkeit vorhanden, eine weitere Witwen- und Waisensversicherung einzuleiten, jedoch wäre ich geneigt, den Namen umzubringen und lieber von Witwen- und Waisensversicherung zu sprechen, weil die Waisen noch meiner Meinung in erster Linie berücksichtigt werden müssen. Hier zeigt sich das Centrum wieder einmal in seiner vollen Glorie.

Nach Trimbörens Vorschlag sollte die Witwe 100 Mk., jede Witwe 50 Mk. erhalten. Wie sollen von einem so winzigen Betrag die Waisen leben? Würde man wenigstens das geben, was bei dem Tode eines Arbeiters durch einen Unfall jährlich gewährt werden muß, wenn ein Jahresverdienst von 400 Mk. vorhanden war, so würden das 300 Mk. sein; es wären dann sofort 308 Mk. jährlich nötig. In der Versicherung darf man, und darin sehe ich ihren Vorzug gegen die Armenpflege, niemals die Bedürftigkeit in den Vordergrund stellen, sondern ein anderes, erkennbares Moment. Es ist nun nicht gerechtfertigt, eine Witwe anders zu stellen, als eine andere Frau. Nehmen wir an, zwei Frauen von demselben Alter arbeiten zu demselben Lohn in derselben Fabrik. Nun ist die eine Witwe, die andere nicht. Weßhalb soll nun die eine nur aus dem Grunde, weil sie Witwe ist, eine Unterstützung erhalten. Nicht die Witwen-, die Waisens- und Kinderversicherung ist die Hauptsache. Wenn der gesetzliche Erbnährer des Kindes, auch des unehelichen Kindes stirbt, muß für die Waisen gesorgt werden. So kann auch der Kinderarbeit entgegen-gewirkt werden. Witwen mit zahlreichen Kindern werden durch die Waisensversicherung ja an sich schon besser gestellt werden. Wenn Arbeitsunfähigkeit bei einer alleinstehenden Witwe eintritt, dann muß die Invalidenversicherung entsprechend ausgebaut werden, weil sie hier einzutreten hätte. Während das Centrum die Waisensversicherung in den Hintergrund schiebt, haben wir alle Ursache, sie besonders zu betonen, um so zu erträglichen Zuständen zu gelangen. Wenn eine allgemeine Arbeiterversicherungsorganisation über das ganze Reich geschaffen wäre, so hätte man sich nicht darauf zu beschränken, sie nur den Buchstaben des Gesetzes ausführen zu lassen, sie müßte vielmehr weiter mitarbeiten an dem Ausbau des ganzen Versicherungswesens. So wie den Ortskassen eine gewisse Autonomie eingeräumt ist, so muß auch dieser allgemeinen Organisation die besondere Berücksichtigung örtlicher und gewerblicher Verhältnisse überlassen bleiben, ebenso die Sorge, neue Gebiete dem Versicherungswesen zuzuführen.

Ich habe Ihnen eine Resolution vorgeschlagen, die die Ausdehnung der Versicherung auf alle Kreise, die die Versicherung nötig haben, vorschlägt, und ihre Ausdehnung auf alle Gebiete anregt, wo durch die Versicherung überhaupt etwas geholfen werden kann, die schließlich volle Selbstverwaltung für die Versicherten fordert. Ich bitte Sie, diese Resolution anzunehmen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Die Mittagspause tritt ein. In der Pause wird Interessenten Gelegenheit gegeben, unter Führung unserer Münchener Kommunal-Vertreter einige gemeindliche Einrichtungen Münchens durch den Augensein kennen zu lernen.

Schluß: 1/1 Uhr.

**Nachmittags Sitzung.**

Den Vorsitz führt Volkmar.

Die Versammlung tritt in die Diskussion ein über Punkt 5 der Tagesordnung: Arbeiterversicherung.

Dazu sind eingegangen außer der bereits mitgeteilten Resolution 108 Volkmar folgende Anträge: Antrag 108, Abänderungsantrag zu Nr. 108: Der Parteitag wolle beschließen: unter Ziffer 4 statt der Worte „Erziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten“ zu setzen „Deckung der Kosten durch eine progressive Einkommensteuer“; unter Ziffer 5 auf der ersten Zeile: statt des Wortes „Krankenversicherung“ zu setzen „Arbeiterversicherung“. Doch mit 19 Genossen.

Ferner Antrag 109: Der Vortrag des Genossen Wollenhut über Arbeiterversicherung ist, wenn möglich, als Vorklausur zur Massenverbreitung geeignet herauszugeben und so möglichst billigem Preise an die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen abzugeben. C. Windhoff, Düsseldorf.

Weiter ist eingebracht worden ein Antrag v. Elm, im Punkt 7 des Antrags 108: „Einführung der Arbeitslosenversicherung“ hinzu-zufügen: „Befugnis der Arbeitslosenversicherung schließt sich der Parteitag den von dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress angenommenen Grundsätzen an“.

Ferner liegt vor ein Antrag von Stein, den ersten Satz der Resolution 106 folgendermaßen zu fassen: „Die Versicherungsgesetze des deutschen Reiches, die hauptsächlich erlassen wurden, die Armen-kassen vor Ueberlastung zu bewahren und die den Unternehmern zufallende Schadenerschaftspflicht zu vermindern, genügt in keiner Weise die Anforderungen der Arbeiterschaft.“

Alle Anträge sind genügend unterstützt.

Das Wort nimmt zunächst

Hoch-Dahau: Ich habe mich zum Wort gemeldet, um die beiden von mir gestellten Abänderungsanträge zu empfehlen. Zunächst eine Bemerkung zum Antrag Elm. Ich meine, die Frage der Arbeitslosenversicherung ist zur Zeit noch so wenig geklärt, daß der Parteitag dazu jetzt noch nicht Stellung nehmen kann. Weiter möchte ich bemerken, daß in Zukunft die Resolution über eine derartige Frage nicht erst im letzten Augenblick, sondern schon früher verteilt werden sollte, damit die Delegierten auch die Zeit haben, sich die Sache gründlich zu überlegen. Nun zu meinen Abänderungs-vorschlägen. Davon bezieht sich der eine auf Ziffer 5 der Resolution und will an Stelle des Wortes Krankenversicherung setzen: Arbeiterversicherung. Ich kann nicht recht verstehen, warum man dieses Wort gewählt hat. Die Bekämpfung der Volkstrankheiten, der Tuberkulose zum Beispiel, erfolgt doch durch andere Arten der Arbeiterversicherung, und deshalb ist es auch zweckmäßig, zu sagen:

**Bekämpfung der Volkskrankheiten durch die Arbeiterversicherung.** Bedenklieber erscheint mir aber die Fassung der Ziffer 4 der Resolution Mollenbuhr: Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten. Diese Fassung sagt durchaus nicht, in welcher Weise die verschiedenen Klassen herangezogen werden sollen. Daraus könnte man nämlich, daß die Arbeiterklasse herangezogen werden sollte, und das würde damit gerechtfertigt, indem man sagte, wenn die Arbeiter an der Verwaltung teilnehmen wollen, sollen sie auch Beiträge zahlen. Diese Anschauung hat schon Mollenbuhr völlig überlegt. Deshalb muß man also noch genauer hineinschreiben, wie die Sache zu regeln ist. Wenn wir den Unternehmern die ganze Last auferlegen, so werden diese selbstverständlich bemüht sein, sie auf die Arbeiter abzuwälzen; wie weit ihnen das möglich ist, das hängt von den wirtschaftlichen Verhältnissen ab. Wenn aber der Staat dazwischen tritt, dann werden die Verhältnisse verkehrt und die Arbeiter benachteiligt. Dazu kommt, daß auch die Formulierung des Mollenbuhr'schen Vorschlages gar keine Maßnahme geben kann für die parlamentarische Stellung unserer Fraktion; es empfiehlt sich deshalb eine ganz klare und präzis Fassung, und wir schlagen vor, daß die Kosten aufgebracht werden sollen durch eine progressive Einkommensteuer. Mollenbuhr hat ja die Auffassung vertreten, daß die Beiträge des Unternehmers ein Teil des Lohnes sind. Daraus ergibt sich, daß jeder in demselben Maße zu den Kosten der Arbeiterversicherung beiträgt, als er Vorteile aus dem Erwerbseinkommen zieht, und das wird ermöglicht durch die progressive Einkommensteuer. Ich bitte also, meine Anträge anzunehmen und bemerke noch, daß ich geneigt wäre, gegen die ganze Resolution zu stimmen, wenn die Mollenbuhr'sche Fassung der Ziffer 4 stehen bleibt.

**Zubell-Berlin:** Die Genossen, die die Absehung des Punktes Arbeiterversicherung von der Tagesordnung beantragt hatten, werden jetzt wohl von ihrer Ansicht abgekommen sein. Besonders wichtig ist die Arbeitslosenversicherung. Da stehen sich zwei Ansichten gegenüber. Die einen wollen die Arbeitslosenversicherung dem Reich überweisen, die anderen sagen, das ist Sache der Gewerkschaften und verlangen nur eine Subvention vom Reich oder der Gemeinde. Ich kann die letztere Ansicht nicht billigen. Wenn es richtig wäre, daß durch Uebernahme der Arbeitslosenversicherung auf das Reich der Gewerkschaftsbewegung ein großes Feld ihrer Tätigkeit entzogen würde, so würde es schlecht um sie stehen. Die Gewerkschaften werden trotzdem noch genug zu tun haben, und wenn man glaubt, daß die Arbeitslosenversicherung durch das Reich den Behörden Zwangsmassregeln gegen die Arbeitslosen geben würde, so übersteht man den Einfluß unserer parlamentarischen Vertreter, deren Kritik die Regierungen zwingt, die Versicherungsgesetze besser zu gestalten. Ist doch auch die Reform der bisherigen Gesetze auf die Sozialdemokraten zurückzuführen! Ebenso wird es uns auch gelingen, in der Frage der Arbeitslosenversicherung den Forderungen der Arbeiter Geltung zu verschaffen. Vergessen Sie nicht, daß das Reich die Verpflichtung hat, für die Arbeitslosen einzutreten!

**Kraus-Pfungstadt:** Mollenbuhr hat sich mit Recht auf den Standpunkt gestellt, daß die Berufskrankheiten eigentlich Betriebsunfälle sind. Das gilt in ganz besonderem Maße von den Säbholzarbeitern der Phosphorindustrie. In meiner Heimat Pfungstadt kann man eine große Anzahl von Arbeitern sehen, denen infolge der Phosphorvergiftung die Nervenenden herausgenommen werden mußten und die dadurch schrecklich entstellte sind. Voller hat auch die neue Unfallversicherungsnovelle immer noch nicht die Phosphorvergiftung als einen zu entschädigenden Betriebsunfall anerkannt, die Betroffenen erhalten keine Entschädigung. Nun sehen die Betroffenen ihre Hoffnung auf die bevorstehende Revision des Krankenversicherungsgesetzes. Ich möchte unserer Fraktion einen Hinweis geben, daß bei dieser Revision in dieser Richtung zu wirken. Im übrigen erkläre ich mich gern einverstanden mit dem Antrag 100 Windhoff.

**Frau Ullrich Braun-Berlin:** Nicht um die vorerwähnten Ausführungen Mollenbuhr's zu bekämpfen, sondern um sie zu ergänzen, nehme ich das Wort. Es wird Ihnen bekannt sein, daß die Frauenkonferenz den Beschluß gefaßt hat, für die Erweiterung der Versicherung der Wöchnerinnen in der Weise einzutreten, daß nicht nur Wöchnerinnen, sondern auch Schwangere in einer gewissen Zeit vor der Entbindung eine Unterstützung in der vollen Höhe des ortsüblichen Lohnes erhalten sollen. Aber auch dies scheint mir noch nicht vollständig dem zu entsprechen, was wir zu wünschen haben. Meiner Ansicht nach sollte in der Wöchnerinnen- und Schwangeren-Versicherung — die wir zusammen mit dem allgemeinen Namen Mutterchaftsversicherung bezeichnen können — noch mehr inbegriffen sein. Aufgabe der Versicherung müßte es vor allen Dingen sein, Wöchnerinnen, Säuglingsheime und dergleichen zu schaffen und auch eine Hauspflege der im Hause bleibenden Wöchnerinnen zu ermöglichen. Alle diese Dinge werden augenblicklich in ganz unzureichender Weise von Wohlthätigkeitsinstituten aller Art übernommen. Wir müssen, wenn wir die Frauen für unsere Ideen gewinnen wollen, nicht nur eine Unterstützung der Frauen von Reichs wegen herbeizuführen suchen, sondern wir müssen auch jede Gelegenheit wahrnehmen, um dem entgegen zu arbeiten, daß diese Frauen den privaten Wohlthätigkeitsinstituten in die Hände fallen. Das ist besonders wichtig in allen solchen Gegenden, wo diese Wohlthätigkeitsinstitute in den Händen der Kirche, der Ultramontanen sind. Dort sind die Frauen am leichtesten allem von dieser Seite gebotenen zugänglich, auf diese Weise auch das Selbstmitleidgefühl in ihnen erstickt und unsere Arbeit außerordentlich erschwert. Ich möchte deshalb bitten, daß eine Ergänzung in dieser Richtung von uns bewirkt werde. Es soll aber auch nicht den Gemeinden überlassen werden, solche Wöchnerinnenheime zc. einzurichten. Ich kenne eine deutsche Unterwerfstadt, in der die Proletarierkinder im Säuglingsheim gewissermaßen die Verpflegung für die ärztlichen Anfänger bilden. Das dürfen wir uns im Interesse unserer Kinder nicht gefallen lassen. Die Errichtung und Verwaltung dieser Anstalt muß von der in diesem Sinne reorganisierten Krankenversicherung in die Hände genommen werden. Die bestehende Gesellschaft, die doch auch ein Interesse an einem gesunden, kriegstüchtigen, arbeitskräftigen Nachwuchs hat, würde sich wohl auch zu einer Mutterchaftsversicherung herbei finden. Das größte Interesse aber haben daran natürlich wir selbst, denn unsere Kinder, die Kinder der Proletarier, sind diejenigen, die unsere Zukunft zu schaffen haben. Ich brauche wohl keinen besonderen Antrag formulieren, sondern es genügt wohl, wenn unsere Wünsche, in denen ich mich ein wenig mit den Genossen, der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden. (Lebhafte Beifall.)

**Walz-Vochum:** Bei den Krankenkassen ist leider die Tendenz vorhanden, auf die Ärzte einzuwirken, den Kranken vorzeitig gesund zu schreiben, wenn seine Krankheit der Kasse zu lange währt. Das ist höchst kurzfristig und rächt sich später an den Kassen selber, denen der schlecht kurtierte Arbeiter dann häufiger zur Last fällt. Das geht auch hervor aus einem Bericht über die Tätigkeit des Knappschafftsvereins zu Vochum. Da sind auch die Grubenbeamten mit gegen Krankheit versichert. Auf je 100 Beamte fallen 8-9 Erkrankungen, aber 21-30 Krankheitsstage für den einzelnen Fall; auf 100 Arbeiter aber kommen 48-51 Erkrankungen mit nur 14-18 Krankheitsstagen. Obwohl die Beamten höheres Krankengeld erhalten, sind die Kosten, die sie der Kasse verursachen, um  $\frac{1}{10}$  geringer als für kranke Arbeiter. Das vorzeitige Gesundschreiben bedeutet für die Arbeiter ein längeres Stadium, das wieder auf die Kasse zurückfällt. Immer brennender wird die Ärztefrage, besonders im Kohlenrevier, wo die Knappschafftsärzte sich überhaupt nicht mehr herbeilassen, Gutachten gegen ein Urteil des Vertrauensarztes abzugeben. Die staatliche Arbeitslosenversicherung wird von den Gewerkschaften nicht bekämpft, weil sie meinen, daß jede höhere Lohnen. Sie sträubten sich, weil sie befürchten, daß der Staat eine solche Leistung nur unter Bedingungen übernehmen würde, die die gewerkschaftliche Tätigkeit der Streiks und Aussperrungen lähmen würde. Diese Bedenken sind durch Mollenbuhr nicht zerstreut worden. Immer heißt es: Hunger und Peitsche.

**Vollmar:** Es ist folgende Resolution Eigerohr's-Krefeld eingeschlagen: „In Anbetracht des Umstandes, daß innerhalb der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse Deutschlands die Ansichten über die Art und Weise der Einführung der Arbeitslosenversicherung völlig geteilt sind, beschließt der Parteitag, diesen Punkt auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen, in der Gewißheit, daß sich bis dahin die Meinungen geklärt haben werden.“

Die Resolution will meiner Meinung nach, daß Punkt 7 der Mollenbuhr'schen Resolution gestrichen wird.

**Grünwald-Hamburg:** In der Arbeitslosenversicherung haben wir es nicht nötig, uns festzulegen; wir müssen den Reichstagsabgeordneten freie Hand lassen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag einzubringen. In der Fraktion sind ja alle Ansichten vertreten, es wird da schon das Richtige gefunden werden. Nachteil für die Gewerkschaften durch die Reichsarbeitslosenversicherung fürchte ich nicht, sie werden trotzdem ihre Bedeutung behalten. Was die Krankenversicherung betrifft, so ist in letzter Zeit gegen die freien Hilfskassen Stimmung gemacht; meiner Meinung nach sind die freien Hilfskassen heute noch ebenso nötig, wie früher, da die anderen Kassen zu wenig leisten. Die Hilfskassen hatten nach einer Statistik aus dem Jahre 1900 die höchsten Leistungen, sie zahlten durchschnittlich 34,6 Wochen, die Ortskrankenkassen 30 und die Gemeindekassen nur 13 Wochen. Die Durchschnittszahlung betrug bei ihnen 18, bei den anderen 15 bzw. 8 Mk. Wenn die Ortskrankenkassen die einzigen Träger der Versicherung sein sollen, so müßte man sie in verschiedene Gefahrenklassen einteilen, damit die Arbeiter aus unglücklichen Verleihen nicht zu sehr belastet werden. Die Selbstverwaltung müßte so gestaltet werden, daß über Leistung und Gegenleistung die Arbeiter zu entscheiden hätten. Die einseitige Hege gegen die freien Hilfskassen dürfen wir nicht mitmachen, wir sollten lieber den Fabrikkrankenkassen, Knappschafftskassen und dergleichen unsere Aufmerksamkeit zuwenden.

**v. Elm-Hamburg:** Es ist gesagt worden, der Parteitag solle sich bezüglich der Arbeitslosenversicherung nicht binden. Wir hätten unseren Antrag nicht eingebracht, wenn nicht Mollenbuhr uns gegenüber bestimmt erklärt hätte, daß er mit seiner Resolution zum Ausdruck bringen will, daß eine einheitliche Reichsarbeitslosenversicherung eingeführt werden soll. Wenn Sie aber die Resolution Mollenbuhr auch bezüglich des Punktes Arbeitslosenversicherung annehmen, so haben Sie sich gebunden und sich in direkten Gegensatz zu dem Beschluß des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses gesetzt. (Sehr richtig!) Nur deshalb, weil wir diese Bindung nach der Anschauung von Mollenbuhr, die von den Vertretern der organisierten Arbeiter bekämpft wird, nicht wollen, haben wir unseren Antrag gestellt. Es ist ferner beantragt, die Entscheidung dem nächsten Parteitag zu überlassen, aber auch im nächsten Jahre werden wir in dieser Frage noch genau so weit auseinandergehen, wie in diesem Jahre. Eine volle Klärung wird auch dann noch nicht vorhanden sein, und die Gewerkschaften würden es höchst erstaunlich finden, wenn sich der Parteitag in direkten Gegensatz zu ihrem Beschluß setzen würde. Eigentlich bin ich erstaunt, daß Mollenbuhr, der doch sonst kein so großer Optimist ist, bezüglich der Ausgestaltung des Versicherungswesens solchen Optimismus zur Schau trägt. Er glaubt, daß man die Selbstverwaltung gewähren werde, weil man ohne dieselbe nicht auskommen könne, und er hat auf die Krankenversicherung hingewiesen, wo auch ein gewisses Maß von Selbstverwaltung eingeführt worden sei. Das stimmt ja, aber um dies Maß der Selbstverwaltung handelt es sich doch vor allen Dingen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter legen ganz besonderen Wert darauf, daß ihnen bei der Arbeitslosenversicherung die volle Selbstverwaltung eingeräumt werde. Bei einer Reichsarbeitslosenversicherung aber würde diese Selbstverwaltung unter keinen Umständen gewährt werden. Schon aus diesem Grunde sind die Gewerkschaften Gegner einer Reichsarbeitslosenversicherung. Mollenbuhr will ein Drittel der Beiträge vom Reich, ein Drittel von den Arbeitgebern und ein Drittel von den Arbeitern bezahlt wissen. Nach dem in der bürgerlichen Gesellschaft geltenden Grundsatz, entsprechend dem Maß der Beiträge auch das Maß der Selbstverwaltung zu bestimmen, würde zweitens die Regierung sich auf den Standpunkt stellen, daß, wenn Reich und Arbeitgeber zusammen zwei Drittel der Beiträge zahlen, sie auch zwei Drittel der Verwaltung ausüben, während den Arbeitern nur ein Drittel zukommt. Diesen Grundsatz würde man selbstverständlich in die Vorlage hineinbringen, die eventuell später einmal kommen wird. Wann sie kommen wird, darüber gebe ich mich nicht irgendwelchen Täuschungen hin, ich bin nicht so optimistisch wie Mollenbuhr. Ich glaube nicht, daß man so bald eine Arbeitslosenversicherung einführen wird, wenn auch die Reichsregierung gerade zu diesem Punkte der Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses einen Vertreter entsandt hätte. Wir haben noch sehr lange Zeit, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Für unsere endgültige Stellungnahme wird immer noch Zeit sein, wenn die Vorlage selbst vorliegt. Wir sollten aber jetzt doch den Grundfragen zustimmen, die die Vertreter der Arbeiter selbst aufgestellt haben. Es ist doch immer darüber geredet worden, daß die Arbeiter selbst zur praktischen Arbeit, zur Lieferung des statistischen Materials zc. mit herangezogen werden sollten. Hier, wo die Arbeiter in einer so wichtigen Frage einmal einen Beschluß gefaßt haben, will sich der Parteitag von vornherein in Gegensatz zu dem gefassten Beschluß stellen. Das würde von den Arbeitern einfach nicht verstanden werden. Wenn das Reich eine Arbeitslosenversicherung einführt, würde gewiß eine ganze Reihe von Bedingungen dabei gestellt werden. Wir fürchten insbesondere, daß bei Streiks, Sperrten, Arbeitsnachweis zc. derartige Bedingungen aufgestellt werden würden, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter diese unter keinen Umständen annehmen könnten. Weil wir darin eine Gefahr für die Gewerkschaften sehen, deshalb sind wir konsequent und sagen: die Gewerkschaften müssen die Träger der Arbeitslosenversicherung sein, andernfalls geht die Sache unter keinen Umständen. Auch wir wollen genau wie Mollenbuhr die Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter. Nur wollen wir das nicht plötzlich herbeiführen, sondern wir halten es zunächst einmal für richtig, daß das Reich sich an die Versicherung der Gewerkschaften anschließt und den Gewerkschaften zunächst einmal Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung bezieht. Durch diese Zuschüsse würden die Gewerkschaften gestärkt werden, und allmählich würde die allgemeine Basis für eine alle Arbeiter umfassende Versicherung geschaffen werden. Mollenbuhr meint, die Gewerkschaften könnten sich einer Reichsversicherung anpassen. Auch die Krankenversicherung habe die gewerkschaftliche Entwicklung nicht gehemmt. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind zu einem großen Teil vollständig anderer Meinung; sie glauben allerdings, daß durch diese Zwangs-Krankenversicherung die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung wohl gehemmt worden ist. Dadurch wurde den Gewerkschaften ein Zweig der Unterstützung genommen, der damals schon von ihnen ausgebaut worden war. Wenn die Gewerkschaften heute auch ziemlich stark dastehen, so wäre ihre Entwicklung ohne die beständigen Unterbrechungen einerseits durch die Zwangsversicherung, andererseits durch das Sozialistengesetz, doch noch eine ganz andere gewesen. Die Buchdrucker, die älteste Organisation, können nicht als Beispiel gelten. Jetzt beginnen gerade die Gewerkschaften die Arbeitslosenversicherung einzuführen, so die Metallarbeiter und die Holzarbeiter. Welche Störung würde es wieder sein, wenn nun das Reich die Sache wieder in die Hand nehmen würde! Mollenbuhr will hier das Pferd beim Schwanz aufhängen; er will durch die Reichsarbeitslosenversicherung die achtstündige Arbeitszeit und das Koalitionsrecht für die ländlichen Arbeiter erzwingen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Erst einmal das Koalitionsrecht für alle Arbeiter! Die Erziehung der Arbeiter zu selbstbewußt handelnden Menschen muß die Hauptsache sein, nicht eine Versicherungsart, bei der die Arbeiter doch

das fünfte Rad am Wagen sein würden. Auch eine Maximierung der Gewerkschaften durch Reichssubventionierung ist nicht zu befürchten; sie können diese Unterstützung ja ablehnen, wenn sie ihnen nicht paßt.

Wird ein Reichsgesetz geschaffen, so müssen sich die Gewerkschaften fügen, während sie bei einem staatlichen Zuschuß es immer in der Hand haben, ihn abzulehnen. Eine Aristokratie der Arbeiterklasse will Mollenbuhr nicht. Das wollen auch wir nicht. Auch wir wollen nicht slavisch nachahmen, was sich in England entwickelt hat — schon deshalb nicht, weil es ganz unmöglich wäre, dieselben Bahnen wie in England zu beschreiten. Es ist schon deshalb unbedenkbar, weil wir in Deutschland eine große selbständige sozialdemokratische Arbeiterpartei haben und weil ein inniger Zusammenhang zwischen der Partei und den Gewerkschaftsorganisationen besteht. Im Interesse dieses Zusammenhangs bitte ich Sie: sehen Sie sich nicht in Gegensatz zu den Beschlüssen des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses. (Bravo.)

**Diehl-Frankfurt:** Mit dem Referat Mollenbuhr's bin ich einverstanden bis auf seinen Vorschlag über die Arbeitslosenversicherung; ich meine, einem derartigen Vorschlag können wir nie unsere Zustimmung geben. Alles, was die Regierung zur Revision der sozialen Gesetzgebung tut, geschieht im Sinne und Interesse des Unternehmertums. Wir sehen ja z. B., daß die Behörden immer sofort bei der Hand sind, neugebildeten Innungen die Errichtung von Krankenkassen zu genehmigen, obwohl diese meist gar nicht lebensfähig sind. Auch in das Lobliche, das Genossenschaft aus Hamburg sang, können wir nicht einstimmen; im Gegenteil ist es nötig, die Ortskrankenkassen zu unterstücken, in denen auch die Dienstboten und die Hausindustrie versichert werden müßten. Auch bei der Unfallversicherung sehen wir, daß die Arbeiter dort nicht die nötigen Rechte und den nötigen Einfluß haben. Diesen Mängeln muß die Fraktion entgegenwirken, namentlich denen im Reichsversicherungsamt. Insbesondere aber ist es das System der Vertrauensärzte, das auf das Schärfste bekämpft werden muß, ebenso die Rentenquetschen, da den Arbeitern die Renten entzogen werden, wenn sie entgegen dem Willen der Berufsgenossenschaft nicht in diesen Anstalten verbleiben. Endlich ist noch darauf hinzuweisen, daß in der Alters- und Invalidenversicherung die Arbeiter nicht den geringsten Einfluß haben.

Es ist ein Geschäftsordnungsantrag Rudolph und Genossen eingegangen, die Resolution Mollenbuhr und alle dazu gestellten Anträge einer sofort zu wählenden Redaktionskommission zu überweisen.

**Rudolph-Nürnberg:** Ich bedauere, daß die Resolution Mollenbuhr uns erst so spät zugegangen ist. Es besteht infolgedessen die Gefahr, daß bei der Abstimmung Zufallsmajoritäten zu Stande kommen. Deshalb empfiehlt sich die Einsetzung einer Redaktionskommission, in die ja auch eine Anzahl hier antwortender Gewerkschaftler gewählt werden können.

**Singer:** Ich möchte im Interesse der Zeit des Parteitags von der Annahme des Antrags Rudolph abraten. Wir erreichen damit hauptsächlich nur, daß die Diskussion, die jetzt bereits über einen halben Tag währt, nach Eintreffen der neuen Resolution von neuem beginnt. (Sehr wahr!) Wesentliche Meinungsverschiedenheiten haben sich bisher nur über Punkt 7 ergeben, alles andere sind mehr oder weniger reaktionelle Änderungen; wollen Sie eine Redaktionskommission einsetzen, so thun Sie es, nachdem Sie materiell beschlossen haben, was der Parteitag will, und übertragen Sie der Kommission die Redigierung dieser Beschlüsse. Die Kommission, die Rudolph will, ist nichts weiter als eine Kommission zur Vorbereitung einer neuen Resolution, über die dann wieder verhandelt werden muß.

**Rudolph:** Die Ansicht von Singer ist falsch. Es handelt sich nicht nur um formelle, sondern auch um wichtige sachliche Bedenken, und die soll die Kommission berücksichtigen.

Der Antrag Rudolph wird hierauf abgelehnt.  
**Ed. Bernstein-Berlin:** Mein Amendement hat rein reaktionelle Bedeutung und ist nur gestellt, um jeden berechtigten Einwand zu beseitigen. Mollenbuhr hat dieses Amendement acceptiert, das ich anzunehmen bitte. In die andere Debatte will ich nicht mit einreden. Der Antrag Mollenbuhr brüht nach meiner Auffassung nur ganz im allgemeinen ein Prinzip aus, daß die Arbeitslosenversicherung durch die Gewerkschaften nicht ausgeführt. Ich kann mir keine Arbeitslosenversicherung ohne starre Heranziehung der Gewerkschaften denken (Sehr richtig!), ich kann mir aber auch keine ausreichende Arbeitslosenversicherung denken ohne das Eingreifen von Staat und Gemeinde. In der Resolution Mollenbuhr wird nur das allgemeine Prinzip ausgesprochen, dem wir uns, vorbehaltlich aller Meinungsverschiedenheiten, anschließen können.

**Dr. Krosch-Berlin:** Unter 112 haben wir vorgeschlagen, die „Organisation des Arbeitsmarktes“ als Forderung mit in die Mollenbuhr'sche Resolution aufzunehmen. Es würde zu weit führen, den engen Zusammenhang einer Organisation des Arbeitsmarktes mit der Kranken- und Invalidenversicherung ausführlich darzulegen. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Organisation des Arbeitsmarktes die notwendige Vorbedingung für die Einführung der Arbeitslosenversicherung ist. Württemberg, Baden und Bayern sind in der Organisation des Arbeitsmarktes vorgeschritten; sie haben bereits Landesämter für den Arbeitsmarkt geschaffen. In Norddeutschland existieren meines Wissens nur in der Rheinprovinz Anstalten zu einer Zusammenfassung der Arbeitsvermittlung. Wohlwendig ist es also sehr, daß der Parteitag sich dafür ausspricht, daß eine Arbeitsmarktorganisation eingeführt wird als Grundlage für die Arbeitslosenversicherung. In Bezug auf die Resolution Mollenbuhr kann ich mich Bernsteins Ausführungen vollkommen anschließen. Mollenbuhr meint nicht, daß ausschließlich eine Reichsversicherung playgreifend soll. Es ist ein Vorzug seiner Resolution, daß sie nur den Zielpunkt: die Arbeitslosenversicherung, nicht aber den Weg dazu angibt. Der Weg hängt nicht von uns allein ab. Jedemfalls wird die Fraktion unter der Mitwirkung der Gesamt-partei alles auszuwirken, was sich irgendwie bietet, um die Frage der Arbeitslosenversicherung in Fluß zu bringen.

**Schader-Brandenburg:** Darin sind wir, so sehr auch sonst die Ansichten auseinandergehen mögen, alle einig: die Einführung der Arbeitslosenversicherung ist eine unbedingte Notwendigkeit. Ich bin anderer Ansicht als v. Elm. Wir legen uns nicht fest, wenn wir die Resolution Mollenbuhr annehmen. Damit unterschreiben wir durchaus nicht alles, was Mollenbuhr gesagt hat. Der Erörterung ist ein weiter Spielraum noch gelassen. Dagegen hätte Elm vor dem Gewerkschaftskongress treten und ihn veranlassen sollen, sich nicht in dieser Frage festzulegen. Denn das hat der Stuttgarter Kongress getan. Den Standpunkt, den Dr. Borchardt in der neuen Zeit eingenommen hat, das bestimmte Richtungen in der Gewerkschaftsbewegung vom Reichszuschuß ausgeschlossen bleiben sollen, verstehe ich nicht. (Sehr richtig!) Von gewerkschaftlicher Seite wird immer gesagt: Wir erstreben zuerst die volle Koalitionsfreiheit. Ist dann das Groß organisiert, so wird allen die Arbeitslosenversicherung. Wenn wir aber erst einmal so erklart sind, dann brauchen wir uns mit solchen Fragen überhaupt nicht mehr zu befassen. Dann können wir die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aus eigener Kraft regeln. (Sehr richtig!)

**Dr. Borchardt-Garlitzburg:** Ihrem Wortlaut nach bedeutet die Resolution Mollenbuhr allerdings keine Bindung, aber in seinem Referat hat er sich ausdrücklich auf unsere Programmforderung, Uebernahme der Versicherung auf das Reich, berufen. Das bedeutet doch eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung. Allerdings ist das eine unserer programmatrischen Forderungen, aber ein anderer Satz unseres Programms lautet, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Eine Arbeitslosenversicherung unter Umgehung der Gewerkschaften ist ganz unmöglich. Mollenbuhr glaubt, daß das Reich die Arbeitslosenversicherung in der Absicht vorgenommen hat, der Frage der Vers- (Fortsetzung in der 2. Beilage.)

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

ficherung näher zu treten, aber daraus, daß das Reich 1800 die Verbindung einer Arbeitslosenversicherung mit der allgemeinen Volksversicherung abgelehnt hat, kann man im Gegenteil schließen, daß die maßgebenden Behörden des Reiches nicht geneigt sind, dieser Frage näher zu treten. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung kann sehr wohl alle Arbeiter umfassen, man muß nur mit dem Koalitionsrecht anfangen. Ich kann Ihnen also den Zusatz Ein nur empfehlen. Was meinen Artikel in der Neuen Zeit betrifft, so habe ich da der Vermutung Raum gegeben, gedrängt durch die geltenden Verhältnisse die Behörden der Frage der Arbeitslosenversicherung näher treten zu müssen; und zwar erwarte ich den Anstoß dazu nicht vom Reich, sondern von den Kommunen, schon weil ihr Armenetat dadurch wesentlich entlastet wird. Als etwas ganz Selbstverständliches habe ich es hingestellt, daß die Kommunen allerdings diese Unterstützung nicht den politischen Organisationen geben können, sondern nur den rein gewerkschaftlichen. Eine Organisation aber, die ihre Mitglieder auf ein bestimmtes Glaubensbekenntnis verpflichtet, ist keine rein gewerkschaftliche und muß ausgeschlossen bleiben.

Frau Jieh-Hamburg: Heute morgen hat Mollenbuhr betont, er halte es nicht für richtig, wenn der Anregung der Frauenkonferenz bezüglich einer allgemeinen Mutterschaftsversicherung Folge gegeben werde. Die Konferenz hat einer solchen Anregung aber ebenfalls keine Folge gegeben, sondern ihre Ansichten in einer Resolution niedergelegt, die sich mit dem Bede, was Mollenbuhr heute hier vorgetragen hat. Auf der Konferenz wurde allgemein anerkannt, daß die Erreichung dieses Zieles wünschenswert sei, daß es sich um die Verwirklichung des Gedankens der menschlichen Solidarität in seiner weitesten Form handelt. Aber in der heutigen Gesellschaft, die den Dienst, den ihnen die Frauen durch die Mutterschaft leisten, nicht zu würdigen versteht, ist an die Einführung der allgemeinen Mutterschaftsversicherung natürlich nicht zu denken.

Wir beantragen nun, als Punkt 6 in die Resolution einzuschalten: Verbot der Beschäftigung von Schwangeren und Wöchnerinnen vier Wochen vor und sechs resp. acht Wochen nach der Entbindung, sowie Zulassung eines Krankengeldes für sie in dieser Zeit in der Höhe des ordentlichen Tagelohnes. Damit wäre dem Ausdruck gegeben, was wir von der Krankenversicherung vorzuschlagen fordern. Wir müssen das jetzt festlegen, weil eine Revision des Krankenversicherungsgesetzes in Aussicht steht, und wir haben nicht mehr verlangt, als was uns nicht jetzt schon bewilligt werden kann. Während der Bourgeoisfrau während ihrer Schwangerschaft jedes Stäubchen aus dem Wege geräumt wird, muß die Arbeiterin, durch die Not gezwungen, bis zum letzten Augenblick arbeiten. Gleich nach der Entbindung müssen die Arbeiterinnen wieder zur Arbeit gehen, und wenn sie dabei auch ihre Gesundheit zu Grunde richten. Für die Arbeiterin bleibt es nur ein Entweder — Oder. Wir hatten es für eine Pflicht der Gesellschaft, die die Arbeiterin so rücksichtslos ausnützt, daß sie ihr wenigstens so viel leisten, wie sie zu ihrer nächsten physischen Existenz braucht. Da die Arbeiterin in den Krankenkassen, wenigstens in den Fabrikkassen, keine Vertretung ihrer Interessen hat, so muß bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes hingewirkt werden, daß in dieser Richtung eine Veränderung eintritt. Wir verlangen, daß die Arbeiterin in der nächsten Zeit nach der Entbindung, wo sie so sehr der Schonung bedarf, nicht sofort wieder zur Arbeit hinaus muß und dadurch ihre Gesundheit ruiniert. Dadurch wird auch eine außerordentliche Entlastung der Krankenkassen eintreten, da viele nachträgliche Erkrankungen vermieden werden. Wir verlangen, daß die Gesundheit der proletarischen Mutter und des proletarischen Kindes geschützt werde. (Beifall.)

Zur Geschäftsordnung erklärt Mollenbuhr: Ich glaube zur Abklärung der Debatte beizutragen, wenn ich erkläre, daß meine Resolution nur die Einführung der Arbeitslosenversicherung verlangt, aber die Frage über die Form offen läßt. Mit Ausführungen, die ich außerhalb des Parteitags gemacht habe, hat die Resolution nichts zu tun. Ein und Eizerocht gehen infolge dieser Erklärung ihre Anträge zurück.

Bömelburg-Hamburg: Im Punkt 6 seiner Resolution verlangt Mollenbuhr den weiteren Ausbau der Unfallversicherungsordnungen. Das brauchen wir nicht zu fordern, die Berufsvereinigungen, die heutigen Träger der Unfallversicherung, arbeiten schon seit Jahren an einer Verbesserung der Vorschriften, und tatsächlich haben sie mit der Zeit schon eine wesentliche Verbesserung erfahren. Es kommt nicht darauf an, ob wir gute Vorschriften haben, sondern im wesentlichen darauf, ob diese Vorschriften befolgt werden. Würden die heute schon bestehenden Vorschriften befolgt, so würde die Zahl der schweren Unfälle weit kleiner sein. Die Vorschriften werden von den Unternehmern aber nur dann befolgt werden, wenn durch die Befolgung Einrichtungen geschaffen sind, die uns ihre Durchführung garantieren. Wir haben heute Fabrikspektoren, wir haben für das Baugewerbe in einer ganzen Anzahl von Orten Polizeivorkontrollen, aber alles steht nur auf dem Papier. Das einzige Mittel, das in Wirklichkeit die Verhütung von Unfällen garantiert, besteht darin, daß es durch die Befolgung der Arbeiterermöglichst wird, sich selbst an der Kontrolle zu beteiligen. (Sehr richtig.) Würden die Arbeiter an der Kontrolle der Fabriken beteiligt sein, so wäre es nicht möglich, daß die Inspektoren sich vorher anmelden, damit alles hübsch in Ordnung ist, während nachher diese Vorkehrungen befolgt werden, weil sie beim Betriebe hinderlich sind. Insbesondere ist die Einführung von Arbeiterkontrollen im Baugewerbe nötig. Wir müssen vor allem fordern, daß den Arbeitern die Möglichkeit gegeben ist, die Innehaltung der Vorschriften zu kontrollieren. Das ist für mich der springende Punkt, solange das nicht geschieht, ist eine Besserung völlig ausgeschlossen. Ich erinnere daran, daß man gerade in Bayern mit den Arbeiterkontrollen die besten Erfolge erzielt hat. (Hört, hört!) Ich schlage Ihnen deshalb folgende Fassung des Punktes 6 der Resolution Mollenbuhr vor: „6. weiterer Ausbau der Unfallversicherung, insbesondere zu diesem Zweck, Einführung einer Kontrolle durch seitens der versicherten Arbeiter gewählte und aus Reichsmitteln besoldete Beamte; Verbesserung der Maßnahmen zur Verhütung von Berufskrankheiten; voller Schadenersatz der Verletzten und deren Hinterbliebenen.“ Ich bitte Sie, dieser Forderung zuzustimmen; Sie schließen sich damit den Forderungen an, die der Bauarbeiterkongress schon vor vier Jahren erhoben hat. Das Unternehmen ärgert sich über nichts mehr, wie darüber, daß wir die Hinzulegung von Arbeiterkontrollen fordern, weil es weiß, daß dann die bisherige Schlampererei ein Ende hat. (Beifall.)

Windhoff-Düsseldorf begründet seinen Antrag 100. Wir haben ein großes Interesse daran, daß die vorliegenden Ausführungen Mollenbuhrs der ganzen deutschen Arbeiterchaft bekannt werden. Die Broschüre muß so billig sein, daß die Gewerkschaften sie in großen Massen erwerben und verbreiten können.

Stübbe-Hamburg: Ich hätte nicht erwartet, daß die freien Hilfskassen bei diesem Punkte der Tagesordnung so herausgerissen werden würden, wie es hier geschehen ist. Es ist aber nicht zuweisen worden, daß die freien Hilfskassen mehr leisten als die Zwangs-kassen. Den Arbeitern ist in den freien Hilfskassen eine ganze Reihe von Rechten genommen. Wir haben keine Ursache, uns besonders für die freien Hilfskassen ins Zeug zu legen. Mehrere Meinungen nach wäre es das Beste, wenn die freien Hilfskassen mit den Gewerkschaften vereinigt würden. Betreffs der Arbeitslosenversicherung bin ich der Meinung, daß wir uns mit den Beschläffen der Gewerkschaftskonferenz nicht ohne weiteres einverstanden erklären können. Diese Frage ist noch nicht genügend geklärt. Man hätte Punkt 7 der Resolution streichen und die ganze Frage einem späteren Parteitags vorbehalten sollen. Ich kann mich nicht mit dem Ge-

banken befremden, daß das Reich nur für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Zuschüsse zahlen soll. Man sollte die Frage vorläufig verlagern. Ich glaube auch nicht, daß eine Arbeitslosenversicherung eine Verwirrung bei den Gewerkschaften hervorzurufen könnte. Beide Arten von Arbeitslosenversicherung könnten nebeneinander bestehen; neben der Reichsversicherung könnten die Hilfskassen der Gewerkschaften bestehen. Ich möchte Mollenbuhr anheimgeben, Punkt 7 zurückzugeben und die Frage einem späteren Parteitags vorzubehalten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, von Helme befürwortet, von Dr. Kötze-Ludensgade bekämpft mit dem Hinweis darauf, daß das Bisherige Amendement in seinem vorliegenden Wortlaut nicht angenommen werden könne, wird angenommen.

Das Schlußwort erhält Mollenbuhr: Ich habe mir sehr wenige Einwendungen zu machen, nachdem der Hauptdifferenzpunkt ausgeschieden ist. Ich gebe doch darin recht, daß es passend ist, anstatt „Krankenversicherung“ in Punkt 5 zu sagen „durch die Arbeiterversicherung“. Wenn man die Vereinheitlichung der Versicherung hat, wird man ja allerdings nicht mehr verschiedene Zweige der Versicherung zu unterscheiden haben. Aber die Krankenversicherung muß das selbe Recht haben wie die Unfallversicherung. Ich wollte ferner hervorheben, daß die Krankenversicherung sich viel besser dazu eignet als die Unfallversicherung. Ob man besser sagt: die Beiträge müssen durch eine progressive Einkommensteuer aufgebracht werden, oder: „Heranziehung aller Klassen zur Tragung der Kosten“, ist meiner Meinung nach noch vollständig unentschieden. Gewiß müssen in irgend einer Form alle Klassen herangezogen werden. Die progressive Einkommensteuer ist ja die vollständigste Steuererhebung, die wir bisher kennen. Will aber doch auch so weit gehen, die Versicherung auf die gesamte Bevölkerung auszuweihen, so daß also auch der Millionär ein Recht auf Krankenversicherung hätte? Was die Einwendungen Grünwalds anlangt, denen von Stübbe widersprochen worden ist, so stehe ich mehr auf dem Standpunkt Grünwalds. Ich erkenne an, daß, wenn die vollständige Vereinheitlichung der Krankenversicherung durchgeführt ist, in diesem Fall auch die eingeschriebenen Hilfskassen von der Bildfläche verschwinden werden. Die Betriebskassen, die Vorkassen führen sehr oft zu erheblichen Schädigungen der Arbeiter, weil sie häufig ein Hindernis sind, daß ein gesundheitlich nicht recht fester Arbeiter Arbeit findet. Die Jungmänner sind hauptsächlich nur aufrecht erhalten worden, um die Jungmänner zu stützen. Die Gemeindefassen sind nicht allein überflüssig, sondern haben an allerersten von der Bildfläche zu verschwinden. Aus diesem Grunde muß die Vereinheitlichung der Versicherung durchgeführt werden. Nun sind die Regierungen geneigt, die Gemeindefassen und die freien Hilfskassen zu beseitigen. Solange die Betriebskassen bestehen, sind aber die freien Hilfskassen eine Notwendigkeit. Sie können schließlich mit als Handelsobjekt benutzt werden, um dann in denselben Satz wie die freien Hilfskassen auch die Betriebs-, Bau- und Jungmänner einzufassen.

Auf die verschiedenen Ausführungen v. Elms brauche ich nicht einzugehen, weil ja die Anträge, zu deren Begründung er gesprochen hat, nicht mehr vorliegen. Was die Anregung v. Elms betrifft, so habe ich mich nach flüchtiger Lesung seines Amendements allerdings damit einverstanden erklärt. Seine Forderung ist aber doch nicht lediglich reaktionell, sondern auch fortschrittlicher Natur. Es giebt doch zahlreiche Fälle, wo eine Schadenersatzpflicht des Unternehmers gar nicht in Betracht kommt, wo eine Unfallrente gar nicht gewährt wird. So haben die Wessendener z. B. nur durch einen Anspruch auf Rente, wenn der beim Unfall Verstorbenen die Witwenrenten ganz oder teilweise ernährt hat. Es ist also doch besser, zum Ausdruck zu bringen, daß ein Schadenersatz nicht geleistet wird, sondern daß lediglich durch die Versicherungsbeiträge eine Ablösung des Schadenersatzes statt findet. Was den Antrag v. Elms anlangt, so gebe ich zwar zu, daß die Organisation des Arbeitsmarktes in einem recht engen Zusammenhang mit der Arbeiterversicherung steht, aber sie bildet doch nicht eigentlich einen organischen Teil derselben. Die Organisation des Arbeitsmarktes könnte auch in einem anderen Gehege untergebracht werden. Allerdings kann die Organisation des Arbeitsmarktes ein Teil der Arbeitslosenversicherung sein. Aber ich weiß doch nicht, ob es gerade passend ist, sie in dieser Resolution mit unterzubringen. Dem Genossen Bömelburg stimme ich darin zu, daß wir statt Unfallversicherungsordnungen Unfallverhütung und entsprechend auch Krankheitsverhütung sagen können. Dagegen habe ich Bedenken, ob es praktisch ist, wie er vorschlägt, hier auf nähere Einzelheiten einzugehen. Die Beteiligung der Arbeiter an der Ueberwachung der Betriebe haben wir wiederholt bei verschiedenen Gelegenheiten gefordert. Für den Ausbau der Unfallverhütung aber kommen noch andere Einzelheiten in Betracht, die Bömelburg nicht erwähnt. Wenn wir nun nur einzelne Forderungen namhaft machen, kann es den Anschein erwecken, als ob wir andere ebenso wichtige nicht erheben. Der Antrag der Frau Jieh gehört nach meiner Meinung weniger in das Versicherungsgebiet als in die Gewerbeordnung. Gegenwärtig haben wir ja in der Gewerbeordnung ähnliche Bestimmungen. Das Verbot für Schwindelthäter, in gewissen Betrieben zu arbeiten, steht nicht im Krankenversicherungsgesetz, sondern in der Gewerbeordnung. Ob die Forderungen im Amendement der Frau Jieh praktisch durchführbar sind, erscheint mir zweifelhaft. Ein bestimmter Zeitraum vor dem Eintritt der Entbindung läßt sich schwer festsetzen. Dagegen sollten wir bei der Reform der Krankenversicherung fordern, daß in dem Augenblick, wo die Schwangere infolge ihres Zustandes die Arbeit nicht mehr verrichten kann, sie Anspruch auf Unterstützung hat, unbeschadet, ob das nun 4, 6, oder 8 Wochen vor der Entbindung ist. Die einen sind noch unmittelbar vor der Entbindung arbeitsfähig, die anderen nicht. Es wäre vielleicht wünschenswert, daß über den materiellen Inhalt der einzelnen Anträge abgestimmt und dann versucht würde, das Resultat in die Resolution hineinzuarbeiten; eine Schlußabstimmung über diese veränderte Resolution müßte natürlich noch erfolgen. (Beifall.)

Rudolph-Münster schlägt vor, nach der materiellen Abstimmung über die einzelnen Anträge eine Redaktionskommission zu wählen.

Dieser Antrag wird angenommen. In der Abstimmung wird das Amendement Bernstein abgelehnt und der 1. Absatz der Resolution Mollenbuhr unverändert angenommen. Die Ziffern 1, 2 und 3 der in der Resolution erhobenen Forderungen sind nicht bestritten und werden angenommen. Zu Ziffer 4 wird der Antrag v. Elms abgelehnt und Ziffer 4 unverändert angenommen. Dagegen wird in Nummer 5 auf Antrag v. Elms das Wort: Krankenversicherung durch: Arbeiterversicherung ersetzt. Zu Nr. 6 wird der Antrag Bömelburg angenommen, ebenso das Amendement Jieh Nr. 115, das dahin geändert ist, daß hinter dem Wort „vor“ eingefügt ist „der wahrscheinlichen Entbindung“. Der so veränderte Punkt 6 wird genehmigt. Als Punkt 7 wird durch Annahme des Antrages v. Elms eingefügt: „Organisation des Arbeitsmarktes“, Punkt 7 der Resolution Mollenbuhr wird als Punkt 8 angenommen, ebenso Punkt 8 als Punkt 9. Angenommen wird schließlich der Antrag v. Elms mit einem Amendement Singer, wonach die ganzen Verhandlungen in Form einer Agitationsbroschüre erscheinen sollen. Singer hatte begründend darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften, die bei dem Massenabstich der Agitationsbroschüre in Frage kommen, ein bedeutendes Interesse daran haben, zu erfahren, was ihre Vertreter gesagt haben.

In die Redaktionskommission werden auf Antrag Hoffmanns-

Berlin gewählt: Segis, Bömelburg, Mollenbuhr, Dr. Kötze und Frau Jieh. Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Als nächster Punkt wird der internationale Arbeiterkongress 1903 vorweg genommen.

Verleitetfaller Singer: Die deutsche Partei hat ihre internationale Solidarität so oft bewiesen, daß ich mir nicht denken kann, daß irgend ein Zweifel darüber besteht, ob wir den nächsten internationalen Kongress beschicken sollen. Unsere Stellung ist festgelegt in den Sähen unseres Programms: „Die Interessen der Arbeiterklassen sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktion gleichartig. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Wert, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis führt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich ein mit den Klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.“ Dieser Satz unseres Programms beweist von vorn herein, daß wir den internationalen Kongressen die größte Aufmerksamkeit zu schenken haben, weil auf denselben sowohl Fragen für das internationale Proletariat als auch für das Proletariat der einzelnen Länder beraten werden. Entsprechend ihrer programmatischen Aufgabe hat die deutsche Sozialdemokratie bisher alle internationalen Kongresse besucht. Der vorige Kongress in Paris hat beschlossen, den nächsten Kongress im Jahre 1903 in Amsterdam abzuhalten. In Paris ist eine neue Einrichtung für die Arbeiter aller Länder geschaffen, das Internationale Bureau, und ohne dem von dem Sekretariat zu erstattenden Bericht vorzutreten, kann ich doch heute schon konstatieren, daß diese Gründung keine vergebliche gewesen ist. Es hat außerordentlich fleißig gearbeitet, es haben Konferenzen stattgefunden, auf denen eine Reihe von Fragen für den nächsten Kongress vorbereitet sind. In diesem Jahre wird noch eine Konferenz zur Vorbereitung des nächsten internationalen Kongresses stattfinden, so daß die Arbeiter aller Länder Kenntnis bekommen von den Vorschlägen, die ihnen das Internationale Bureau als Verhandlungsgegenstände empfiehlt. Das schließt selbstverständlich nicht aus, daß die Arbeiter der einzelnen Länder ihrerseits Vorschläge für die Tagesordnung machen können. Ich glaube, damit die Notwendigkeit und Mäßigkeit der internationalen Kongresse nachgewiesen zu haben. Ich würde es als Zeichen der Schwäche ansehen, wenn man es in diesem Saale für notwendig erachtete, über die Beschickung noch lange zu debattieren. Die wirtschaftliche und politische Weltlage erfordert mehr denn je ein festes Zusammenstehen der Arbeiter aller Länder, den politischen Bündnissen, welche die Regierungen, die die Interessen der Bourgeoisie wahrzunehmen haben, schließen und die hinauslaufen auf militärische, marineische erobersüchtige Pläne, Bestrebungen, welche die Regierungen als Vertreter der Bourgeoisie gegen die Vertreter der Arbeiterklasse planen — ich brauche bloß an die Verfolgung unserer russischen Brüder zu erinnern, Verfolgungen, bei denen die preussische Regierung sich dazu hergibt, Opfer des Parismus an die russische Regierung auszuliefern — ich sage, die politische Weltlage erfordert mehr denn je, daß so, wie die Bourgeoisie sich zusammensind in ihren Regierungen, möchten Arbeiter sich zusammensind auf internationalen Kongressen, um den Bündnissen der herrschenden Klasse das eine große Bündnis der Arbeiter aller Länder entgegenzusetzen. Diesen Gedanken zu pflegen, die praktischen Konsequenzen zu ziehen, die sich aus diesem Bündnis ergeben, ist die Aufgabe der internationalen Kongresse. Sind auch vielleicht nicht alle befriedigt von den Erfolgen der bisherigen Kongresse, so soll und darf uns das nicht abhalten, wie bisher so auch in Zukunft zu zeigen, daß die deutsche Sozialdemokratie bereit und gewillt ist, alles zu thun, um das internationale Proletariat zu einheitlicher, einigart Arbeit aufzufordern und es zu unterstützen. (Beifall.) Immer besser werden sich die internationalen Kongresse auswirken, immer mehr werden auch die praktischen Forderungen dort zur Geltung kommen. Deshalb sollten wir im nächsten Jahre so zahlreich wie möglich nach Amsterdam gehen, um dort im Verein mit den Arbeitern aller Länder aus neue unsere Ansichten zu klären und dafür zu sorgen, daß auch von dort aus der Ruf in alle Welt dringe, daß die Sozialdemokratie, so wie sie national einig ist, auch international einig ist zur Befreiung des Proletariats, zur Befreiung der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.) Ich empfehle Ihnen daher die Annahme der Resolution: „Der Parteitag fordert die deutschen Genossen auf, bei im Jahre 1903 zu Amsterdam stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongress zur Bekundung des internationalen Solidaritätsgefühls möglichst zahlreich zu beschicken.“ Durch einstimmige Annahme dieser Resolution werden Sie aufs neue vor aller Welt und vor unsern Brüdern im Auslande bekunden, daß da, wo es gilt, zum Kampfe für das Proletariat die deutsche Sozialdemokratie immer ihren Mann stellt. (Lebhafter Beifall, Handklopfen.)

Die Debatte gelangt die Resolution Singer einstimmig zur Annahme.

Wolmar schlägt vor, nunmehr in die Beratung des Punktes Kommunalpolitik in Verbindung mit den Anträgen 88, 86, 88 und der Resolution 110 (siehe Anlage) zu treten.

Zur Geschäftsordnung beantragt Helme-Berlin die Vertagung dieses Punktes bis morgen, da das Referat zu wichtig sei, um jetzt noch angehört zu werden.

Singer: Ich weiß nicht, ob Helme den gefälligen Zustand der Versammlung richtig taxiert. (Heiterkeit.) Ich habe die Empfehlung, daß der Parteitag noch recht gut in der Lage ist, das Referat zu hören. Wenn die Genossen sich dann bis morgen an der Hand des Referats und der Resolution Klarheit zu verschaffen suchen, so wird das wesentlich zur Förderung unserer Verhandlungen beitragen. Ich bitte Helme, seinen Widerspruch zurückzugeben. Da Helme den Widerspruch aufrecht erhält, muß über seinen Vorschlag abgestimmt werden. Derselbe wird abgelehnt, und das Wort erhält der Referent zum Punkte Kommunalpolitik: Dr. Lindemann-Stuttgart. Seine Ausführungen bringen wir morgen.

Begrüßungstelegramme sind eingelangt von Deutschen sozial. Leseklub in Paris und vom Verband der Hafenarbeiter, Mitgliedschaft Schauerleute, Altona.

Soziale Rundschau.

Stendassistent. Nach dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin stieg die Benutzung des städtischen Obdach in der Zeit des großen wirtschaftlichen Aufschwungs 1895—1899 wie folgt:

Table with 2 columns: Jahr, Personen. Rows: 1895 (294 072), 1896 (292 714), 1897 (808 504), 1898 (819 980), 1899 (851 778).

Die tägliche Belegungszahl des Obdach betrug 1899/1900 1018 Personen gegen 839 im Vorjahre.

Noch trasser für die Zunahme des Massenelends sprechen die entsprechenden Zahlen des Asylvereins für Obdachlose. Dessen Anstalt weist folgende Besuchsziffer auf:

Table with 3 columns: Jahr, Frauen, Männer. Rows: 1895 (12 015, 118 078), 1896 (10 143, 109 578), 1897 (23 154, 247 446), 1898 (86 007, 292 555), 1899 (87 084, 287 027).

Danach hat sich also die Benutzung dieses Asyls in den fünf Jahren höchster wirtschaftlicher Prosperität bei den Frauen verdoppelt, bei den Männern verdoppelt.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 19. September.

Der beim Schönfelder Gerüstesturz mit verunglückte Maurer Kanert ist gestern als geheilt aus dem Krankenhaus entlassen worden. Es befinden sich nun noch zehn Verunglückte in der Pflege des Krankenhauses. Einer von ihnen befindet sich noch immer im kritischen Stadium, während man die übrigen am Leben zu erhalten hofft.

In dem Majestätsbeleidigungsprozess gegen den General-Anzeiger-Redakteur A. Plehner ist neuer Verhandlungstermin auf den 7. Oktober vor der dritten Strafkammer anberaumt worden.

Rom Dreschkegel-Grafen. Die vor einigen Tagen von Berliner Blättern gebrauchte Nachricht, daß Graf Biedler seine gegen das Urteil im bekannten Duellprozess eingelegte Revision beim Reichsgericht zurückgezogen habe, beruht, wie Graf Biedler dem Korrespondenzbureau Schaffer mitteilt, auf Erfindung.

Die hiesige Subdirektion der Sächsischen Central-Krankenkasse will sich nach berühmten Mustern in einer Weise gegen unsere Angriffe verteidigen, daß aus der „Verächtlichung“ eine Empfehlung der Kasse wird. Wir haben natürlich nicht die geringste Lust, zur Täuschung und Schädigung der Arbeiter beizutragen. Dem verehrlichen Subdirektor, Herrn Rich. Jungmann, und seinem Vertreter, Herrn Lang, wollen wir aber für heute wenigstens die freundliche Mitteilung machen, daß die Staatsanwaltschaft Gelegenheit erhalten hat, sich die Geschäftspraktiken der Sächsischen Central-Krankenkasse etwas näher anzusehen und daß weiter in den nächsten Tagen für die Mitglieder der Kasse eine öffentliche, Versammlung stattfinden wird, in der die Mitglieder in der Sächsischen Central-Krankenkasse einer gehörigen Erörterung unterzogen werden sollen. Auf der einen Seite handelt es sich dabei um die Frage, warum ein großer Teil der erkrankten Mitglieder kein Krankengeld erhält, welcher Thatsache dann die Verhältnisse und sonstigen Einkommen der Herren Kassendirektoren gegenüber gestellt werden sollen. Die Versammlung wird also für alle Beteiligten — auch für die Herren Beamten — des Interesses sehr viel bieten, weshalb wir auch schon heute auf sie aufmerksam machen. Die Versammlung wird voraussichtlich am nächsten Mittwochabend in der Flora stattfinden.

Der Leipziger Amtshauptmann hat die Gemeindegewerkschaften seines Bezirks wieder einmal zu einer Besprechung eingeladen, die Sonnabend den 27. September nachmittags im Schloß Mitterstein stattfand. Wie immer sollen wieder „allgemeine Bezirksangelegenheiten“ besprochen werden. Diese Zusammenkünfte sind bekanntlich eine Einrichtung des „neuen Kurzes“ in der Amtshauptmannschaft, von welcher letzterer manche Arbeitervereine ein Liedchen singen können.

Neber die Besetzung von Beamtenstellen bei den Kommunalbehörden mit Militärämtern hat das sächsische Ministerium eine neue Verordnung folgenden Wortlaut erlassen:

Nach § 4 der Grundzüge, betreffend die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunalbehörden etc. mit Militärämtern, bekannt gegeben durch Verordnung vom 30. Oktober 1890, sind die Stellen der Subalternbeamten im Bureau Dienste (Journal, Registratur, Expeditions-, Statistischer-Stabsdienst und dergl.) unter bestimmten Ausnahmen mindestens zur Hälfte mit Militärämtern zu besetzen.

Wenn nun in einer größeren Anzahl von Gemeinden bei Aufstellung der Verzeichnisse über die den Militärämtern vorbehaltene Stellen festgesetzt worden ist, daß die für die Militärämter zur Hälfte bestimmten Expeditions- und Statistischer Stellen nur im Wege des Aufstiegs aus Hilfsarbeiterstellen zu erreichen sind, so erscheint dies in Hinblick auf Wortlaut und Zweck des vorgedachten § 4 unzulässig. Es ist dies auch im Einklang der Verordnung vom 30. Oktober 1890 zum Ausdruck gebracht worden, indem dort gesagt ist, daß nicht nur — wie schon bisher — die Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden, sondern auch die entsprechenden Stellen bei den Kommunen nach Maßgabe der Grundzüge mit Militärämtern zu besetzen sind. Im Staatsdienst werden aber nach dem durch Verordnung vom 8. Oktober 1895 veröffentlichten Verzeichnisse die entsprechenden Expeditionsstellen unmittelbar zur Hälfte mit Militärämtern besetzt und werden nicht nur im Wege des Aufstiegs zugänglich gemacht. Zu einer

verschiedenartigen Behandlung der Expeditionsstellen beim Staat und bei den Gemeinden liegt keine Veranlassung vor.

Eine Bestimmung aber, daß diese Stellen nur im Wege des Aufstiegs aus Hilfsarbeiterstellen für Militärämter erreichbar sind, ist um so weniger zulässig, als sie in ihrer Wirkung diese Expeditionsstellen den Militärämtern tatsächlich unerschließbar macht. Es ist dies z. B. der Fall, wenn solche Hilfsarbeiterstellen, aus denen aufsteigen werden soll, überhaupt nicht vorhanden sind oder wenn diese Stellen, wie es sehr oft vorkommt, mit einem so geringfügigen Gehalt ausgestattet sind, daß die meist in vorgerücktem Alter stehenden und verheirateten Militärämter sich überhaupt nicht um sie bewerben können.

Die Aufsichtsbehörden der Gemeinden haben daher in Zukunft bei Genehmigung dieser Verzeichnisse darauf zu achten, daß gemäß § 4 der Grundzüge in Verbindung mit der Verordnung vom 30. Oktober 1890 die Expeditions- und Statistischer Stellen mindestens zur Hälfte unmittelbar durch Militärämter besetzt werden, auch sind die bisherigen Verzeichnisse, soweit nötig, dementsprechend abzuändern.

Die nur im Wege des Aufstiegs erreichbaren Subalternstellen im Staatsdienste, z. B. Assistenten, Sekretäre, Aktuar etc., können entsprechend auch bei den Gemeinden auf diese Weise den Militärämtern zugänglich gemacht werden.

Der Schreiberverein L.-Lindenau, Gröbenstraße, veranstaltet am Sonntag den 21. September eine Gartenbauausstellung, bestehend aus Blumen, Obst und Gemüse. Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich willkommen.

Schulwesen. Laut ministerieller Verordnung ist auf Ansuchen derjenigen Lehrer, die den diesjährigen Fortbildungsschulitag am 27. September in Bautzen besuchen wollen, dieser Tag frei zu geben. — Im Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts wird gegenwärtig die Frage erwogen, ob das Ende des Schuljahres von dem unregelmäßigen Ostertermin auf den 14. Juli, der Anfang des Schuljahres auf den 15. August verlegt werden könne.

Der famose Karl Schulze, der „zur Förderung und Hebung der Kultur in Afrika“ sich Kantonien in Höhe von 20 und 100 Mk. erschwindelte, ist dieser Tage vom Landgericht München zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. „Karl Schulze“ war in Wirklichkeit ein stellenloser 21jähriger Kaufmann Johann Moser aus Frankfurt a. M. Wie inkalt sein Schwindel war, zeigt der Umstand, daß, während er schon in Untersuchungshaft saß, noch über 500 Briefe, zahlreiche Postanweisungen im Gesamtbetrage von 1684.61 Mk. und sieben Einschreibebriefe, die die geforderten Kantonien enthielten, an die Adresse des „Karl Schulze“ einliefen.

Neber das Eintreffen der Rekruten bei den Truppenstellen werden noch folgende nähere Bestimmungen bekannt gegeben: Es haben einzutreffen am 1. Oktober die Rekruten für die Bezirkskommandos und das Volksschulamt (Oekonomischer-Handwerker), sowie die Krankenwärter. Am 11. Oktober: Die Rekruten für die Kavallerie, reitende Artillerie und Train. Am 21. Oktober: Die Rekruten für die Eisenbahn- und Telegraphen-Truppen. Am 22. Oktober: Rekruten für das 105. Infanterie-Regiment in Straßburg, das Jägerbataillon-Regiment in Weh. Am 30. Oktober alle sonstigen Rekruten der Infanterie, Artillerie, Pioniere und Jäger.

Ein Sprung aus dem Fenster. Ein Mathematikprofessor sprang gestern nachmittags in Aufregung geratene Frauensperson aus dem Fenster einer im 1. Stock gelegenen Wohnung hindon auf die Straße. Der Sprung hatte keine ernstlichen Folgen.

Anfall. Heute früh wurde in der Keilstraße ein Kollisionsfall auf seinem im Gange befindlichen Wagen von Krämpfen befallen und abgeschleudert, wobei er sich eine Verletzung am Hinterkopf zuzog. Durch rechtzeitiges Eingreifen eines Arbeiters und eines Bureauangestellten wurde der Mann vor weiterem Schaden bewahrt.

Zusammenstoß. Ein Wagen der Elektrischen Straßenbahn der Schlachthoflinie karambolierte an der Ecke der Hardenbergstraße mit einem mit Langholz beladenen Gekhir. Zwei Fensterhebeln nebst Kreuz in der Mitte des Wagens wurde zertrümmert. Personen wurden nicht verletzt. — Gestern nachmittags fuhr an der Ecke der Pfaffenwörner- und Bülnerstraße ein Automobilwagen mit voller Kraft an eine Gaslaterne, so daß diese zerbrach. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert; der Fahrer konnte aber noch zum Glück herausspringen.

Durch Spielen mit Rindhäutchen hat gestern nachmittags ein 6-jähriges Kind in einer Wohnung der Müllauer Straße

einen Gardinenbrand veranlaßt. Die Mutter des Kindes vermochte das Feuer sofort zu unterdrücken. — Am dieselbe Zeit septe das 4-jährige Schindchen eines Schankwirts in der Großen Fleischergasse sein Bett in Brand. Es waren dort dem Kinde ebenfalls Rindhäutchen zugänglich gewesen, mit denen es gespielt hat. Zum Glück hat das Dienstmädchen die Gefahr rechtzeitig bemerkt und das Feuer erlosch. Die alarmierte Feuerwehr kam nicht in Thätigkeit.

Wegen gewerbmäßigen Glückspiels erfolgte die Festnahme eines 26 Jahre alten, schon mehrmals bestraften Handlungsgehilfen aus Franckenstein. Dieser Mensch hat gemeinschaftlich mit einem bereits in Haft befindlichen 23-jährigen Maler aus Bernsdorf vor kurzem einem hier zugereisten Klempner in einem Lokale der inneren Stadt durch Glücksspiel die ganze Barschaft abgenommen.

Keine Polizeinacht. Ein Zusammenstoß erfolgte gestern nachmittags am Augustusplatz zwischen einem Motorwagen und einem Transportdreibrade, der zum Glück ohne Schaden abging. — Am Johannisplatz fuhr ein zweifacher Gegenverkehr. Beide kamen zum Stillstand, erlitten aber keine Verletzungen. Dagegen sind ihre Fahrer arg beschädigt worden.

Gestohlen wurde gestern nachmittags aus dem Hofe eines Grundstücks der Sternwartenstraße ein Pneumatikrohr mit schwarzlackiertem Gestell und weißgelben Felgen.

Aus einer Wohnung in der Kramerstraße ist in der Zeit vom 16. zum 17. d. Mts. ein goldener Damen-Brillantenring, schmaler Ring mit sechs kleinen und zwei großen Brillanten im Werte von 300 Mk., abhanden gekommen.

Durch Betrug erlangte im südlichen Schlachthof ein 31 Jahre alter Markthändler aus Hedau in Gemeinshaft mit einem 26 Jahre alten Fleischer aus Seibau zwei Schweine im Werte von 210 Mk., die die Betrüger sofort veräußerten. Beide sind in Haft genommen worden.

Marktrandi. Ein biederer Landmann, den der Fremde nach seiner äußeren Erscheinung für alles andere, nur nicht für einen stolze Agrarier hält, unternahm vor einigen Wochen eine Bierreise nach Dölzig. Der Herr, sonst die Liebenswürdigkeit selbst, fährt an jenem Tage recht bissige und kränkende Nebenbanten im Munde. Infolge grüblerischer Beleidigungen gegen Leipziger Herren und vor allem gegen den Wirt sehte man ihn nach kurzer Konversation auf die Luft. Da er sich in Preisfährlich auch noch gegen seinen Freund ruppig benahm, indem er an ihm seinen Spazierstock zerhäu, mußte er nun mit wohlwollierten Worten auf Schusters Rappen aus den unwirtlichen Gefilden wieder nach Marktrandi wandern, während sein Freund sich von seinem Traktierer heimfahren ließ. Trotz seines bedenklichen Zustandes lehrte er in Marktrandi noch einmal in der „Honoratiorenkneipe“, dem Rosenkranz, ein. Weil er sich auch hier wieder ungebührlich benahm, drehte man einfach das Gas in der Gasstube aus, verurteilte ihn anständig und ließ ihn in seiner Bezechtheit an der Kirchenmauer liegen, bis ihn der dienstthuende Schutzmann durch einen südlichen Kutscherbeihilfen zum Arzt, dann nach seiner Behandlung in O. fahren ließ. Wenn bisher einmal ein Arbeiter über den Straß heute, wurde er am eisernen Armband zum Ausschleusen seines Hauses nach einer Arrestzelle des Krankenhauses transportiert. Der auswärtige Agrarier hatte aber Glück; trotz Verübung rührenden Lärms schaffte man ihn in der zweiten Morgenstunde mittels Wagens nach seiner 1/2 Stunde von hier gelegenen Wohnung, damit er auf weichen Lager seinen Kapselkammer verschlafen konnte. Die Transportkosten von 4.50 Mk. und die Strafverfügung von 3 Mk. hat die Stöße der Gesellschaft an die Stadtasse abgeführt.

Gemeinde-Zeitung.

Leutisch. (Gemeinderatsitzung vom 18. September.) Das Schankegeld S. soll wie früher befristet weitergegeben werden und zwar mit der nächsten Begründung, daß seit 1890 keine neue Konzession erteilt und der Ort um etwa 5000 Einwohner zugenommen hat. Eine neuerliche Anfrage der Gemeinde Döhlig-Grenenberg, ob die hiesige Gemeinde noch im Prinzip mit dem Anschluß der Wasserleitung einverstanden sei, soll abschließend entschieden werden, weil in dem Schreiben eine nähere Angabe über die Wasserentnahme nicht gemacht ist. Die neue Friedhofsanleihe von 61 803 Mk. soll bei möglicher Amortisation bei einem geeigneten Anstalt nachgehakt werden. Wegen der Eigentumsrechte der politischen Gemeinde soll noch eine bessere Markierung von der höheren Behörde versucht werden. In Sachen des Thorevertrages ist die Amtshauptmannschaft den Beschlüssen des

Kleine Chronik.

Leipzig, 19. September.

Theaternachrichten. Neues Theater. Sonnabend, neu einstudiert: Maria Stuart. Sonntag: Der Bajazzo, hierauf: Der zerbrochene Krug, zum Schluß: Die Puppenst. — Altes Theater. Sonnabend: Unsere Don Juan. Sonntag nachmittags 1/3 Uhr: Vorstellung für den Leipziger Arbeiterverein: Der Erbsörster. (Ein Blätterverkauf für diese Vorstellung findet nicht statt.) Abends 7 Uhr Der Opernball, Operette in 3 Akten, Musik von Richard Demberger. Das Werk ist neu einstudiert unter Leitung des Herrn Regisseur Haas, der in der Rolle des Beauharnois auch darstellerisch darin thätig sein wird. In den anderen Rollen sind beschäftigt die Damen: Siegmund-Wolff (Marguerite), Linda (Hortense), Rührert (Henri), Aehling (Angèle), Wuse (Frau Beauharnois), Guth (Fedora) und die Herren: Stürmels (Georges), Sufill (Paul) und Greiner (Wahlkap). Die musikalische Direktion liegt in den Händen des Herrn Kapellmeisters Finkenstädt.

Hörsons Schauspiel: Eine Heuchlerin, ist vom Leipziger Stadttheater zur deutschen Aufführung erworben worden. Die Premiere findet am 8. Dezember statt. Die für diesen Termin festgesetzte Premiere von Hörsons Der König ist auf Wunsch des Dichters zurückgezogen worden.

Ks. Der Instinkt der Vienen. Früher war man mehr als heute geneigt, den Vienen, wie auch den Ameisen, fast menschliche Intelligenz zuzuschreiben, speziell von den Vienen nahm man an, daß sie die Erinnerung an Geschehenes festhalten können, daß sie sogar trigonometrische Berechnungen anstellen, um zwischen den einzelnen Meerpunkten genau die Stelle ihres Aufstiegens wieder zu finden. Dem gegenüber hatte Wethe alle Verhaltungsorgänge der gefällig lebenden Insekten auf einfache Reaktionen gegen bestimmte Reize zurückgeführt und ihnen die Fähigkeit, Erfahrungen zu machen, um ihr Verhalten danach zu richten, völlig abgeprochen. Daß die Vienen immer wieder nach der Stelle des Aufstieges zurückkehren, erklärte Wethe durch eine uns unbekannt von dieser Stelle ausgehende Kraft, die auf die Vienen wirkt. Die Aufstiegsstelle selbst, nicht das Nest, ist der Sitz dieser Kraft, denn die Vienen finden das Nest sehr lange nicht, wenn man es während ihrer Abwesenheit auch nur wenig verrückt. Den Aufstiegen Wethes treten Wasmann, Dittel-Reepen, wie auch

Jorel lebhaft entgegen, da sie die Vernünftigkeit der Vienen als wirklich vorhanden annehmen, indem sie sich besonders auf den folgenden Versuch von Romanes stützen: Ein Vienenkorb war in ein Haus in der Nähe der See gebracht worden; zwischen Haus und See lagen 200 Meter Wiese, an den anderen Seiten dehnten sich Blumenbeete aus. Nachdem die Vienen mehrere Tage Zeit gegeben war, sich zu orientieren, ließ man morgens nur eine bestimmte Anzahl aus dem Korb, fing sie an den Fenstern, zählte sie in ein Gefäß und ließ sie außerhalb frei. Wurden sie über den Blumenbeeten freigelassen, so waren sie regelmäßig in wenigen Minuten zu Hause, ließ man sie auf dem Meer oder auf der Wiese frei, so fand keine den Heimweg. Man schloß daraus, daß diese Vienen unbekannt geblieben, weil sie da keine Nahrung zu finden gehabt hätten. Im Biologischen Centralblatt bestreitet nun Wethe in ausführlicher Weise, daß die Vienen auf der Wiese nichts finden können; außerdem hätten sie, wenn sie sich mit den Augen zu orientieren vermüchten, bei der geringen Entfernung von der Wiese sicher heimfinden müssen. Wethe hat die Versuche unter ähnlichen Verhältnissen bei Neapel auch angestellt. Zunächst fanden sich auch von den Blumenbeeten nicht alle Vienen heim; dann aber hängt es auch von der Tageszeit ab, wohin sie fliegen; am Vormittag gehen alle Vienen heim, am Nachmittag kommen nur wenige nach Hause, die meisten kehren zum Orte des Aufstieges zurück, und in den Abendstunden freigelassene Vienen kehren sämtlich zum Aufstiegsort zurück und keine kehrt heim. Es muß aber noch ein besonderer Grund vorliegen, der die Vienen veranlaßt, die See und ihre Nähe zu meiden. Auf der See freigelassene Vienen kreisten zuerst nach dem Aufstiegen, setzten sich dann zum Teil ihrem Bestreben auf den Gut und gingen dann wieder in die Höhe und wurden nicht mehr gesehen. Wethe hält daher an der Ansicht fest, daß auch beim Heimfinden der Tiere es sich um eine reflexartige Reaktion auf bestimmte Reize handelt, eine uns unbekannt Kraft soll sie zum Stoch oder Aufstiegsort zurückführen. Diese Kraft stellt er sich als Reiz wirkend und durch das Nervensystem die Bewegungen beeinflussend vor. Nähere Gedanken über diese Kraft will er nicht aussprechen, weil sie, wie er sagt, zu viel Verwirrung erregen würden. Nur so viel sagt er, daß diese Kraft schwerlich vom Ort des Aufstieges allein ausgeht, sondern daß vielmehr vielerlei dafür spricht, daß sie von den Vienen selbst auf ihrem Wege zurück-

gelassen wird, ähnlich wie die chemische Spur der Ameisen auf dem Boden.

W. Leonardo da Vinci als Anatom. Leonardo da Vinci ist zweifellos eins der vielseitigsten Genies aller Zeitalter gewesen. Kunst, Wissenschaft und Technik bezeichnen ihn einstimmig als großen Meister ihres Fachs. Wie wüßten vielleicht seinen Geist zu nennen, der in seiner erfolgreichsten Betätigung auf vielen weitverchiedenen Gebieten eher mit Goethe zu vergleichen wäre als er. Nachdem schon während der letzten Jahre eingehende Veröffentlichungen über die stammswerte Ingenieurskunst und Erfindungskraft Leonards gegeben sind, lernen wir ihn nun noch von einer ganz anderen Seite kennen, die im interessantesten Zusammenhang mit seinen künstlerischen Arbeiten steht, nämlich als Anatom. Leonardo hat ein umfangreiches Werk „De l'Anatomia“ verfaßt, das jetzt von Professor Piumati mit Unterstützung von Professor Sabatini in Turin als ein stattlicher Band neu herausgegeben worden ist. Der Reindruck enthält auf 74 Tafeln im ganzen 103 anatomische Zeichnungen des Meisters in Pastell nach den Originalen in der Königlich Bibliothek zu Windsor. Leonardo selbst bezeichnet sie als einen Teil seiner Studien über die Knochen, Muskeln, Nerven, Venen, Arterien und Eingeweide des corpus humanum. Der Inhalt fordert in Hinblick auf die Entstehungszeit des Werkes die höchste Bewunderung heraus und läßt die Frage berechtigt erscheinen, ob nicht in dem großen Maler und Ingenieur gleichzeitig auch der stark wissenschaftliche Geist eines Davoin geheset habe. Jedenfalls zeigt er sich darin als ein Vorläufer auf den Bahnen, in denen später die moderne Wissenschaft ihre Siege errungen hat. Die Sprache ist, entsprechend der Abneigung Leonards gegen alle Lehrhafte, dogmatische in Religion und Schule, von einer erstaunlichen Kühnheit, Vorurteilslosigkeit und Ursprünglichkeit. Mit Sätzen, die eines Davoin würdig wären, verläßt er die „Einheit im Wesen“ bei den lebenden Tieren und beschreißt den Menschen und daneben „jene Tiere“, die fast eine ähnliche Art darstellen, wie den Baboon, den Affen und ihre vielen Verwandten. Um seine Ansicht zu veranschaulichen, zeichnet er den Arm eines Affen und den eines Menschen nebeneinander und macht auf die größere Stärke des ersteren aufmerksam. Ferner giebt er eine bewundernswürdige Beschreibung von der Zunge als dem Organ der Sprache und versucht nachzu-

Gemeinderats beigetreten, so daß nunmehr der Ausbau dieser Straße auf Kosten Thorens erfolgt. Der Entwurf zum baurechtlichen Ortsgebiet wird nach längerer Beratung mit einigen Änderungen an den Baubestimmungen zurückverwiesen. Als Maschinist für das Wasserwerk ist Herr J. Marschall von hier gewählt. In Stelle des ausgeschiedenen Schulvorstandsmitglieds Uebe wird Herr W. Zahn gewählt. Wegen der übigen Gerüche der Weiskäse im alten Ortsteil soll Abhilfe erfolgen.

### Gerichtssaal.

#### Randgericht.

Leipzig, 19. September.

Um der Raschsucht zu fröhnen, hat das noch nicht 18 Jahre alte, aus Selterhausen gebürtige Dienstmädchen Ida Klara Sch. ihrer Dienstherrin vom Sommer 1901 an, in verschiedenen Beträgen Geld in Höhe von zusammen 44.99 M., die sie zur Begleichung von Wäckerrechnungen erhalten hat, unterschlagen und in ihrem Nutzen verwendet. Die wöchentlichen Quittungen hat sie selbst geschrieben, und wenn der Wäcker einen Mahnzettel in den Semmelbeutel that, so nahm sie ihn an sich und vernichtete ihn. Dasselbe Mandver machte die Sch. mit dem Milchhändler, wo sie in 165 Fällen die Gesamtsumme von 33 M., und weiter Beträge für Fleisch in Höhe von 13.35 M., sowie in 11 Fällen 6.93 M. unterschlug, für welchen Betrag sie verschiedene Einkäufe zu machen beauftragt war. Als der Milchhändler in einem Brief an die Herrin ganz kategorisch Zahlung verlangte, schrieb ihm die Sch. ganz unverfroren, daß er doch vorläufig noch weiter borgen sollte. Um das Maß ihrer Schuld voll zu machen, stahl sie dann ihrer Dienstherrin noch 8 Paar Strümpfe im Werte von 15 M. Vor der 4. Strafkammer, wo sich die Sch. nun wegen Betrugs, Unterschlagung, schwerer Urkundenfälschung, Unterdrückung von Urkunden und Diebstahls zu verantworten hat, giebt sie an, für das Geld Schokolade und Wurst gekauft zu haben und gesteht im übrigen das ihr zur Last gelegte ohne weiteres zu. Mit Rücksicht auf ihre Jugend und bisherige Unbescholtenheit wurden ihr mildernde Umstände zugestanden und eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten aufgelegt.

### Aus der Partei.

Genosse Peus antwortet auf unsere neulichsten Bemerkungen über den Vortrag, den er in dem Verein deutscher Redakteure zu halten gedenkt, in der bei ihm üblichen Weise: mit laugen Ausfällen gegen die Genossin Luxemburg, die an unserer Kritik des Genossen Peus völlig unschuldig und übrigens auch nicht, wie er fabuliert, "Chefredactrice" unserer Zeitung ist. Inzwischen hat der Verein Arbeiterpresse, zu dessen Vorstande Genosse Peus nicht mehr gehört, ihn in seiner Generalversammlung am 14. September einstimmig ein Tadelvotum wegen seiner Anstrengung mit dem Verein deutscher Redakteure erteilt, womit die Sache für uns erledigt ist.

### Von Nah und Fern.

#### Ein neuer Kanal.

Bremen, 18. September. Die Bürgerschaft genehmigte das neue Kanalprojekt, welches eine neue schiffbare Verbindung der Ober- und Unterweser bezweckt und bewilligte als erste Rate 3650000 Mark zur Landenteignung.

#### Die Folgen der Krawalle.

Breslau, 18. September. Zu dem großen Krawall in Czestochau wird der Schlesischen Volkszeitung gemeldet, daß bis jetzt gegen 600 Verhaftungen vorgenommen wurden. Das Vermögen des Klosters habe der Gouverneur mit Beschlag belegt, um die Bestohlenen für ihre Verluste schadlos zu halten. Es waren vorläufig etwa 20 Geistliche festgenommen worden.

#### Ein ungetreuer Kassierer.

Wien, 18. September. Der Kassierer der Länderbank, Edmund Hellinet, hat sich von hier entfernt. Die vorgenommene Revision ergab große Unregelmäßigkeiten in der Chequedienung. Es ist bisher ein Fehlbetrag von ca. 2000000 Kronen festgestellt worden.

#### Eine Hungerrevolte.

Wien, 17. September. Eine Revolte brach heute unter den Sträflingen im Gefängnis zu Leuberg aus. In den Zellen und in der Werkstätte wurde die Einrichtung zertrümmert. Schlechte Kost soll die Veranlassung hierzu gewesen sein.

weisen, wie sie Vänderungen zeigt bei den verschiedenen Völkern je nach dem Idiom und dem Dialekt, wie die Vermischung von Völkern durch Einfälle und Eroberungskriege zur sprachlichen Entwicklung führt und wie auch Sprachen verfallen und sterben gleichwie die Völker und Menschen. Während in seiner Einfaht ist der Bericht, den Leonardo von dem Verfahren seiner Kunstigen und anderen Untersuchungen giebt. Er geht aus Lager eines Sterbenden, um zu beobachten, wie der "Lebensstunt" verläuft, und er erzählt uns, wie er an der Bettstatt eines alten Patriarchen im Hospital der Santa Maria Nuova zu Florenz stand und von Zeit zu Zeit Fragen an ihn stellte, um dessen Gefühle kennen zu lernen. "Währenddessen," sagt Leonardo, "indem sich der alte Mann auf das Bett setzte, ohne eine andere Bewegung und ohne ein anderes Ereignis, ging er aus dem Leben." Leonardo verlor seine Zeit, an dem Tode die Leichenschau vorzunehmen, um die Ursache eines "so frühen Todes" festzustellen, und glaubte sie zu finden im "Mangel an dem Blut, das das Herz unterhält". Diese Proben aus der Anatomie Leonardo da Vincis werden genügen, um auf die hohe geschichtliche und persönliche Bedeutung dieses Werks hinzuweisen, das ebenso großartig erscheint als Kennzeichen für den selbständigen Forschungsdrang des Meisters wie für die seltene Vermählung, die künstlerischen Empfinden und wissenschaftliches Nachdenken in diesem herrlichen Geiste miteinander eingegangen waren.

### Litterarisches.

Genosse Mich. Wipinski sendet uns in Sachen der Kritik seines Verlagswerkes: Der Mensch in der kommenden Gesellschaft, folgende Zuschrift aus München unterm 18. September mit der Bitte um Veröffentlichung:

"Zu der in der Mittwochnummer enthaltenen Besprechung über das Buch: Der Mensch in der kommenden Gesellschaft, bemerke ich, daß ich das Buch bis auf den Umschlag vom Verfasser fertig gedruckt mit der Bitte erhalten habe, den Vertrieb zu übernehmen. Ich habe der Bitte entsprochen, ohne mir die Ansicht des Verfassers zu eigen zu machen oder etwas an dem Werke ändern zu können."

Damit wird freilich immer noch nicht aufgeklärt, warum Genosse Wipinski ein berättiges Nachwerk durch seinen Verlagsnamen deckt und den Vertrieb der Broschüre in die Wege leitet. Und wie konnte Genosse Wipinski "ohne sich die Ansicht des Verfassers zu eigen zu machen" in seiner buchhändlerischen Anzeige der Broschüre sagen: "Bisher hat noch kein Buch die Frage nach der zukünftigen Gesellschaft und somit die soziale Frage o zur Bekämpfung der Verunsicherung gelöst wie das vorliegende Buch"?

Die Revolte begann ganz plötzlich und zwar von allen, mehr als 100 Sträflingen zu gleicher Zeit. Sie versuchten durch die eisernen Fenstergitter auszubrechen. Als eine zahlreiche Menge sich auf der Straße versammelte, schrien die Sträflinge, daß sie mißhandelt würden; Wache und Aufseher waren vollständig ohnmächtig, ja sogar die ersten Soldaten mußten flüchten und erst einem Aufgebot von drei Compagnien Infanterie, welche mit aufgeflogtem Bajonett einschritten, gelang es, die Sträflinge in die Zellen zurückzudrängen.

#### Ein Wechselfälcher.

London, 17. September. Wie der Berliner Lokalanzeiger meldet, wurde in England der seit dem Leipziger Bankcrach nach Verübung von Wechselfälschungen in Höhe von mehr als 250 000 Mark flüchtige Eisenbahnbauingenieur Hempel aus Chemnitz verhaftet. Die Festnahme erfolgte in einem Orte in der Nähe von Liverpool.

#### Ertrunken.

Karlshöfen (Schweden), 16. September. Vier Offiziere von dem hier ankernden dänischen Uebungsgehwader sind auf dem Rückweg von der Stadt nach dem Gechwader ertrunken. Der Unglücksfall trat sich nachts zu. Das Boot schlug mit den Insassen, 4 Offizieren und 2 Maschinenmeistern, um. Die Katastrophe erfolgte in der Nähe des Dampfers Veran, dessen wachhabender Offizier heraussprang und den einen Maschinisten rettete. Der zweite wurde von einem Torpedoboot gerettet. Die Offiziere waren verschwunden.

### Telegraphische Depeschen.

#### Sozialdemokratischer Parteitag.

Privat-Telegramm der Leipziger Volkszeitung.

B. München, 19. September. Volkmar eröffnet die heutige Sitzung.

Andemann setzt seinen Vortrag über Kommunalpolitik fort und erörtert zunächst die Frage: Städtebau und Wohnungswesen, bespricht sodann Bodenpolitik und Bauordnungen, bekämpft die Mietkasernen, die nicht billigere Wohnungen ergeben als kleine Häuser. In London kommen acht Personen auf das Haus und zahlen für Mietpreis ein Achtel ihres Einkommens; in Berlin kommen 40 Personen auf das Haus und der Mietpreis betrage ein Viertel des Einkommens. Ausführlich behandelt der Referent die Frage der Volksbildung. Nicht der Geldsack, nur die Begabung solle den Zugang zu höheren Schulen eröffnen. Die Gemeinde solle den begabten Armen den Zugang bis zur Universität ermöglichen. Bei Regelung des Submissionswesens sei die Durchführung einer sogenannten anständigen Lohnklausel notwendig. Mit aller Schärfe wird der Standpunkt vertreten, daß Gemeindevorsteher keine städtischen Lieferungen übernehmen dürfen. Der Referent schloß unter lebhaftem Beifall.

Aus der Fülle von Anträgen sei erwähnt ein Antrag Zeitlin auf Gewährung des Frauenstimmrechts zu den Gemeindevahlen und ein Antrag Hoffmann-Hamburg auf Befreiung des Submissionswesens und Uebergebung der Arbeiten in eigene Regie.

In der Diskussion sprechen Frohne, Hoffmann-Hamburg im Einverständnis mit dem Referenten.

Stolle bemängelt die Gegnerschaft des Referenten gegen die Verstaatlichung der Volksschule und fordert Uebernahme der Volksschule und Armenlasten durch den Staat.

Singer hält für richtig, daß der wichtige Zweig der Kommunalpolitik von der Gesamtpartei eine Direktive erhält. Das Referat sei im prinzipiellen Teil unanschlagbar; in einzelnen Forderungen seien aber sehr große Meinungsabstände vorhanden. Die Frage könne heute nicht zum Abschluß gebracht werden.

Singer beantragt zur Geschäftsordnung eine Resolution: In Erwägung, daß die Einzelberatung unthunlich erscheint, beschließt der Parteitag, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusehen. Der Parteivorstand soll beauftragt werden, das Referat, die Resolution und die Anträge, sowie das bereits in Kommunalprogrammen vorhandene Material zur Ausarbeitung von Forderungen für die sozialdemokratische Gemeindepolitik zu verwenden und einem der nächsten Parteitage zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Eine neue Vorlage soll so zeitig veröffentlicht werden, daß vor Beschluß des Parteitages eine ausreichende Diskussion innerhalb der Partei erfolgen kann. Der Antrag Singer wird einstimmig angenommen. Damit ist die Kommunalpolitik erledigt.

Webel hält sein Referat zu den Reichstagswahlen unter größter Aufmerksamkeit der Zuhörer.

### Briefkasten der Redaktion.

A. J., Anathain. Sie unterlassen jede Angabe darüber, ob Sie dritte oder vierte Klasse benutzen wollen, und ob es sich um einfache oder Rückfahrkarte handelt. Wie es mit den Fahrabern gehalten wird, wissen wir auch nicht. Für alle derartige Fragen befindet sich im Brühl 75/77 ein Auskunftsbureau, wo Sie jede gewünschte Auskunft erhalten können.

D. S. Das Bureau befindet sich im Coburger Hof, Windmühlenstraße.

### Zukunft in Rechtsfragen.

E. P. 60. Verlangen Sie von dem Herrn Subdirektor Jungmann, Gohlis, Neuhäuser Halleische Straße 9, I., Ihr Mitgliedsbuch. Das Geld dürfen Sie wohl schwerlich wieder bekommen.

D. R. 1. Es genügt die eigenhändige Niederschrift und Unterschrift des Erblassers unter Angabe des Ortes und Tages. Des selbstgeschriebene Testament wird auf Verlangen beim Amtsgericht in Verwahrung genommen. 2. Ja. 3. Ja; die Erbteilung bleibt aber immer noch Sache des Gerichts, wenn Minderjährige vorhanden sind.

G. A. 100. Wenden Sie sich an das Armenamt, das den Mann zur gehörigen Erfüllung seiner Unterhaltspflicht anhalten wird.

G. 39. 1. Gewiß, der Mann kann auch ohne Wissen seiner Frau ein Testament errichten. 2. Nur, wenn die vorgeschriebenen Formalitäten verletzt worden sind, oder insoweit Pflichtteilsansprüche verletzt sind. 3. Die Amtshauptmannschaft hat damit überhaupt nichts zu thun. Der Mann kann das Testament verwahren, wie er es für gut hält; er kann es auch beim Amtsgericht in Verwahrung geben. 4. Beim Ableben des Mannes ist das Testament sofort bei Gericht einzulegen.

### Theatervorstellungen.

#### Neues Theater.

Freitag den 19. September: 243. Abend-Vorstellung (3. Serie, weiß):

Oper in 5 Akten. Text nach Ohlström, für die deutsche Bühne bearbeitet von J. Schanz. Musik von Giuseppe Verdi. Regie: Oberregisseur Goldberg. — Direktion: Kapellmeister Forst. Der König . . . . . Hr. Friede

Ammeris, seine Tochter . . . . . Fr. Seugert  
 Ida, äthiopische Skavin . . . . . Fr. Ullrich  
 Radames, Anführer der Leibwachen . . . . . Hr. Kopp  
 Ramphis, Oberpriester . . . . . Hr. Schütz  
 Anonastro, König von Äthiopien und Vater Idas . . . . . Hr. Untucht  
 Eine Priesterin . . . . . Fr. Marlow  
 Ein Bote . . . . . Fr. Kießling

Gefangene Äthiopier . . . . . Fr. Rudolf, Kübler  
 Fr. Wengelsfeld  
 Fr. Untucht, Samel  
 Hr. Buchsch, Keller  
 Hr. Kunze, Bedier  
 Hr. Börner

Priester, Priesterinnen, Minister, Hauptleute, Soldaten, Skaven, Gefangene Äthiopier, Volk.  
 Die Handlung spielt in Theben und Memphis zur Zeit der Herrschaft der Pharaonen.  
 \* \* \* \* \* Ida — Fr. Jenny Korb von der L. L. Hofoper in Wien, als Gast.

Äthiopische Tänze und Gruppierungen arrangiert vom Hofballmeister J. Gollinell, ausgeführt von Fr. Fremler, Fr. Schäffer, und den Damen des Corps de Ballet.  
 Pause nach dem 2. Akt.

Einkauf 7/7 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 7/10 Uhr. Opern-Preise.  
 Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10—3 Uhr. Billet-Verkauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr. (Jedes Billet, welches vor Eröffnung der Tageskasse bestellt oder im Vorverkauf erworben wird, kostet 80 Pfg. Aufgeld.)  
 Spielplan: Sonnabend: Neu einstudiert: Maria Stuart, Anfang 7 Uhr.

### Altes Theater.

Freitag den 19. September:

#### Neu einstudiert:

#### Die berühmte Frau.

Aufspiel in 3 Akten von F. Schönbach und G. Kadelburg.  
 Regie: Regisseur Hünfelder.

Baron Römer-Saarstein . . . . . Hr. Demme  
 Agnes, seine Frau . . . . . Fr. Schipfang  
 Germa } deren Töchter . . . . . Fr. Jürberg  
 Paula Hartwig . . . . . Fr. Dalborf  
 Ottilie Friedland, ihre Nichte . . . . . Fr. de Batsky  
 Graf Bela Palmay . . . . . Hr. Hünfelder  
 Ulrich von Traunstein . . . . . Hr. Schütz  
 Professor Georg Plegler . . . . . Hr. Sternberg  
 Fräulein Seemann } im Hause des Baron Römer  
 Anton } Fr. Ranschmann  
 Betty, Stubenmädchen bei Ottilie } Fr. Schmebde  
 Fr. Graf

Zeit: Die Gegenwart. — Ort der Handlung: Berlin.  
 \* \* \* \* \* Germa — Fr. Ida Wäh, als Gast.  
 Pause nach dem 2. Akt.

Einkauf 7/7 Uhr. Anfang 7/8 Uhr. Ende 10 Uhr. Gew. Preise.  
 Billet-Verkauf an der Tageskasse von 10—3 Uhr. Billet-Verkauf für den nächsten Tag von 1—3 Uhr an der Tageskassa (mit Aufgeld von 80 Pfg. pro Billet).  
 Spielplan: Sonnabend: Unserer Don Juans. Anfang 7/8 Uhr.

### Leipziger Schauspielhaus.

Dir.: Anton Hartmann. Sophienstr. 19.

Nachdruck verboten. Nachdruck verboten.

Freitag den 19. September:

#### 2. Freitag-Abonnement.

Novität: Historisches Lustspiel in 4 Akten von Heinrich Stobber.

In Scene gesetzt von Fr. Oberregisseur Eggeling.  
 Ludwig XIV., König von Frankreich . . . . . Ernst Bornstedt  
 Philipp, Herzog von Orleans, dessen Bruder . . . . . Lothar Mehnert  
 Elisabeth Charlotte, des letzteren Gemahlin . . . . . Margarete Frey  
 Marquise von Montespan . . . . . Martha Fernoff  
 Madame Scarron, spätere Marquise von Maintenon . . . . . Agnes Wenthaus

Lenor von Rathshausen, Elisabeth Hof-  
 fraulein . . . . . Julia Siegert  
 Graf Harting . . . . . Max Bräuner

Marischallin Oranac, Oberintendantin des  
 herzoglichen Hofstaates . . . . . Elisabeth Anders  
 Graf Lauban } Hofkavaliere . . . . . Georg Ottmar  
 Baron d'Auray } . . . . . Hans Bredow  
 Chevalier Pontigny . . . . . Armand Favre

Chevalier von Lorraine } Kanakere des  
 Herzogs . . . . . Arthur von Gerwig  
 Dacrotz, Haushofmeister des Herzogs . . . . . Emil Bartholomäus  
 Kächendel } des Herzogs . . . . . Hans Köpfer  
 Beschlieberin } . . . . . Wilhelm Berthold  
 Garberblöde } . . . . . Martha John  
 Dubois, Schenkwirt . . . . . Elise Bernow  
 Polsson } Bürger von Paris . . . . . Jean Hofmann  
 Liffot } . . . . . Bernh. Wildenhalm  
 Leinturier . . . . . Albert Willy  
 Marais . . . . . Georg Wittmann  
 Emil Wirts

Madelon, seine Tochter . . . . . Anni Veschnsky  
 Lempi, ein Stroch . . . . . Robert Forch  
 Kammerherr . . . . . Karl Engelschmidt

Herrn und Damen, Gefolge, Wagen, Lakaien und Stroche.  
 Das Stück spielt im letzten Viertel des 17. Jahrhunderts, teils im Schlosse St. Germain, teils in Paris und teils in Versailles.  
 Nach dem 2. Akt findet eine Pause von 10 Minuten statt.

Anfang 7/8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Ende 10 Uhr.  
 Vorverkauf und Verkauf von Tagesbillets bei Fr. A. Coppelius,  
 Cigarren-Import, Petersstraße 15. — Die Tageskasse im Theater ist täglich geöffnet von 10—2 Uhr, Sonntags von 11—2 Uhr. — Bons haben zu allen Vorstellungen in der Woche Gültigkeit, Abnommens können zu jeder Zeit eröffnet werden.

Spielplan: Sonnabend: Paul Lange und Lora Parsberg. — Sonntag: Der Probekandidat.

### Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Sonnabend:  
 Speiseanstalt I (Johannisplatz): Dr. Erbsten u. Wöhren m. Schwarzfleisch.  
 Speiseanstalt II (Rosentalgasse): Gräupchen mit Kalbfleisch.

### Bersammlungskalender.

Freitag: Sozialdemokratischer Verein L.-West. Festessen, Plogwitz, Abends 7/8 Uhr.

Arbeiterinnen! Nachstehende Personen sind bereit, Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse entgegenzunehmen und sie, ohne die Namen der Beschwerdeführerinnen zu nennen, der Behörde zu übermitteln:

- Fran Dunder, Gohlis, Wilhelmstr. 2. III.
- Frenzel, Lindenau, Gumborfer Str. 19, I.
- Geibel, Leipzig, Hauptmannstr. 7, st.
- Jäger, Sonnenh., Leipziger Str. 83, pt.
- Müller, Neuschönefeld, Eisenbahnstr. 10, IV.
- Remus, Schleußig, Könnrichstr. 37, pt.
- Rehmann, Lindenau, Bismarckstr. 40, pt.
- Wibera, Reußisch, Hauptstr. 20, II.

Arbeiterinnen bringen ihre Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse an bei  
 Fräulein Marie Sedelmeyer  
 amtl. Vertrauensperson f. die Fabrikarbeitsverhältnisse der Kreisbauhauptmannsch. Reußisch  
 Leipzig, Quatstraße 1, I.  
 Sprechstunden: Sonntags vormittags 11—12 Uhr, Montags abends 6—8 Uhr

# Alle im Brauereibetriebe besch. Personen

## Öffentliche Versammlung

Sonntag den 21. September nachmittags 3 1/2 Uhr

### im Restaurant Martin, Seeburgstr. 84.

Tagesordnung: 1. Vortrag von Herrn Dr. Dunder: Aus der Geschichte der revolutionären Bewegung Rußlands. 2. Diskussion hierzu. 3. Wahl von drei Redatoren für das 3. Quartal. 4. Gewerkschaftliches. Es wird ein zahlreicher Besuch erwartet. [8366] D. E.

# Coburger Hof.

Teleph. I, 483. Leipzig, Windmühlenstr. Teleph. I, 433. Allen geehrten Vereinen und Gewerkschaften empfehle meine Lokaltäten zur gefälligen Benutzung. **Feine Asphalt-Regelbahn, Billard.** Empfehle meinen guten preiswerten **Mittagstisch 40 Pfg., Stamm zu jeder Tageszeit.** Große Auswahl in Speisen. Kleine Preise. 50 gute Betten zu soliden Preisen. [7606] Hochachtungsvoll **Kannegiesser.**

# Gasthaus Stadt Gotha

Telephon 5153. Telephon 5153.

Große Fleischergasse 14. Empfehle den geehrten Vereinen, Gesellschaften und Gewerkschaften meine freundlichen bis zu 150 Personen fassenden Lokaltäten zur gefäll. Benutzung. ff. Getränke. Gute saubere Betten zu mässigen Preisen. Gute Küche. Morgen Sonnabend **Schinken in Brotteig und Speckfuchen.** [6078] Hochachtungsvoll **Rich. Heyer.**

# Restaurant Körnerschlösschen

Körnerstrasse 36. Empfehle ff. Biere, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonnabend **Schweinsknochen.** [1814] Achtungsvoll **Alfred Dietze.**

# Kaiser-Keller

Hain-Str. 19 Fr. Hornig. Schenswertes Kulmbacher Bierlokal I. Ranges. Reichhaltige der Saison entsprechende Speisekarte zu kleinen Preisen. Hochfeines Rizzibräu. [5340]

# Morgenröte, Restaurant

Hauptmann-Strasse 7. Empfehle ff. Biere, kräftigen Mittagstisch, sowie jeden Sonnabend **Schweinsknochen und Speckfuchen.** Achtungsvoll **Richard Goldel.**

# Hotel Stadt Magdeburg

Gerberstr. 56. Neue Bewirtschaftung. Beliebtestes Verkehrslokal. — Hochfeine Speisen u. Getränke. Reichhaltige Stammkarte. Täglich Unterhaltungsmusik. [7221] Hochachtungsvoll **Hermann Schulz.**

# Bürgergarten

Brüderstr. No. 11 (Inh.: Max Treut) Gesellschaftslokal empfiehlt vorzögl. Mittagstisch, warme und kalte Speisen, ff. Lager- und Bayerisch Bier, Dönniger Gose etc. Gewerkschaftslokal der Maler, Schneider und Tapezierer.

# Johannisburg

Neue Bewirtschaftung Johannissgasse 30 Max Hertel hält seine schönen Lokaltäten zur fleißigen Benutzung bestens empfohlen. Warme Küche von früh 8 Uhr an bis Schluß des Lokals. ff. Getränke. [7872] Es ladet ergebenst ein **Max Hertel, früher Roter Hirsch.**

# Amsel

L-Gohlis. Empfehle meine freundlichen Lokaltäten. Mittagstisch, ff. Bismarscher Lagerbier, Dönniger Gose, Feinbräu. Jeden Sonnabend **Schweinsknochen und Speckfuchen.** Hermann Schlegel. Mökernsche Strasse 2 Breitenfelder Strasse.

# Achtung! Achtung!

im Birkeneschlösschen zu Wahren findet Sonnabend den 20., Sonntag den 21. und Montag den 22. September [8890] **Grosses Prämien-Schweinauskegeln** statt. 4 Loß 50 Pfg. Jedes Loß gewinnt. Lose können noch ausgeteilt werden. 1. Preis: 2 Schinken im Werte von 25 Mk., 2. Preis: 2 Schinken im Werte von 20 Mk., 3. Preis: 2 Schinken im Werte von 15 Mk. Es ladet ein **Gustav Siebert.**

# Restaurant National, Plagwitz

Karl Heine empfiehlt seine Lokaltäten. Lagerbier, ff. Naumannisches, Bayerisch (Gedr. Fleischmann, Kulmbach). Spezialität: Spanische Weine in Flaschen u. Gläsern vom Jah. Kräftigen Bürgerl. Mittagstisch. Hochachtungsvoll **Karl Müller.**

# Kamerun

Restaurant Leipzig-Plagwitz Nonnenstraße 52. Freundl. Lokaltäten. Speisen u. Getränke hochfein. Sonnabends **Schweinsknochen, Sonntag Speckfuchen.** Hochachtungsvoll **H. Richter.**

# Hölzerner Schimmel, Lindenau

Ecke Viktoria- und Fischerische Str. Meine freundlichen Lokaltäten mit Vereinszimmer halte bestens empfohlen. ff. Speisen u. Getränke. Sonntags **Speckfuchen.** Ergedenst **Richard Oelner.**

# Restaurant Franz Schmidt

L-Kleinzschocher Ecke Albert- u. Klingenstr. Großes Gesellschaftszimmer. Jeden Freitag Thüringer Nöche und **Sauerbraten, Sonnabends Speckfuchen, sowie ff. Getränke** empfiehlt D. O.

# Vier Linden

Markranstädt. Freundliche Lokaltäten, handfreier Garten, Asphalt-Regelbahn, franz. Billard. ff. Speisen und Getränke. Mit Gruß **Wilh. Rüter.**

### Bericht über den Schlachtviehmarkt

auf dem städtischen Viehbof zu Leipzig am 18. September 1902.

a) **Aufftrieb:**  
 131 Rinder und zwar 86 Ochsen, 5 Kalben, 52 Kühe, 38 Bullen;  
 849 Rälber;  
 266 Eide Schafvieh;  
 1181 Schweine und zwar 1181 deutsche, — aus  
 2427 Tiere.

b) **Marktpreise für 50 kg in Markt.**

Tiergattung	Bezeichnung	Lebend- Gewicht.	Schlacht- Gewicht.
Ochsen:	1. vollfleischige, angemästete höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	—	72
	2. junge fleischige, nicht angemästete — ältere angemästete	—	70
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	65
	4. gering genährte jeden Alters	—	60
Kalben und Kühe:	1. vollfleischig, angemäst. Kalben höchsten Schlachtwertes	—	—
	2. vollfleischige, angemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	68
	3. ältere angemästete Kühe u. wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	—	63
	4. mäßig genährte Kühe und Kalben	—	58
Bullen:	5. gering genährte Kühe und Kalben	—	50
	1. vollfleischige höchsten Schlachtwertes	—	67
	2. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere	—	64
Rälber:	3. gering genährte	—	60
	1. feinste Mast- (Postulisch-Mast) und beste Saugläiber	50	—
	2. mittlere Mast und gute Saugläiber	47	—
Schafe:	3. geringe Saugläiber	43	—
	4. ältere gering genährte (Fresser)	40	—
	1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	36	—
Schweine:	2. ältere Mastlamm	33	—
	3. mäßig genährte Hammel und Schafe (Mergschafe)	30	—
	1. vollfleischige der feineren Rassen u. deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren	—	67
	2. fleischige	—	64
	3. gering entwickelte, sowie Sauen und Eber	—	60
	4. ausländische (aus )	—	—

c) Verkauf: 125 Rinder u. zwar 34 Ochsen, 5 Kalben, 48 Kühe, 38 Bullen . . . } Geschäftsgang  
 848 Rälber . . . } mittelmäßig  
 260 Schafe . . . }  
 1141 Schweine . . . } gut

## Lindenauer Möbelhalle

Eduard Walther, Merseburger Straße 48  
 empfiehlt sein großes Lager in  
**Möbel-, Spiegel- und Polsterwaren**  
 eigener Fabrik zu äußerst billigen Preisen unter langjähriger Garantie.  
 Transport frei. [8840]

Kunden, die ihr  
 Konto beglichen, und Bante  
 erhalten Kredit ohne Anzahlung.

# Möbel

Büffets, Schreibtische, Vertikows, Kleiderschränke, Küchenschränke, Tische, Stühle etc., Garnituren, Pancel-Sofas und Ottomane, Spiegel, Trumeaus von der einfachsten bis elegantesten Einrichtung, Federbetten — Schlafdecken  
**Herrn-, Damen- und Kinder-Garderobe**  
 Damenkleider, Costumes, Kinderkleider, Teppiche, Kleiderstoffe  
**Kinderwagen, Uhren, Schirme, Hüte, Stiefel**  
**auf Abzahlung**  
 zu den denkbar leichtesten Bedingungen bei  
**Hermann Liebau**  
 Leipzig  
 Turnerstrasse 27, I. Etage.

Während der Messe  
 auch Sonntags  
 geöffnet.

**GLOBUS-PUTZ-EXTRACT**  
 Globus-  
**Putz-Extrakt**  
 putzt besser als jedes andere Putzmittel.

## Schuhwaren.

Auf dem Fleischerplatz  
 Promenadenstraße [7832]  
**Bude 66**  
 kaufen Sie Ihre Schuhwaren staunend billig.  
**Bude 66. Bude 66.**

## Konkurs-Möbel-Ausverkauf

der Oskar Lorenz'schen  
**Konkursmasse**  
 Leutzsch  
 kommen nebst and. Möbeln kompl. Ausstattungen im Geschäftslokal Leutzsch, Lindenauer u. Gartenstraßen-Ecke, täglich von 10 bis 1/1 und 3 bis 7 Uhr zu festgesetzten Kassapreisen zum Verkauf. **Transport frei.** [7310]  
 Gekaufte Möbel können bis Oktober kostenlos stehen bleiben.

## Credit-Haus

L. Cohn  
 Colonnadenstr. 34, I.  
 „Am Westplatz.“  
 In grosser Auswahl, zu billigsten Preisen  
**auf Credit:**  
**Herren-Anzüge,**  
 elegant, tadellos sitzend, Paletots, Jackets, Hosen nach Anfertigung nach Mass, Kinder-Bekleidung,  
**Damen-Garderobe**  
 Ausstattungen, **Möbel,**  
 Betten, Wäsche etc. bei wöchentlicher Teilzahlung  
 von **1 Mark** an.

Bettstelle mit Matratze  
 Schränke  
 Vertikals  
 Kommoden  
 Küchenschränke  
 Sofas  
 Divans  
 Chaiselongue  
 Spiegel  
 Kinderwagen  
 Uhren  
 Regulateure  
 5890] mit  
**5 Mark**  
 Anzahlung nur bei  
**S. Osswald**  
 Königsplatz 7, I.  
 vis-a-vis der Markthalle.

**Achtung!**  
 Neue und getragene Herren-, Damen- und Kinder-Anzüge sowie alle Art Wäsche, Schuhe, Stiefel u. Uhren kauft man gut und billig bei **Max Junghans, Ecke Thal- u. Seeburgstr.**

**Sofas**  
 Divans  
 Kinderwagen  
 Spiegel  
 Uhren  
 Regulateure  
 Anzahlung 5 Mark.  
**N. Fuchs**  
 Leipzig  
 Kurprinzstraße 13, I. [5897]

**Alfred Grüntzig**  
Reudnitzer Schuhhaus  
51 Dresdener Str. 51



Billige Preise.

**Grösste Schuhwaren-Lager**  
Leipzigs.

Nebenstehende Firmen führen nur die seit 20 Jahren bekannten, mit dem Ehrenpreis der Stadt Leipzig im Jahre 1897 ausgezeichneten Fabrikate der renommierten Schuhfabrik



**Gotthard Enke**  
Zwenkau.



Steter Eingang von Saison-Neuheiten.

**Herm. Gelpcke**  
15 Königsplatz 15  
Telephon 5345. Café Royal.



Reelle Bedienung.

**Paul Rose**  
Tauchaer Strasse  
(Krystall-Palast)  
u. Gerberstr. 23

**Carl Kretzschmar**  
29 Eisenbahnstrasse 29  
Leipzig - Neustadt.

**Curt Hanko**  
(früher Nieso)  
15 Grimm. Steinweg 15  
Goldenes Einhorn.

**Sonnabend den 20. September**

**Eröffnung**  
des Herren- u. Knaben-Garderobegeschäfts  
**J. Lilienthal**  
von Merseburger Str. 103 Lindenu Ecke Erdmannstrasse.

**Kaufen Sie Ihre [6746] Schuhwaren nur bei Max Tack**  
Reichsstrasse 33/35  
neben dem Reichsmagazin.

**Monatsgarderobe.**  
Neue u. wenig getragene Anzüge, Herbst- u. Winter-Paletots, Fracks u. Gesellschafts-Anzüge, Joppen u. Mäntel in verschied. Sorten und Preislagen, sowie auch leichtw. bei reellster Bedienung.  
**M. Kindermann**  
1. Geschäft: Kleine Fleischergasse 16, I.

**Konsum-Verein L.-Buttritzsch und Umgeg.**  
(E. G. m. b. H.)

Sonnabend den 20. September abends 8 Uhr  
**Ordentliche General-Versammlung**  
im Birkeneschlößchen zu Wahren.

- Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht und Genehmigung desselben.
  2. Ergänzungswahl des Vorstandes.
  3. Ergänzungswahl des Aufsichtsrats sowie Wahl von 4 Stellvertretern.
  4. Antrag Herr betr. Berichterstattung über die Verschmelzungsfrage.
  5. Allgemeines.
- Ohne Legitimationskarte kein Zutritt.**  
Der Vorstand.  
H. F. Scheffel. Carl Hermann.

**Konsumverein für Gautzsch u. Umg.**  
E. G. m. b. H.

Sonntag den 21. September nachmittags 1/2 3 Uhr  
**General-Versammlung**  
im Saale von Matthais Gasthof in Gautzsch.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht und Vorlegung der Jahresrechnung sowie Rechnungsprüfung derselben. 2. Vortrag des Revisionsberichts. 3. Ergänzungswahl des Vorstandes. 4. Neuwahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern und drei Ersatzmännern. 5. Antrag laut Beschluss der General-Versammlung vom 16. März 1902, Sonntag-Abendschluss vom 1. Oktober ab betreffend. 6. Ausschluß von Mitgliedern nach § 4 Absatz c des Statuts. 7. Verschiedenes.  
Zutritt nur gegen Vorzeigung der Legitimationskarte.  
Der Aufsichtsrat. J. H. W. Thomas, Vorsitzender.

**Tapezierer-Verband.**  
Sonnabend den 20. September  
**Mitgliederversammlung im Bürgergarten.**  
Tagesordnung: 1. Vortrag: Fortsetzung über Fr. Reuters Werk. 2. Gewerkschaftliches. — Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Sonnabend den 11. Oktober  
**Herbstfest, darstellend eine Kirchweih in Rummelsburg**  
in sämtlichen Räumen des „Apollo“.  
Programme im Vorverkauf sind im Bürgergarten und beim Komitee zu haben.

**Stuckateure, Filiale Leipzig.**  
Sonnabend den 20. September abends 8 Uhr  
**Versammlung**  
bei Martin, Seeburgstr. 34.

Tagesordnung: 1. Das Krankenversicherungsgesetz. Referent: Kollege F. Schäfer. 2. Gewerkschaftliches.  
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. D. V.  
**Die Krankenunterstützungs- u. Begräbniskasse zu L.-Gohlis**  
Eingetr. Genossenschaft — Gegründet 1880  
hat ihre Zahlende im Restaurant Wünschhof zu Gohlis, und zwar Sonntag abend nach dem 1. und nach dem 15. jeden Monats, wofür neue Mitglieder aller Gewerbe aufgenommen werden.  
[4727] Der Vorstand.

**Konsumverein für Dölitz u. Umg.**  
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Sonntag den 21. September nachmittags 3 Uhr  
**General-Versammlung**  
im Gasthof zu Crostewitz.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht über das verflossene Geschäftsjahr. 2. Beschlussfassung wegen Verteilung des Reingewinns. 3. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 4. Antrag der Verwaltung: Weitere genossenschaftliche Unternehmungen. 5. Ergänzungswahl des Aufsichtsrates und Wahl von drei Ersatzmännern zu demselben.  
Zum Eintritt berechtigt nur die Legitimationskarte.  
Der Vorstand.  
Karl Gehrmann. Adolf Geldel.

**Ausverkauf!**  
10 Ctr. Tuchreste  
verwendbar zu Herren- und Knabenanzügen, Hosen, Damenrock, Jacketts, Sportblia. Kleine Reste 1-2 1/2 Mf.  
Nur während der Messe.  
Gr. Fleischergasse, Goldner Elefant, 1 Treppe.  
Schluss Sonntag nachm. 4 Uhr.

**Gummi- u. Waren**  
Carl Klöse [7606]  
Leipzig, Brühl Nr. 5.  
Hand- u. Kofferwagen u. Plagw., Bisch. Str. 31b, 3. Meße Augustusplatz, 7. Reihe.